

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84

09.11.1983 - Sitzung Nr.1

1. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. November 1983

Inhalt

Eröffnung der konstituierenden Sitzung		Abg. Mützelburg (GRUNE)	13
Alterspräsident Dr. Sieling (CDU)	5	Abg. Wedemeier (SPD)	15
		Abg. Willers (GRUNE)	16
Wahl des Vorstandes		Abstimmung	16
a) Wahl des Präsidenten	6	Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . .	18
b) Wahl der Vizepräsidenten	8	Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung . . .	18
c) Wahl der Schriftführer	9	Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . .	18
		Abg. Frau Bernbacher (GRUNE) zur Geschäfts- ordnung	19
Beschlußfassung über die Geschäftsordnung			
D a z u		Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die De- putationen	
Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft		Antrag der Fraktion der GRÜNEN	
Antrag der Fraktion der SPD		vom 25. Oktober 1983	
vom 26. Oktober 1983		(Drucksache 11/4)	
(Drucksache 11/11)		1. Lesung	
Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (§ 7)		Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ent- schädigung der Mitglieder von Deputationen	
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU		Antrag der Fraktion der GRÜNEN	
vom 9. November 1983		vom 25. Oktober 1983	
(Drucksache 11/25)		(Drucksache 11/5)	
Änderung der Geschäftsordnung		1. Lesung	
Antrag der Fraktion der CDU		Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die De- putationen	
vom 8. November 1983		Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU	
(Drucksache 11/19)		vom 1. November 1983	
Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft		(Drucksache 11/14)	
Antrag der Fraktion der GRÜNEN		1. Lesung	
vom 9. November 1983		2. Lesung	
(Drucksache 11/26)			
Abg. Klein (CDU)	10		
Abg. Tepperwien (SPD)	12		

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/20)

1. Lesung

Abg. Mützelburg (GRÜNE)	21
Abg. Wedemeier (SPD)	22
Abg. Klein (CDU)	24
Abstimmung	26

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

27

Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

27

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Petitionsausschusses

27

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Datenschutzausschusses

28

Wahl der drei Mitglieder und deren Stellvertreter der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 7 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

Abg. Mützelburg (GRÜNE)	28
Abg. Klein (CDU)	28

Wahl der Mitglieder der staatlichen Deputationen

29

Wahl der Bremerhavener Mitglieder der städtischen Deputationen

29

Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

29

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ständigen Beirats beim Bundesausgleichsamt

29

Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertretern des Ausschusses zur Wahl der Richter des Verwaltungsgerichts

29

Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Weiterbildung

30

Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Jugendbildung

30

Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Sport

30

Wahl von vier Mitgliedern des Stiftungsrats der Stiftung „Wohnliche Stadt“

Abg. Willers (GRÜNE)	30
Abstimmung	31

Wahl von drei Mitgliedern und deren Vertretern für den Gemeinsamen Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Abg. Willers (GRÜNE)	31
Abstimmung	31

Einsetzung eines staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der GRÜNEN
vom 3. November 1983

(Drucksache 11/18)	31
--------------------	----

Wahl der drei Mitglieder und deren Stellvertreter der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 7 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

Abg. Wedemeier (SPD) zur Geschäftsordnung	32
Abg. Willers (GRÜNE) zur Geschäftsordnung	33
Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung	33
Abg. Willers (GRÜNE) zur Geschäftsordnung	34

Bürgerschaft gegen Raketenstationierung

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD
vom 2. November 1983
(Drucksache 11/15)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN
vom 9. November 1983
(Drucksache 11/24)

Sicherung des Friedens in Freiheit

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/23)

Abg. Kunick (SPD)	34
Abg. Klein (CDU)	38
Abg. Wierk (GRÜNE)	41
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	44
Abg. Mützelburg (GRÜNE)	50
Abg. Neumann (CDU)	51
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	55
Abg. Willers (GRÜNE)	55
Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE)	56
Abstimmung	57
Abg. Willers (GRÜNE) zur Geschäftsordnung	58

**Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien
Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen
über die Führung der Schiffsregister**

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 1983
(Drucksache 11/2)

1. Lesung	59
-----------	----

**Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien
Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt
Hamburg sowie den Ländern Niedersachsen und
Schleswig-Holstein über die gerichtliche Zustän-
digkeit in Binnenschiffahrtssachen**

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 1983
(Drucksache 11/3)

1. Lesung	59
-----------	----

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Be-
handlung von Petitionen durch die Bremische
Bürgerschaft**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/21)

1. Lesung	59
-----------	----

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rech-
nungsprüfung der Freien Hansestadt Bremen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/22)

1. Lesung	59
-----------	----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Lütjen, Ravens, Teiser.

Alterspräsident Dr. Sieling

Schriftführer Pflugradt

Schriftführer Töpfer

Schriftführer Frau Uhl

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Knorr

Schriftführer Pötting

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Schriftführer Urban

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Soziales, Jugend und Sport **Dr. Scherf** (SPD)

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

- (A) Alterspräsident Dr. Sieling eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr.

Alterspräsident Dr. Sieling (CDU): Meine Damen und Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen!

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, nach alter Übung in diesem Hause hat bisher immer einer der Vizepräsidenten der vorausgegangenen Legislaturperiode, der wieder in das neue Parlament gewählt worden ist, die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) eröffnet. Da in diesem Jahr beide Vizepräsidenten der zehnten Wahlperiode, unsere aus langjähriger Zusammenarbeit geschätzten Kollegen Erwin Schmidt, SPD, und Reinhard Ehlers, CDU, nicht mehr für die neue Bürgerschaft kandidiert haben, bin ich nach interfraktioneller Absprache gebeten worden, in der heutigen Sitzung bis zur erfolgten Wahl des neuen Präsidenten den Vorsitz zu übernehmen.

Wenn ich dieser Bitte gern Folge leiste, so tue ich das in dem Bewußtsein, daß ich diesen ehrenvollen Auftrag nicht eigenen Verdiensten verdanke, sondern allein der unabänderlichen Tatsache, vielleicht auch der leider unabänderlichen Tatsache, daß ich als ein im Jahre 1917 in Bremen geborener Bürger unter den in das neue Parlament gewählten Bürgern unseres Zwei-Städte-Staates inzwischen der an Jahren älteste bin.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich eröffne die erste Sitzung der elften Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

- (B) Nach interfraktioneller Absprache sollen mir bei meiner Tätigkeit drei vorläufige Schriftführer zur Seite stehen, von denen zwei von der SPD- und einer von der CDU-Fraktion benannt worden sind. Ich darf Frau Sabine Uhl, Herrn Helmut Pflugradt sowie Herrn Wilfried Töpfer bitten, sich für ihre Aufgaben bereitzuhalten. Frau Kollegin Uhl bitte ich, den Platz zu meiner Linken jetzt schon einzunehmen!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Damit ist das vorläufige Präsidium gebildet.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, zunächst begrüße ich alle Kolleginnen und Kollegen, die bereits in der Vergangenheit diesem Parlament angehört haben. Ich beglückwünsche sie zu ihrer Wiederwahl!

Mein besonderer Gruß jedoch gilt all denen von uns, die heute zum ersten Mal als Abgeordnete ihren Platz in diesem Hause eingenommen haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich hoffe aufrichtig, daß wir alle, ganz gleich, aus welcher politischen Richtung der einzelne kommt, sehr schnell zu einer vertrauensvollen, erfolgreichen Arbeit in diesem Hause gelangen werden.

Ich begrüße ferner alle anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerschaftsverwaltung und der Fraktionen, auf deren emsige Hilfe und Un-

terstützung wir Abgeordneten auch in den kommenden vier Jahren wieder angewiesen sein werden.

(C)

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Mein weiterer herzlicher Gruß gilt den Damen und Herren von der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen, deren steter Einsatz uns ja erst das Hinwirken in die Öffentlichkeit ermöglicht.

Unser aller Gruß gilt schließlich den Zuhörern auf dem Rang dieses Hauses,

(Beifall bei der SPD und der CDU)

die durch ihre Anwesenheit ein großes Interesse an unserer Arbeit bekunden.

Ganz besonders freuen wir uns alle darüber, daß sich unter diesen Zuhörern auch ehemalige Abgeordnete dieses Hauses befinden, die wir in zum Teil langjähriger Zusammenarbeit als ehrliche Mitstreiter oder auch Gegenstreiter in vielen Debatten persönlich schätzen gelernt haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, der Beginn der elften Legislaturperiode fällt in eine politisch und wirtschaftlich besonders schwierige Zeit. Rückschläge und ernste Gefährdungen sind aufgetreten, die bei vielen Mitbürgern unseres Landes und ihren Familien Sorgen haben aufkommen lassen. Große Hoffnungen setzt die Bevölkerung unseres Zwei-Städte-Staates auf dieses neugewählte Parlament. Wird es uns gelingen, die bisher in Bremen stärker als in anderen Bundesländern aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen? In welchem Maße werden wir erreichen, die noch bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen? Werden wir am Ende der laufenden Legislaturperiode feststellen können, daß unser Streben, zukunftssträchtige Industriebetriebe, vor allem mittelständische Betriebe, in unserem Land anzusiedeln, von Erfolg gekrönt worden ist?

(D)

Werden wir in der Lage sein, die Anziehungskraft unseres Landes zu verbessern und heute für mögliche Neuansiedlungen noch bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen, Hindernisse, die nach soeben erfolgter Aussage des Präses der Handelskammer Bremen unter anderem darin bestehen, daß bisher nicht genug erschlossene Gewerbeflächen vorgehalten werden, daß zu hohe Abgabelasten für die Betriebe abschreckend gewirkt haben und daß vor allem die Entwicklung in der bremischen Bildungspolitik der vergangenen Jahre dazu beigetragen hat, daß verschiedene Industriebetriebe Bremen inzwischen den Rücken gekehrt haben und manche erfolgversprechende Neuansiedlung verhindert worden ist?

(Unruhe bei der SPD)

(A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich werden die Mitglieder der in diesem Hause vertretenen drei Fraktionen die Aussage des Präses der Handelskammer Bremen in verschiedener Weise werten und gewichten. Das ist das gute Recht eines jeden von uns. Dann aber sollte versucht werden, über einen offenen Dialog zwischen den Meinungen von Mehrheit und Minderheit zu tragfähigen Kompromissen zu gelangen. Zu dem Stichwort Debatte ist im neuen Brockhaus unter anderem zu lesen: „Offene Diskussion, Erörterung, Aussprache, besonders bei unterschiedlichen oder gegensätzlichen Auffassungen“. Ich meine, hier wird der Nagel auf den Kopf getroffen.

Gerade in besonders schwierigen Zeiten sollten wir uns in diesem Hause nicht vorwiegend darin erschöpfen, bereits wörtlich gefertigte Meinungen und Gegenmeinungen zu verlesen, sondern wir sollten uns mehr als bisher darum bemühen, wirklich zu debattieren und einem offenen Gespräch das Wort zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Nur wenn jeder Redner auf die Argumente seines Vorredners eingeht und diesen dann von seiner Ansicht zu überzeugen sucht, werden wir erreichen können, daß unsere Zuhörer auf dem Rang — und dies besonders die jungen Menschen und die Schulklassen, die uns häufig besuchen — dieses Haus mit anderen, positiveren Eindrücken verlassen, als es in der Vergangenheit leider allzuoft der Fall gewesen ist.

(B)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wer in diesem Hause jahrzehntelang versucht hat, seine Pflicht zu tun, wer in den verschiedensten Tätigkeitsbereichen gelernt hat, mit politischen Freunden und mit politischen Gegnern, die in beiden Fällen, wie ich glaube, quer durch die Fraktionen beheimatet sein mögen, in sachlich fairer Weise die Klagen zu kreuzen, der ist um so mehr überzeugt von den positiven Möglichkeiten, die uns unsere grundlegende Ordnung bei allen manchmal sehr unterschiedlichen Interessenlagen einräumt.

Diese demokratische Ordnung lebt nicht davon, daß alle einander mögen und sich gegenseitig des uneingeschränkten Wohlwollens versichern; diese demokratische Ordnung lebt von der staatspolitischen Gleichwertigkeit aller, die sich, gestützt auf den Auftrag der Wählerinnen und Wähler, als Mehrheit oder auch als Minderheit in diesem Hause gemeinsam um das Wohl unserer Bürger bemühen.

Ganz gleich, welche Tätigkeit uns für die laufende Legislaturperiode vom Wähler zugewiesen worden ist, ob wir aus unserer Partei und Fraktion heraus die Regierung stellen oder ob wir uns in unseren Gremien darauf vorbereiten, in vier Jahren die Regierung im Lande Bremen zu übernehmen, die Verantwortung für unseren Staat, für unser Land Bremen obliegt uns allen gemeinsam.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte meine kurzen Ausführungen in der ehrlichen Hoffnung schließen, daß wir alle dazu beitragen werden, in gemeinsamer intensiver Arbeit das Besterreichbare für die Bürger unseres Landes aus den vielen auf uns zukommenden Schwierigkeiten zu machen.

(C)

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, es ist parlamentarischer Brauch der Bremischen Bürgerschaft, daß die Geschäftsordnung der vorangegangenen Wahlperiode in ihrer zuletzt gültigen Fassung so lange fortgilt, bis die Bürgerschaft in ihrer konstituierenden Sitzung feststellt, ob und in welchem Umfang die Geschäftsordnung übernommen werden soll. Interfraktionell ist vereinbart worden, daß auch dieses Mal so verfahren werden soll.

Wahl des Vorstandes

- a) Wahl des Präsidenten
- b) Wahl der Vizepräsidenten
- c) Wahl der Schriftführer

Gemäß Paragraph 9 der Geschäftsordnung ist der Vorstand der Bürgerschaft in der ersten Sitzung in der durch Artikel 86 der Landesverfassung bestimmten Reihenfolge mit absoluter Mehrheit zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Vorstandes sind in der Regel die Fraktionen der Bürgerschaft nach ihrer Stärke zu berücksichtigen.

(D)

Wir kommen zu

a) Wahl des Präsidenten.

Für die Wahl des Präsidenten steht das Vorschlagsrecht der Fraktion der SPD zu. Die SPD-Fraktion hat den Abgeordneten Dr. Dieter Klink zur Wiederwahl vorgeschlagen.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Es ist beantragt worden, diese Wahl gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen.

Meine Damen und Herren, zum Wahlverfahren lassen Sie mich folgende Anmerkungen machen:

Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Sie müssen also die entsprechende Rubrik Ihrer Wahlentscheidung ankreuzen. Stimmzettel ohne Kreuz oder mit mehr als einem Kreuz sind ungültig.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben der Wahlkabine. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in die Wahlkabine, sofern diese frei ist, und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel! Falten Sie den Stimmzettel in der Wahl-

- (A) kabine einmal und stecken Sie ihn noch dort in den mitgegebenen Wahlumschlag! Begeben Sie sich dann zu dem Tisch, wo die Wahlurne aufgestellt ist, und werfen den Stimmzettel in die Wahlurne!

(Abg. **W e d e m e i e r** [SPD]: Zweimal falten ist ungültig!)

Ich weise noch darauf hin, daß Schriftführer Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält. Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird.

Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er beim Schriftführer gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Ist das Wahlverfahren klar, meine Damen und Herren? — Ich höre keinen Widerspruch.

Dann kommen wir zur Wahl.

Ich bitte die von der CDU-Fraktion und von der SPD-Fraktion benannten Schriftführer, die Abgeordneten Helmut Pflugradt und Wilfried Töpfer, an der Ausgabestelle der Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Der Wahlgang ist eröffnet.

Ich rufe die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind alle Abgeordneten aufgerufen worden. Ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben.

Ich stelle fest, daß dies der Fall ist. Damit ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung außerhalb dieses Saals vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für zirka zehn Minuten, um das Wahlergebnis feststellen zu lassen.

(Unterbrechung der Sitzung 11.07 Uhr)

*

Alterspräsident Dr. Sieling eröffnet die Sitzung wieder um 11.19 Uhr.

Alterspräsident Dr. Sieling (CDU): Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl des Präsidenten bekannt:

Ausgegeben hatten wir 97 Stimmzettel, abgegeben wurden 97 gültige Stimmzettel. Das Ergebnis lautet: 86 Jastimmen, acht Neinstimmen, drei Stimmenthaltungen. Danach wäre für die Wahl zum Präsidenten eine Mehrheit von 49 Stimmen erforderlich gewesen. Diese ist weit überschritten.

Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Dr. Dieter Klink die Mehrheit erreicht hat, die nach Paragraph 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.

(Starker Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Dr. Klink, nehmen Sie Wahl an?

(Abg. **D r . K l i n k** [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich darf im Namen des gesamten Hauses Herrn Dr. Dieter Klink zu seiner Wahl zum Präsidenten der Bürgerschaft herzliche Glückwünsche übermitteln!

(Erneuter starker Beifall bei der SPD und der CDU)

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, diesen Platz einzunehmen!

(Präsident **D r . K l i n k** übernimmt den Vorsitz)

Präsident Dr. Klink: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die erneute Wahl zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft. Zugleich im Namen der drei Fraktionen und aller Abgeordneten danke ich unserem Kollegen Dr. Sieling dafür, daß er sich als Alterspräsident für die Eröffnung der neuen Wahlperiode und zur Durchführung dieser Wahl zur Verfügung gestellt hatte.

Auch ich möchte den mit Ende der abgelaufenen Wahlperiode ausgeschiedenen Abgeordneten öffentlich Dank abstatten für ihr zum Teil jahrzehntelanges Engagement in unserem Parlament. Ich sah heute in unserem Zuschauerraum eine Reihe von Abgeordneten der letzten Legislaturperiode, unter anderen Herrn Lahmann, Herrn Armgort, Herrn Schröder, Herrn Kauffmann und Herrn Lüerssen.

(Zurufe von der SPD: Herr Brockmann! — Abg. **W e d e m e i e r** [SPD]: Willi!)

Den beiden von Dr. Sieling namentlich erwähnten Vizepräsidenten Reinhard Ehlers und Erwin Schmidt möchte ich auch persönlich für die jahrelange kollegiale Zusammenarbeit danken. Ich hoffe sehr, daß alle ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen ihre politische Erfahrung nicht brachliegen lassen und sich weiter für Aufgaben des Gemeinwohls zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal kurz das aufgreifen, was unser Alterspräsi-

(C)

(B)

(D)

(A) dent bei der Begrüßung der alten und neuen Abgeordneten heute zur staatspolitischen Gleichwertigkeit unseres Mandats ausgeführt hat!

Bei allen politischen Auffassungsunterschieden gibt es in diesem Parlament Grundwerte und Überzeugungen, die uns als Demokraten in einem demokratischen Parlament verbinden. Alle Abgeordneten, ganz gleich, ob sie die Regierung mittragen oder in Opposition dazu stehen werden, ob sie also der Mehrheit oder der Minderheit angehören, nehmen gleichermaßen wichtige Aufgaben wahr. Keiner hier hat ein besseres Mandat als ein anderer.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Hört, hört! —
Abg. Neumann [CDU]: Hören Sie sich
das an, meine Damen und Herren!)

Im übrigen zählen hier Argumente und nicht Transparente, ganz gleich, wie man sie auch dreht.

(Starker Beifall bei der SPD und der CDU)

In den Pflichten gegenüber den Bürgern sind alle gleich. Eine Forderung hat auch dann hier im Parlament ihr Recht, wenn sie keine Mehrheit findet. Auch sie ist für die Willensbildung von Wert. Hier hat jede Meinung ihr Gewicht. Keine Auffassung darf allerdings den Anspruch erheben, allein gültig zu sein.

(B) Behalten wir im Auge: Parlamentarische Arbeit steht im Auftrag und im Dienst unserer Bürger! Nicht für Parteiinteressen haben wir zu arbeiten. Allein das Gemeinwohl ist unser Auftrag. Dieser demokratisch legitimierte Anspruch wiederum ist stets auf Zeit erteilt. Auch das sollten wir niemals vergessen.

Grundlage unserer Arbeit bleibt der enge Kontakt zu möglichst vielen Bürgern. Dieser Dialog muß sich auszeichnen durch Offenheit, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit. Deshalb müssen sich in unserem Handeln die Sorgen und Hoffnungen der Menschen in Bremen und Bremerhaven stets wiederfinden. Unsere Entscheidungen müssen einsehbar begründet werden, in einer Sprache, die draußen verstanden wird, und in einer Form, die zeigt, daß die Meinungen der Bürger ernst genommen und beachtet werden.

Die Bürgerinnen und Bürger achten sehr genau darauf, daß wir hier im Parlament zusammenarbeiten und welchen politischen Stil wir als Volksvertreter pflegen. Stilfragen sind für eine parlamentarische Demokratie ungeheuer wichtig, weil sie etwas mit Vertrauen und Verlässlichkeit zu tun haben. Sie sind nicht institutionell zu sichern. Sie müssen in der Alltagsarbeit sichtbar, erfahrbar gemacht werden. Im notwendigen Gegeneinander dürfen verbindende Gemeinsamkeiten nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren, bei der Wahrnehmung meines Amtes als Präsident der Bremischen Bürgerschaft bitte ich alle Abgeordneten um Unterstützung und Verständnis. Dazu gehört das Einhalten von

(C) selbstgesetzten Regeln und Grenzen. Es ist mein fester Wille, dieses Amt unparteiisch und gerecht gegen jedermann auszuüben. Ich werde mich bemühen, zu allen Abgeordneten ein Vertrauensverhältnis auf Gegenseitigkeit herzustellen.

Nach außen hin werde ich dem Parlament Geltung sichern. Als Demokraten eint uns die gemeinsame Aufgabe, immer wieder zu unterstreichen, daß in der parlamentarischen Demokratie die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, sich in der parlamentarischen Willensbildung manifestiert und daß diese Parlamente auch die Regierungen auf Zeit zu wählen und zu kontrollieren haben.

Ich werde diese herausragende Stellung des Parlaments gegenüber allen konsequent sichtbar machen, nicht aus persönlicher Eitelkeit und nicht aus der Profilierungssucht der gesetzgebenden Gewalt, sondern aus dem Selbstverständnis unserer parlamentarischen Demokratie. Ich bitte um gute, um faire Zusammenarbeit. — Ich bedanke mich!

(Starker Beifall bei der SPD und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu

b) Wahl der Vizepräsidenten.

(D) Für die Wahl der beiden Vizepräsidenten steht das Vorschlagsrecht bei Anwendung des Höchstzahlverfahrens der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu. Es sind folgende Wahlvorschläge eingereicht worden: von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Wedige von der Schulenburg, von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Helene Knorr.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Es ist auch hier beantragt worden, diese Wahl gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Es gelten die bei der Wahl des Präsidenten bekanntgegebenen Wahlmodalitäten.

Ich bitte die von der SPD-Fraktion benannten Schriftführer, die Abgeordneten Sabine Uhl und Wilfried Töpfer, an der Ausgabestelle der Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich weise noch darauf hin, daß für den Fall, daß bei einem Namen — dieses Mal stehen zwei Namen auf dem Stimmzettel — kein Kreuz gemacht wird, der Stimmzettel partiell für diesen Wahlvorschlag ungültig ist. Sie haben also zwei Möglichkeiten anzukreuzen, und wenn weder bei Ja noch bei Nein noch bei Stimmenthaltung ein Kreuz steht, ist dieser Stimmzettel für diesen einen Wahlvorschlag partiell ungültig.

Besteht Klarheit darüber? — Ich stelle fest, das ist der Fall.

(A) Dann kommen wir zur Wahl. Ich rufe nun die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben.

Ich stelle fest, das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Vorliegen des Ergebnisses.

(Unterbrechung der Sitzung 11.58 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 12.09 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahl der Vizepräsidenten bekannt. Nach der Reihenfolge des Stimmzettels werde ich die Namen verlesen: Auf den Abgeordneten Wedige von der Schulenburg entfielen 76 Jastimmen, 18 Neinstimmen, zwei Enthaltungen und eine ungültige Stimme. Auf die Abgeordnete Helene Knorr entfielen 89 Jastimmen, sechs Neinstimmen, eine Enthaltung, eine ungültige Stimme.

Wir hatten 97 Stimmzettel ausgegeben, abgegeben wurden 97 Stimmzettel. Danach wäre für die Wahl zum Vizepräsidenten eine Mehrheit von 49 Stimmen erforderlich gewesen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß die Abgeordneten Wedige von der Schulenburg und Helene Knorr die Mehrheit erreicht haben, die nach Paragraph 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.

Ich frage den Abgeordneten Wedige von der Schulenburg, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. v. d. Schulenburg [CDU]: Ja, wohl, Herr Präsident! — Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich frage die Abgeordnete Helene Knorr, ob sie die Wahl annimmt.

(Abg. Frau Knorr [SPD]: Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident! — Beifall bei der SPD und der CDU)

Damit möchte ich Sie beide sehr herzlich zu Ihrer Wahl beglückwünschen.

Ich bitte Herrn Vizepräsident von der Schulenburg zum Präsidium!

Wir kommen nun zu

c) Wahl der Schriftführer.

Für die Wahl der drei Schriftführer sind folgende Wahlvorschläge eingereicht worden: von der SPD-Fraktion der Abgeordnete Friedrich Pötting, von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Georg Urban, von der SPD-Fraktion der Abgeordnete Hans-Martin Sixt.

Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Die Beratung über die Vorschläge ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Es wurde vereinbart, die Wahl per Akklamation durchzuführen.

Wer mit der Wahl von Friedrich Pötting, Georg Urban und Hans-Martin Sixt zu Schriftführern einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Schriftführer sind damit gewählt. Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die drei Abgeordneten zu Schriftführern bei Stimmenthaltung der Abgeordneten der Fraktion der GRÜNEN.

Ich frage den Abgeordneten Pötting, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. Pötting [SPD]: Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident!)

Ich frage den Abgeordneten Urban, nehmen Sie die Wahl an?

(Abg. Urban [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich frage den Abgeordneten Sixt, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. Sixt [SPD]: Ja, Herr Präsident!)

Ich möchte den Schriftführern herzliche Glückwünsche zu ihrer Wahl aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich bitte Herrn Schriftführer Pötting, auf dem Präsidium Platz zu nehmen.

Ich bedanke mich bei den drei Interims-Schriftführern für ihre Mithilfe bei der zügigen und ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen, insbesondere bei meinem Schriftführer hier im Präsidium, Herrn Pflugradt!

(C)

(B)

(D)

(A) Beschlußfassung über die Geschäftsordnung

D a z u

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktion der SPD
vom 26. Oktober 1983
(Drucksache 11/11)

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (§ 7)

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 9. November 1983
(Drucksache 11/25)

u n d

Änderung der Geschäftsordnung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/19)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß durch die Vorlage der Neufassung Drucksache 11/25 Ziffer 1 des Antrags der CDU, Drucksache 11/19, erledigt ist. — Das ist der Fall. Das ist auch so abgesprochen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

(B)

Abg. Klein (CDU*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zunächst möchte ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion erklären, daß wir den Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung, Drucksache 11/11, vom 26.10.1983 akzeptieren, der sicherstellen soll, daß Fraktionen, die in einem Ausschuß nicht vertreten sind, einen Abgeordneten ohne Stimmrecht in den jeweiligen Ausschuß entsenden können.

Dann ist gerade ein interfraktioneller Antrag eingereicht worden mit der Drucksachen-Nummer 11/25, der sich mit der Definition einer Fraktion befaßt. Weil wir diesem Antrag ebenfalls zustimmen, ziehen wir, Herr Präsident, von unserem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung, Drucksache 11/19, lediglich die Ziffer 1 zurück. Die übrigen Ziffern dieses Antrags der CDU-Bürgerschaftsfraktion, also die Ziffern 2 bis 12, bleiben aufrechterhalten und sind jetzt Gegenstand der Beratungen.

Ich möchte mir erlauben, in der gebotenen Kürze diesen Antrag zu erläutern, und gebe der Erwartung Ausdruck, daß Sie einer alten Übung folgen, meine Damen und Herren, und diesen Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß überweisen.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat in den letzten 16 Jahren jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode mehrere Anträge zur Änderung der Geschäftsord-

*) Vom Redner nicht überprüft.

nung überreicht, um die Parlamentsarbeit unter Berücksichtigung der Erfahrungen der vergangenen Legislaturperioden zu verbessern und um auch die Rechte der Oppositionen zu stärken. Dies war deshalb erforderlich, weil eine Reform der Landesverfassung trotz aller Bemühungen bislang in diesem Hause nicht gelungen ist.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat bei diesen Bemühungen zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode Teilerfolge erzielt und Schritt für Schritt durch Überzeugung der Kollegen der anderen Fraktionen dazu beitragen können, daß die Parlamentsarbeit durch Änderung der Geschäftsordnung verbessert und auch die Rechte der Opposition gestärkt werden konnten. Ich darf hier nur ein Beispiel erwähnen: die Verbesserung des Rechts der großen parlamentarischen Anfrage.

In der Kontinuität dieser Bemühungen, meine Damen und Herren, bitte ich auch diesen unseren Antrag 11/19 zu verstehen. In Ziffer 2 möchten wir die Doppelstimme des Herrn Präsidenten bei den Beratungen im Vorstand abgeschafft wissen. Wir sind der Meinung, daß dieses parlamentarisch-demokratische Gremium und die entsprechenden Organe solche Doppelstimmen abschaffen sollten, die allenfalls an Montan-Mitbestimmung erinnern, also an Sachverhalte und Regelungskomplexe, die mit dem Parlament nichts zu tun haben.

In Ziffer 3 unseres Antrags möchten wir, daß die Stellvertretung des Herrn Präsidenten nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt geregelt wird. Meine Damen und Herren, die Landesverfassung schreibt vor, daß bei der Wahl des Vorstandes des Hauses ein Höchstzahlverfahren zu berücksichtigen ist. Wir sind der Meinung, daß das auch für die Vertretung des Herrn Präsidenten gilt, und deswegen möchten wir mit diesem Antrag erreichen, daß derjenige Vizepräsident, auf den die größere Höchstzahl nach d'Hondt entfällt, der erste Stellvertreter ist, und der zweite Stellvertreter soll derjenige Vizepräsident sein, auf den eine geringere Höchstzahl entfällt. Daß dies, meine Damen und Herren, in unserem konkreten Fall bedeuten würde, daß Herr Wedige von der Schulenburg erster Stellvertreter des Herrn Präsidenten werden würde, dürfte Sie nicht an einer Zustimmung hindern, denn es geht darum, die Verfassung zu berücksichtigen, die für die Wahl des Vorstandes insgesamt ja ein Höchstzahlverfahren vorschreibt.

Mit Ziffer 4 möchten wir einen wichtigen Punkt im Interesse der Opposition klären. Wenn eine Fraktion Antrag auf die Tagesordnung gebracht hat, dann soll sichergestellt werden, daß nur mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion dieser Antrag abgesetzt werden kann. Daß eine solche Regelung erforderlich ist, liegt auf der Hand, denn sonst wäre wenigstens nach der Norm der Mißbrauch der Mehrheit möglich, daß gegen das Votum der antragstellenden Fraktion ein unangenehmer, politisch brisanter Punkt von der Mehrheit abgesetzt wird. Das soll nicht sein, die Opposition soll die Möglichkeit haben,

(C)**(D)**

- (A) die Behandlung eines solchen Tagesordnungspunktes zu erzwingen.

Nach Ziffer 5 unseres Antrags möchten wir weiter — ich betone weiter — das Recht der Großen Anfrage verbessern, und zwar möchten wir erreichen, daß der Senat die Große Anfrage in der bekannten Frist von 15 Tagen nicht mündlich dem Hause beantwortet, sondern schriftlich vor der Sitzung. Warum? Wir möchten sicherstellen, daß bei komplizierten Sachverhalten, bei schwierigen Problemfeldern, wo auch Daten und Zahlen eine Rolle spielen, die anfragenden Fraktionen die Möglichkeit erhalten, die schriftliche Antwort vor der Debatte im Interesse einer Verbesserung der Sachgerechtigkeit der parlamentarischen Aussprache auszuwerten. Ich glaube, das ist ein vernünftiges Motiv.

Bislang bestand die Möglichkeit, die mündlich erteilte Antwort nicht sofort zu debattieren, das war schon ein Fortschritt, durch die Aussetzung der Debatte. Wir sind aber der Meinung, es ist besser, vorher die Antwort schriftlich zu bekommen und sie dann in einem Akt sachgerecht zu diskutieren, als zunächst einmal die mündliche Antwort ohne Stellungnahme veröffentlicht zu haben und erst nach vier oder sechs Wochen eine entsprechende Debatte zu führen. Auch dieser Punkt dient also nicht nur der Verbesserung der Oppositionsrechte, sondern auch der Sachgerechtigkeit parlamentarischer Arbeit und Auseinandersetzung.

- (B) Nach Ziffer 6, meine Damen und Herren, soll ein Antrag nicht ohne Zustimmung des Antragstellers geändert werden dürfen. Auch hier werden Erfahrungen der letzten Legislaturperiode berücksichtigt. Wir haben zunehmend feststellen müssen, daß politisch brisante Anträge durch Änderungsanträge ins Gegenteil verkehrt wurden, zum Beispiel durch die sogenannten Begrüßungsformulierungen, die dann angeschlossen wurden, wenn eine harte Kritik am Senat geäußert wurde. In diesen Fällen machte die SPD einen Gegenantrag, begrüßte die Arbeit des Senats und übernahm dann einfach einige Punkte des Hauptantrags. Es war das politische Gegenteil, und der Antragsteller konnte sich nur dadurch politisch aus der Affäre ziehen, daß er seinen eigenen Antrag zurückzog, damit nicht etwas völlig Falsches herauskam. Das ist nicht im Sinne einer ordentlichen und vernünftigen parlamentarischen Demokratie.

Wir sind der Meinung, Änderungsanträge selbstverständlich, aber in dem Fall, in dem sie die Essenz, das Wesentliche verkehren, soll der Antragsteller zustimmen müssen. Wenn er die Zustimmung verweigert, dann bleibt der gegnerischen Kraft im Parlament nur die Möglichkeit der Ablehnung dieses Antrags. Dann sind wieder die Fronten im Sinne eines echten Dialogs klar, und es wird nicht verkleistert.

Nach Ziffer 7, meine Damen und Herren, möchten wir für komplizierte Gesetzesvorlagen eine Überweisung an eine Deputation oder einen zuständigen Ausschuß erreichen. Auch das berücksichtigt die Erfahrung der letzten Wahlperiode. Wir hatten festzustellen, daß eine große Arbeit auf eine Gesetzesvor-

lage gerichtet worden ist, die dann — ich erinnere zum Beispiel an Verfassungsänderungen, an die Verbesserung, Herr Tepperwien, des Rechts des Volksentscheides, komplizierte Vorlagen — ohne gehörige Beratung einfach von der Mehrheit vom Tisch gewischt wurde. Wir halten das für unangebracht. Wir sind der Meinung, eine Gesetzesvorlage muß auf Antrag der antragstellenden Fraktion auch einer gehörigen Beratung in einem zuständigen Ausschuß oder in einer Deputation zugeführt werden, und das soll diese Änderung sicherstellen.

Dann beschäftigen wir uns, meine Damen und Herren, in Ziffer 8 mit dem tauglichen Versuch, die Rechte, die der Senat in der Debatte hat — und ich darf hier sagen, die bisherigen Privilegien, die der Senat hat —, mit einer Entsprechung auszustatten zugunsten des Oppositionsführers. Der Senat hat zum Beispiel das Recht, nach Abschluß der Beratung durch Wortmeldung die Beratung wieder zu eröffnen. Der Senat hat darüber hinaus das Recht, jederzeit zu Wort zu kommen während der Beratung. Wir möchten beide Rechte auch dem Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen zukommen lassen, damit, ich darf das hier abkürzen, das beliebte Spiel unterbleibt, neue Fakten in einem „Wort zum Sonntag“ abschließend mitzuteilen, ohne daß andere die Gelegenheit zur Erwiderung haben.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Ziffer 10, meine Damen und Herren, hängt mit dieser Problematik zusammen und beschäftigt sich mit der Dauer der Rede. Wir haben eine normale Redezeit in der Geschäftsordnung für jeden Abgeordneten von 15 Minuten. Wir haben die Möglichkeit, für die Fraktionen interfraktionell Redezeiten zu vereinbaren, und wir haben die Möglichkeit, für das Haus, für alle Abgeordneten, eine Gesamtredezeit zu vereinbaren. An all diese Vereinbarungen und Geschäftsordnungsregelungen ist der Senat nicht gebunden und kann auch nicht gebunden werden. Er hat immer die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und immer zu Wort zu kommen.

Nun kann es passieren, daß bei diesen Vereinbarungen und auch bei der 15-Minuten-Redezeit der Geschäftsordnung der Senat zeitlich überzieht, lange redet, länger, als es mit den interfraktionellen Vereinbarungen oder der Redezeit in der Geschäftsordnung in einen angemessenen Einklang zu bringen ist. Um nun sozusagen einen heilsamen erzieherischen Zwang auszuüben, daß der Senat sich möglichst freiwillig auch den Regeln des Hauses unterwirft, soll durch diese Änderung in Ziffer 10 nun dem Haus und den Fraktionen die Möglichkeit eröffnet werden, für den Fall, daß der Senat länger redet, als in der Geschäftsordnung oder interfraktionell vereinbart, eine entsprechende Erweiterung der Redezeit für die Fraktionen bis zu einer Höchstdauer von 15 Minuten gegeben wird. Wir versprechen uns von dieser Vorschrift eine wirklich positive Wirkung auf die Rededisziplin, Herr Bürgermeister, wenn ich das so sagen darf, des Senats, denn auch das Einglie-

(C)

(D)

(A) dern des Senats in die Ordnung des Hauses dient der Sachgerechtigkeit der parlamentarischen Auseinandersetzung.

Dann haben wir in Ziffer 11 und auch in Ziffer 12 die Absicht, wichtige Rechte der Opposition dadurch einzuführen, daß wir bestimmte Rechte von einem Quorum eines Viertels der Abgeordneten dieses Hauses abhängig machen, und zwar möchten wir die Pflicht statuieren, daß auf Antrag eines Viertels des Hauses eine Ausschußsitzung öffentlich durchgeführt wird. Das kennen wir bislang nicht, obwohl es in anderen Landtagen öffentliche Ausschußsitzungen gibt, zum Beispiel in Bayern in der Regel, aber auch in Niedersachsen.

Es ist sicherlich richtig, daß nicht alles sich für eine öffentliche Auseinandersetzung eignet, aber die Abgeordneten müssen mit einem angemessenen Quorum das Recht haben zu entscheiden, wann es richtig ist, das Licht der Öffentlichkeit zuzulassen, die Transparenz voll herzustellen, und dann sollte im Interesse auch der Durchsichtigkeit parlamentarischer Abläufe die Öffentlichkeit von Ausschußsitzungen hergestellt werden. Der Mißbrauch ist dadurch verhindert, daß wir das abhängig machen von einem Quorum der Antragsteller, von einem Viertel der Abgeordneten dieses Hauses.

Das gleiche gilt dann für die Verbesserung der Rechte der Ausschüsse. In Ziffer 12 wollen wir von einem Viertel der Mitglieder des Ausschusses die Pflicht abhängig machen, ein öffentliches Anhörverfahren durchzuführen, und in dem nächsten Absatz wollen wir von diesem Quorum die Pflicht abhängig machen, öffentliche Einrichtungen zu öffnen, damit sie vom Ausschuß besichtigt werden können, und wir wollen darin auch die Pflicht begründen, daß die Verwaltung dann entsprechende Auskünfte gibt. Auch das dient der Verbesserung der Arbeit, denn hier wird ja durch Einnahme des Augenscheins — wie man so schön sagt — die Information verbessert und damit dann die Auswertung und die sachliche Beratung erleichtert.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, Ihre Redezeit ist abgelaufen! Wie lange brauchen Sie noch?

(Abg. Tepperwien [SPD]: Sehr bezeichnend!)

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, ich darf mir übrigens erlauben, auch meinen persönlichen Glückwunsch auszusprechen! Sie sind der alte, ich bin der alte! Als Sie geklingelt haben, war ich gerade fertig!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß ich wenigstens einen Ansatz Ihnen von der SPD, vielleicht auch Ihnen, den neuen Kollegen von den GRÜNEN, eine Überzeugung vermittelt habe, mindestens so-

viel, daß eine Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß gerechtfertigt erscheint, und um diese Überweisung bitte ich Sie. — Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit herzlich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tepperwien.

Abg. Tepperwien (SPD)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch etwas zu unserem Antrag 11/11 sagen! Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag eingebracht, um den GRÜNEN hier im Hause eine Mitarbeit in den Parlamentsausschüssen zu ermöglichen, allerdings ohne Stimmrecht. Das ist eine Regelung, wie sie hinterher bei dem Tagesordnungspunkt sechs in ähnlicher Weise bei der Mitwirkung in den Deputationen noch einmal zu diskutieren sein wird.

Da ich weiß, daß unser Fraktionsvorsitzender, Herr Wedemeier, dazu noch Ausführungen machen wird, möchte ich mich hier nur auf die Feststellung beschränken, daß die GRÜNEN bei einem Stimmenverhältnis von 5,43 Prozent, das ist etwa ein Neunzehntel der bremischen Bevölkerung, und fünf Abgeordneten in diesem Hause, das ist etwa ein Zwanzigstel, keinen Anspruch auf einen Sitz in den Parlamentsausschüssen haben, da sie auch nicht erwarten können, daß ihnen eine der anderen beiden Fraktionen einen solchen Sitz abtritt, und insofern nach unserer Meinung eine Beteiligung, wie sie hier in diesem Antrag geregelt ist, eine faire Lösung darstellt.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Anders als bei der FDP! — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Da haben Sie es getan!)

Die SPD hat noch einen weiteren Antrag vorgelegt unter der Drucksachen-Nummer 11/17, der die Erfahrungen aus gewissen Zellteilungstendenzen der vergangenen Legislaturperiode in diesem Hause darstellt. Das ist ein Thema, das wir auch im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß der letzten Legislaturperiode bereits diskutiert haben.

Dazu gibt es inzwischen einen gemeinsamen Antrag, eine Neufassung, von SPD und CDU, und dem stimmen wir natürlich zu, da wir ihn mit stellen. Die Formulierung entspricht in etwa der Formulierung, die für solche Fälle auch im Bundestag vorgesehen ist.

Außerdem hat uns die CDU sehr kurzfristig — ich habe das vorhin überhaupt erst auf meinem Tisch vorgefunden — eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Geschäftsordnung vorgelegt, so kurzfristig, daß eine Beratung in der Fraktion überhaupt nicht möglich war. Wir wollen daher aus Zeitgründen dazu auch nicht ausführlich Stellung nehmen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich kann allerdings soviel sagen, und das macht mir die Sache etwas leichter, es sind viele alte, zählbare Bekannte dabei,

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Frau Häncke [CDU]: Richtig!)

die hier zu Beginn jeder Legislaturperiode wieder auftauchen

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

und von uns schon mehrfach abgelehnt worden sind. Man hat dann immer in den nächsten vier Jahren das Gefühl, sie haben irgendwo das Zeitliche gesegnet, und siehe da, zu Beginn der neuen Legislaturperiode sind sie wieder da, immer mit den alten Argumenten,

(Abg. Frau Häncke [CDU]: Wir hoffen, daß Sie lernfähig sind!)

da ist auch nichts Neues hinzugekommen, immer natürlich, verehrter Herr Kollege Klein, mit den Argumenten, die ausschließlich der Opposition nützen. Man hat den Eindruck, wenn man Sie eben hier gehört hat, als wollten Sie nun versuchen — aber das ist auch schon ein sehr alter Versuch —, über die Geschäftsordnung das Wählervotum, das hier im September erteilt worden ist, auf den Kopf zu stellen

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Aber, aber, Herr Kollege!)

(B)

und so nachträglich durch neue Geschäftsordnungsformulierungen die klare Mehrheit der SPD zumindest wieder in gewissen Bereichen in eine Minderheit zu verkehren.

Wir werden uns das sehr gründlich ansehen. Aber da natürlich Ihr Interesse und natürlich keineswegs, wie Sie gesagt haben, das Interesse des gesamten Parlaments, sondern nur Ihr ganz persönliches Interesse als Opposition durchschimmert, werden wir das sehr genau im Verfassungs- und Geschäftsausschuß zu prüfen haben,

(Beifall bei der SPD)

und ich erspare es mir, hier nun im einzelnen darauf einzugehen.

Ich möchte nur noch etwas zu der von Ihnen angesprochenen Reform der Landesverfassung sagen, auch für die Zuhörer und die neuen Kollegen hier in diesem Hause. Es hat über die Jahre hinweg — das geht schon mehr als ein Dutzend Jahre — immer wieder Ansätze gegeben, die Bremische Landesverfassung zu ändern. Es ist immer daran gescheitert, daß die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Fraktionen dieses Hauses nicht auf einen tragbaren Kompromiß, nur darum kann es sich wohl handeln, zu bringen waren.

Ich weiß nicht, ob das in dieser Legislaturperiode möglich ist. Die SPD hat sich immer zu einem tragfähigen Kompromiß bereit erklärt, in dem aller-

dings dann die Interessen aller Fraktionen dieses Hauses — — (C)

(Abg. Willers [GRÜNE]: Ihr seid so richtige Kompromißler!)

Ja, natürlich! Es ist bei einer solch schwierigen Sache wie der Änderung der Landesverfassung, Herr Kollege Willers, mit Sicherheit nötig, einen tragfähigen Kompromiß zu finden,

(Beifall bei der SPD)

sonst unterschätzen Sie wohl auch die Bedeutung der Landesverfassung. Vielleicht wird das in dieser Legislaturperiode möglich sein. Die SPD ist nach wie vor dazu bereit.

Wir sind mit einer Überweisung der restlichen Anträge von Ziffer 2 bis 12 an den Verfassungs- und Geschäftsausschuß einverstanden, und wir beide werden dann einmal unsere alten Beratungsprotokolle herausholen und nachlesen, was wir damals schon alles dazu gesagt haben! — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Klink, Sie haben vorhin von der Gleichwertigkeit des Mandats in diesem Hause gesprochen und von dem gleichen Gewicht, das jede Position hat, die hier vertreten wird. Ich glaube, es war eine Fensterrede, die Sie vorhin hier gehalten haben, solange das Fernsehen aufgenommen hat, denn wenn wir einige Anträge gerade der Mehrheitsfraktion anschauen, dann ist eben nicht von Gleichwertigkeit des Mandats und gleichem Gewicht jeder Position die Rede, sondern es ist vom eingeschränkten Mandat und eingeschränkten Gewicht der Position der GRÜNEN, soweit es die Ausschüsse — und wir kommen nachher dazu — und Deputationen betrifft, die Rede.

Ihr Vorschlag zur Änderung des Paragraphen 66, den Herr Tepperwien als eine besonders faire Lösung empfindet unter quantitativen Gesichtspunkten und der Errechnung der Größe der Fraktionen, entpuppt sich für uns keineswegs als eine solch faire Lösung, sondern als eine Möglichkeit, uns mit minderen Rechten von den Beratungen und Abstimmungen in den Deputationen und in den Ausschüssen der Bürgerschaft fernzuhalten.

Herr Tepperwien, Sie können das quantitativ gern so berechnen, wie Sie das tun! Man kann da noch weitergehen: Je kleiner Sie die Ausschüsse machen, desto größer wird das Quorum, und man kann es dann wirklich so hinbekommen, daß man eine 20-, 25- oder 30-Prozent-Klausel hier im Hause einführt. Das ist doch nicht Sinn der Ausschußberatungen, in denen wesentliche Vorentscheidungen über die parlamentarische Arbeit fallen.

(D)

(A) Gleichwertigkeit des Mandats heißt, an all den Orten, wo Entscheidungen gefällt werden, Entscheidungen vorbereitet werden, auch gleichwertig beteiligt zu sein. Insofern ist Ihr fairer Vorschlag aus unserer Sicht eher ein Foulspiel! Sie fühlen sich wirklich in der Position, als ob Sie uns hier Gnade erweisen können, glaube ich!

(Zuruf des Abg. W e d e m e i e r [SPD])

Doch, Klaus, ich glaube, du tust so!

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Jetzt geht die Duzerei wieder los!)

Wir werden in der weiteren Beratung dieses Parlaments alle Anträge unterstützen, die der Stärkung der Rechte der einzelnen Parlamentarier und des Parlaments insgesamt als Kontrollorgan dienen. Insofern unterstützen wir auch die von der CDU vorgelegten Änderungsanträge, obwohl sie uns in einigen Punkten nicht weit genug zu gehen scheinen. Insbesondere der Antrag zu Paragraph 63 Absatz 5, die Öffentlichkeit der Ausschüsse betreffend, könnte unseres Erachtens etwas entschiedener formuliert werden in Richtung einer grundsätzlichen Öffentlichkeit. Einen entsprechenden Änderungsantrag haben wir vorgelegt. Ich werde ihn dem Präsidenten gleich überreichen zur Beratung in den Ausschüssen.

(B) Ich möchte zu einem weiteren Punkt kommen, nämlich zu dem Antrag, den CDU und SPD gemeinsam zu Paragraph 7 der Geschäftsordnung vorgelegt haben! Sie beabsichtigen gemeinsam, künftig Abgeordneten, die aus ihren Parteien austreten oder vielleicht auch ausgetreten werden,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: So wie Herr Willers?)

aus welchen Gründen auch immer — —.

(Abg. W i l l e r s [GRÜNE]: Das ist noch nicht entschieden!)

Herr Willers, glaube ich, war noch nie in einer Partei, bevor er hier bei den GRÜNEN war,

(Heiterkeit bei SPD und CDU — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Die BGL war keine Partei?)

Herr Wedemeier, die ihn ausgeschlossen hat! Er war noch immer in der Lage, glaube ich, diesen Schritt selbst zu vollziehen, wenn er es für richtig gehalten hat!

Ich halte diesen Antrag, den Sie nun auch noch gemeinsam vorgelegt haben, für einen reichlich unsinnigen und überflüssigen Antrag, unsinnig und überflüssig! Was haben Sie vor? Sie haben vor, daß Abgeordneten das Recht genommen wird, sich, wenn sie ihre Parteien verlassen, was ja auch aus politischen

(C) Gewissensgründen passieren kann, neu zusammenschließen mit Leuten, die der gleichen Meinung sind. Oft genug in der Parlamentsgeschichte, auch der Bundesrepublik, ist so etwas vorgekommen.

Offensichtlich ist es Ihnen ein Dorn im Auge, und Sie versuchen, ein parlamentsinternes Koalitionsverbot zu verhängen. Um nichts anderes handelt es sich hierbei. Das Recht der Abgeordneten, sich frei zusammenzuschließen, wird von Ihnen, die Sie ja sonst auf Gewissensfreiheit pochen, gar das Rotationsprinzip schon gelegentlich für verfassungswidrig gehalten haben, in einem solchen elementaren Punkt sich nämlich mit anderen Abgeordneten im Rahmen bestimmter zahlenmäßiger Größenordnungen zu Fraktionen zusammenschließen zu können, schlichtweg gelehnt und hier per Geschäftsordnung verboten.

Wir treten solchen Einschränkungen der Rechte von Abgeordneten, egal ob sie nun von der CDU oder der SPD kommen werden, entgegen. Ich glaube sogar, Sie sollten vielleicht einmal Ihre Juristen daransetzen, ob ein solches Unternehmen überhaupt mit der Landesverfassung vereinbar ist.

Wir haben uns gefragt, was eigentlich dahintersteckt, wenn Sie einen solchen Antrag stellen. Ich glaube nicht, daß Sie fürsorglich gegenüber den GRÜNEN sein wollen

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Natürlich!)

(D) und die Mitglieder der GRÜNEN disziplinieren wollen, daß sie bloß bei den GRÜNEN bleiben, damit sie künftig, wie in der letzten Legislaturperiode geschehen, außerhalb ihrer Partei keine Wirkungsmöglichkeiten mehr haben. Ich habe die dringende Vermutung, daß es sich gegen Mitglieder gerade bei Ihnen vielleicht — in der SPD kann es ja auch wieder einmal kriseln, Herr Wedemeier —

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Da können Sie aber lange warten!)

aus den eigenen Parteien handelt!

Herr Wedemeier, warum haben Sie sonst ein Interesse, solch einen Antrag zu stellen, wenn Sie nicht ein Interesse haben, die Fraktionsmitglieder gerade der großen Fraktionen, in denen viele vielfältige Meinungen zusammengebündelt sind, in einer politischen Situation, die sich zuspitzt, wirklich zu gängeln und härter an die Fraktion zu binden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

indem sie anders keine Chance haben, sonst ihre Meinung hier im Parlament zur Geltung zu bringen?

Wenn Sie also tatsächlich der Auffassung sind, daß Sie diese Mittel nötig haben, Ihre eigene Fraktion zu disziplinieren, dann denke ich mir, auch wenn Sie heute dem natürlich noch gern zustimmen werden, daß alle die Abgeordneten, die Probleme mit ihrem politischen Gewissen in den etablierten Parteien

(A) haben und aus politischer Überzeugung diese Parteien verlassen, vielleicht auch wirklich nicht den Weg brauchen, sich hier extra zusammenzuschließen, sondern zum richtigen Zeitpunkt dann mit den GRÜNEN sich zusammentun, und damit wären ihre Gewissensprobleme schlicht und einfach gelöst, Herr Wedemeier!

(Heiterkeit bei der CDU)

Das, glücklicherweise, können Sie noch nicht ausschließen per Geschäftsordnung. Insofern hoffe ich, daß sich Ihr Antrag noch gegen Sie selbst wendet!

Weil, wie gesagt, ich diesen Antrag für unsinnig, überflüssig und vielleicht auch noch verfassungswidrig halte, möchte ich dem Parlament empfehlen, und das beantrage ich hiermit auch, die Abstimmung über diesen Antrag auf unbestimmte Zeit auszusetzen und ihn nicht an die Ausschüsse zu überweisen. Damit erledigt sich dann die Angelegenheit hoffentlich von selbst.

Im übrigen stimmen wir der Überweisung der Anträge an den zuständigen Ausschuß zu und hoffen, daß Sie heute mit der Zustimmung auch zu einem Teil der Anträge der CDU wenigstens einmal bereit sind, einen kleinen Schritt in Richtung Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments, und das heißt immer der Kontrollrechte der parlamentarischen Opposition, zu gehen. — Herzlichen Dank!

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Was das ein Geschäftsordnungsantrag, den Sie gestellt haben?

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das letzte, ja!)

Kommt jetzt noch ein Sachantrag?

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Ja!)

Bitte sehr, Herr Wedemeier!

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen! Herr Kollege Mützelburg, zu dem gemeinsamen Antrag eine kurze Bemerkung! Ich glaube, Sie brauchen sich keine Gedanken um den Zusammenhalt der SPD-Fraktion zu machen.

(Beifall bei der SPD)

In der SPD-Fraktion werden schon sehr lange sehr verschiedene Meinungen vertreten, aber sie tritt auch schon sehr lange sehr geschlossen auf, ganz im Gegensatz zu anderen Gruppen,

(Beifall bei der SPD)

die mit wenigen hereinkommen und sich dann noch spalten, was ich bei Ihnen nicht glaube! Das möchte ich gleich dazu sagen.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Die Sozialdemokraten werden immer wieder zusammengebürstet!)

Zusammengebürstet? Den Ausdruck kenne ich überhaupt noch nicht,

(Heiterkeit bei der SPD)

aber ich denke einmal darüber nach, was damit gemeint ist!

Es geht um folgendes, Herr Kollege Mützelburg, und da können Sie sich bei Ihrem Kollegen Willers erkundigen — ich sage das einmal so, wie ich mir das jetzt denke —, daß zum Zwecke des Abkassierens hier Zusammenschlüsse stattfinden, was in der letzten Periode der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Es geht ja nicht darum, Herr Kollege, daß sich Abgeordnete zusammenschließen, die aus einer Partei kommen oder ähnliches, die sich auch hier noch zusammenschließen können, die draußen eine neue Partei gründen können, sich dann zusammenschließen können, die sind eine Fraktion. Es geht darum zu verhindern, was das letzte Mal geschehen ist, daß sich zwei Abgeordnete, die eigentlich nichts miteinander zu tun hatten in ihrer politischen Denkrichtung

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Woher können Sie das entscheiden?)

oder nur wenig, zusammenschließen. Das haben die beiden hier über drei Jahre lang deutlich gemacht, Herr Kollege Mützelburg!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, das ist auch selbst hier gesagt worden. Sie haben es auch deutlich gemacht, lesen Sie einmal die Parlamentsreden nach, daß man sich nur zusammenschließt, um faktisch Geld zu kassieren, natürlich für Zwecke der parlamentarischen Arbeit, aber wobei am Ende herauskommt, daß zwei Personen Gruppenzuschüsse bekommen, die in keinem Verhältnis zur Stärke ihrer Gruppe stehen. Darum geht es!

Lassen Sie mich noch eine persönliche Meinung anschließen, was das Ausscheiden von Abgeordneten angeht und den Anschluß etwa an andere Gruppierungen oder das Bilden von neuen Fraktionen! Ich persönlich bin der Meinung, daß hier kein Abgeordneter in diesem Hause sitzt, schon gar nicht bei unserem Wahlverfahren, der sein Mandat ganz direkt vom Bürger hat, sondern alle, die hier sitzen, sind über eine Liste im Wahlbereich Bremen und im

(C)

(D)

- (A) Wahlbereich Bremerhaven gewählt worden. Weder Sie noch ich, noch andere sitzen hier, weil wir sind, sondern wir haben alle das Votum unserer Partei haben müssen für diese Kandidatur. Das gilt für alle, die hier sitzen.

Ich halte es für demokratisch und eigentlich für selbstverständlich, daß ein Abgeordneter, der mit der Richtung seiner Fraktion und damit mit der Richtung seiner Partei nicht mehr einverstanden ist, dieses Mandat an die zurückgibt, von der er es bekommen hat, und das ist die Partei.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es gibt da ja Zeiten, in denen einmal mehrere hier gemeinsam darüber nachgedacht haben, das war Anfang der siebziger Jahre. Wir wissen, was da so entstehen kann.

Das ist das, was ich moralisch von jedem Abgeordneten verlange. Wer das nicht tut, hat nach meiner Meinung eigentlich auch kein Recht, so zu tun, als würde er plötzlich eine neue politische Denkrichtung haben und müsse eine neue Fraktion bilden. Rückgabe des Mandats, das ist das einzig Vernünftige! Dann bräuchten wir auch solche Anträge nicht, aber das hat sich leider auch nicht in der letzten Legislaturperiode hier so ergeben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE)*: Meine Damen und Herren! Herr Wedemeier, nur ganz kurz ein paar Bemerkungen! Sie selbst und Ihre Kollegen haben immer wieder in der Vergangenheit die eklatante Wende zweier Parteien auch in diesem Hause gegeißelt, die der FDP auf Bundesebene und die der BGL hier in Bremen. Sie haben immer wieder gesagt, daß das eine Wende um 180 Grad sei.

Wenn dann Abgeordnete wie Herr Schröder oder ich aus den jeweiligen Parteien oder Wählervereinigungen ausscheiden, weil diese Wende politisch für sie nicht mehr tragbar ist, dann werden sie nach Ihrer Auffassung, nach Ihren Vorstellungen in Zukunft in diesem Hause für diese Standhaftigkeit, ich kann das nicht anders auffassen, bestraft.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Standhaft war Herr Holl, der hat das Mandat zurückgegeben! Der war standhaft! — Beifall bei SPD und CDU)

Herr Wedemeier, ich kann und will mich nicht über die politischen Grundlagen der FDP und die Motivation von Herrn Holl streiten, aber es ist doch so, und da werden Sie mir zustimmen, daß die FDP sich weitgehend von den Grundlagen entfernt hat, mit

*) Vom Redner nicht überprüft.

denen sie angetreten ist. Herr Holl ist möglicherweise diesen Grundlagen viel näher geblieben, und insofern ist es doch eine politische Bestrafung.

Ich bestreite aber trotzdem auch Ihnen die Fähigkeit und die Möglichkeit, überhaupt darüber zu entscheiden, was politische Motivation von Abgeordneten oder auch von Fraktionen in diesem Hause ist. Darüber können Sie auch mit Mehrheit nicht rechnen.

Dann bleibt wirklich nur das, was Sie gesagt haben, übrig und nichts anderes, nämlich daß Sie Sorge haben, daß einzelne Abgeordnete, die es dann ohnehin schwerer haben als alle anderen, die eingebunden sind, Arbeitsmittel bekommen. Natürlich geht es auch ums Geld, aber es geht vor allem darum, daß einzelne Abgeordnete oder dann auch Gruppen möglicherweise ohnehin weniger parlamentarische Rechte haben, und sie haben auch keine Arbeitsmittel. Das finde ich eine sehr einschneidende Benachteiligung solcher möglicherweise politisch standhafter Leute.

Es geht einfach darum, Herr Wedemeier, sagen wir es doch einmal ganz offen, daß zu Beginn des Haushaltsjahres für Fraktionszuschüsse ein Etat festgelegt wird, der vom Vorstand auf Antrag der Fraktionen verteilt wird. Wenn jetzt eine neue Situation im Laufe des Haushaltsjahres eintritt, dann muß dieses Geld, das möglicherweise abgegeben werden soll an einzelne Abgeordnete, von irgendwo herkommen, auch von Ihnen, und das meinen Sie sich nicht leisten zu können. Nur das und nicht irgendwelche politischen Bedenken ist der eigentliche Grund, warum Sie diesen Antrag gestellt haben.

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Es ist der angekündigte Änderungsantrag des Abgeordneten Mützelburg vorgelegt worden, und zwar zu dem Antrag 11/19 von der CDU-Fraktion. Er betrifft den Paragraphen 57 a. Ich stelle erst einmal fest, es ist ein eigenständiger Antrag und kein Änderungsantrag. Ich lese ihn einmal vor:

„Zur Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß. Erstens: Paragraph 57 a, das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt wird ersetzt durch das Verfahren nach Hare/Niemeyer. Zweitens: Paragraph 63 Absatz 5 lautet: Die Sitzungen der Ausschüsse sind in der Regel öffentlich.“

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Herr Klink, ich habe gleichzeitig Überweisung beantragt!)

Ja, gut! Ich nehme das als einen selbständigen Antrag an. Es ist hier eine Überschneidung mit Paragraph 53 Absatz 5, aber es ist ein selbständiger Antrag, die stehen dann beide nebeneinander, wenn sie überwiesen werden.

(C)

(D)

(A) Ist der Antrag, den soeben der Abgeordnete Mützelburg vorgelegt hat, dem Haus klar geworden, weil ich ihn Ihnen ja nicht verteilen kann? — Ich stelle fest, daß der Antrag bei den Abgeordneten angekommen ist.

Meine Damen und Herren, es ist nunmehr beantragt worden vom Abgeordneten Mützelburg, daß die Drucksache 11/11, der SPD-Antrag, heute ausgesetzt wird.

Ich lasse nach Paragraph 51 darüber abstimmen, und zwar handelt es sich hier um einen Antrag auf Aussetzung des Beschlusses für unbestimmte Zeit. Ich glaube, das war das Begehren, auf unbestimmte Zeit aussetzen.

Wer dem Antrag auf Aussetzung auf unbestimmte Zeit, Drucksache 11/11, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Damit ist der Aussetzungsantrag abgelehnt.

(Unruhe und Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung!

(Abg. Willers [GRÜNE]: Herr Präsident, Sie haben einen Fehler gemacht!)

(B)

Ja, es ist Aussetzung beantragt worden!

(Abg. Willers [GRÜNE]: Aber nicht zu Drucksache 11/11!)

Entschuldigung! Ich habe doch gefragt, und da haben Sie ja gesagt! Aber gut, wir können ja das gleiche wiederholen beim nächsten Antrag. Das ist ja kein Problem!

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag selbst.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/11 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/25.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Dazu habe ich beantragt Aussetzung der Beschlussfassung! Zu diesem Antrag!)

(C) Ja, gut! Herr Abgeordneter Mützelburg, Sie müssen aber zugeben, ich habe gefragt! Es war vielleicht ein Irrtum, es ist ja kein Problem.

Wir lassen jetzt also abstimmen über die Aussetzung dieser Vorlage auf unbestimmte Zeit gemäß Paragraph 51 unserer Geschäftsordnung.

Wer diesem Antrag mit Bezug auf die Drucksachen-Nummer 11/25 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Entscheidung über den Antrag selbst.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/25 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

(D)

Meine Damen und Herren, nunmehr kommen wir zur Drucksachen-Nummer 11/19. Da ist beantragt worden, daß der Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/19 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsausschuß überwiesen werden soll, und zwar die Ziffern 2 bis 12. Die Ziffer 1 wäre durch den Beschluß, den wir soeben gefaßt haben, erledigt. Ist das klar?

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Überweisung zu.

(Einstimmig)

Nunmehr kommen wir zur Überweisung des Antrags der Fraktion der GRÜNEN. Es geht hier um die Paragraphen 57 a und 63 Absatz 5, die ich vorher verlesen habe. Besteht darüber Klarheit, worüber wir nun abstimmen wollen?

Ich stelle fest, das ist der Fall.

Wer mit der Überweisung dieses Antrags an den Verfassungs- und Geschäftsausschuß einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

- (A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dieser Überweisung zu.

(Einstimmig)

Damit ist auch Tagesordnungspunkt drei erledigt.

Meine Damen und Herren, damit wäre die Konstituierung insofern erledigt, als nunmehr eine arbeitsfähige Geschäftsordnung vorliegt.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

Erstens: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 8. November 1983, Drucksache 11/20.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

- (B) Ich gehe davon aus, daß dieser Antrag zusammen mit den Tagesordnungspunkten vier bis sechs beraten werden soll.

Ich höre keinen Widerspruch. — Dann werden wir so verfahren.

Zweitens: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 8. November 1983, Drucksache 11/21.

Auch hier muß die Bürgerschaft zunächst über die Dringlichkeit abstimmen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, daß ich den Antrag als Punkt 35 der Tagesordnung zur Beratung stelle.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wäre es möglich, da es sich hier um sachgleiche Vorgänge handelt, die nur formal an-

ders geordnet sind, in anderen Gesetzen, diesen Punkt und den nächsten Punkt, Drucksache 11/22, zu verbinden mit den Tagesordnungspunkten vier bis sechs, zumal wir beabsichtigen, auch für diese Vorlagen wegen der gehörigen Beratung Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zu beantragen?

(C)

Präsident Dr. Klink: Dann wäre es doch richtig, daß wir heute diesen Punkt so zum Abschluß bringen, daß wir ihn überweisen an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß.

(Abg. **Klein** [CDU]: Wir werden auf jede Vorlage mit wenigen Sätzen eingehen!)

Wir werden versuchen, daß wir so verfahren. Es kommt also als Tagesordnungspunkt 35.

Dritter Eingang: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 8. November 1983, Drucksache 11/22.

Wird hier die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(D)

(Einstimmig)

Ich schlage vor, daß ich diesen Antrag dann als Punkt 36 der Tagesordnung zur Verhandlung stelle.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch, dann wird so verfahren.

Vierter Eingang: Sicherung des Friedens in Freiheit, Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 8. November 1983, Drucksache 11/23.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich. Ich schlage Ihnen vor, diesen Entschließungsantrag zusammen mit dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD gegen die Raketenstationierung als Punkt 34 zu verhandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck sowie den interfraktionellen Absprachen über den voraussichtlichen Verlauf der Sitzung zu entnehmen.

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben der Deutschen Burschenschaft mit der Forderung, verstärkt Möglichkeiten zum Einsatz von Akademikern im Entwicklungsdienst zu schaffen

- (A)
2. Schreiben des Deutschen Tierschutzbundes e.V. mit einer Informationsschrift zum Thema „Tierschutz“
 3. Schreiben von Herrn Kurt Beyer zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas
 4. Schreiben des Heilshorner Bürgervereins e.V. zum geplanten Bau einer Anschlußbahn mit Verlade-rampe im Bereich der Lucius-D.-Clay-Kaserne Garlstedt
 5. Schreiben der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr zum muttersprachlichen Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer
 6. Schreiben des Personalrats der Universität Bremen zum Thema „Nachrüstung“/Abrüstung
 7. Schreiben des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V. mit der Forderung, auch in diesem Jahr eine Weihnachtsbeihilfe an Sozialhilfeempfänger zu zahlen
 8. Schreiben des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Sozialpolitik für behinderte Menschen und zur psychosozialen Versorgung in Bremen
 9. Schreiben des Deutschen Beamtenbundes mit der Forderung, an der Arbeit der Deputation für öffentliches Dienstrecht beteiligt zu werden
 10. Schreiben des Arbeitskreises Werbefernsehen der deutschen Wirtschaft mit der Forderung auf Erweiterung der Werbezeit im Fernsehen

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

- (B)
- Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung und Umstellung von Tagesordnungspunkten, zur dringlichen Behandlung von Anträgen, zur Durchführung von Wahlen per Akklamation, zur zeitlichen Strukturierung der Sitzung — Tagesordnungspunkte neun bis 13 am Donnerstag vormittag — sowie zum Schluß der Sitzung heute spätestens gegen 18 Uhr.

Meine Damen und Herren, nachdem ein Thema für die Aktuelle Stunde vorgelegt wurde, ist es möglich, daß die morgige Sitzung des Landtages nicht, wie vorgesehen, gegen 13 Uhr beendet sein wird.

Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Wahl und Vereidigung des Senats ohne Unterbrechung der Sitzung morgen vormittag durchzuführen. Notfalls müßten wir noch Einverständnis darüber erzielen, ob der Beginn der Stadtbürgerschaft nicht für 14.30 Uhr, sondern zu einem etwas späteren Zeitpunkt festgesetzt werden müßte. Das hängt dann davon ab, wie weit wir mit der Sitzung des Landtags kommen.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen und mit einer möglichen Fortdauer der morgigen Landtagssitzung über 13 Uhr hinaus einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, dann ist es so beschlossen.

(C)

Meine Damen und Herren, der Senat hat für die unter Punkt 33 der Tagesordnung aufgeführte Große Anfrage der Fraktion der GRÜNEN zur Luftreinhaltung um Fristverlängerung zur Beantwortung gebeten. Die Fraktion der GRÜNEN hat sich mit der ergebenden Fristverlängerung einverstanden erklärt.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Fraktion der GRÜNEN hat die Große Anfrage zur Reinhaltung der Luft gleich in die erste Sitzung der Legislaturperiode eingebracht, um zu dokumentieren, wie wichtig uns diese Frage ist. Die Tatsache, daß Sie nicht in der Lage waren, in zwei Wochen unseren Fragenkatalog zu beantworten, zeigt uns, wie Sie ohne gründliche Überlegung Ihre Beschlüsse im Sommer gefaßt haben, als Sie beschlossen haben, die Müllverbrennungsanlage sowie das Kraftwerk Hafen umzurüsten. Diese Beschlüsse waren also nur ein Wahlmanöver!

Seitdem eine Bürgerinitiative in Schwachhausen, in der ich als grünes Beiratsmitglied mitgearbeitet habe, einen der größten Umweltskandale in Bremen entdeckte,

(Glocke)

wird darüber öffentlich diskutiert.

(Abg. **K i e t z e r** [SPD]: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Bernbacher, ich bitte um Verständnis, wenn ich Sie bei Ihrer Jungfernrede gleich auf die Geschäftsordnung hinweisen muß! Wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte und nicht in der Sachdebatte!

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Trotzdem, wenn Sie schon für unsere Anfrage eine Fristverlängerung verlangen,

(Abg. **B e c k m e y e r** [SPD]: Der Senat!)

dann muß ich dazu ein paar Dinge äußern dürfen!

(Glocke)

Ich komme sofort dazu!

Präsident Dr. Klink: Entschuldigung! Das Einverständnis der Fraktion der GRÜNEN liegt vor. Sonst wäre das ja nicht möglich!

(Abg. **W i l l e r s** [GRÜNE]: Nein!)

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Trotzdem, weil wir unser Einverständnis geben müssen — —.

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, kommen Sie zum Schluß!

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Ja, das werde ich jetzt gleich tun!

Seitdem diese Bürgerinitiative das entdeckt hat, ist dieses Thema immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert worden, und nichts ist passiert! Nichts ist durch Sie geschehen! Das ist wieder einmal, und ich muß es leider sagen, eine dickköpfige Ignoranz, ein politischer Skandal und auch ein politischer Offenbarungseid. Wie lange wollen Sie warten, bis Sie tätig werden, und wie ernst ist es Ihnen mit dem Umweltschutz zum Beispiel, Herr Senator Meyer?

(Heiterkeit bei der SPD)

Weil wir uns aber mit oberflächlichen Antworten hier nicht zufriedengeben wollen, geben wir der SPD und dem Senat die Chance zur Nachbesserung,

(Unruhe bei der SPD — Zuruf von Senator Meyer)

um sich damit zu beschäftigen, und stimmen deshalb unter Protest dem Ansinnen des Senats auf Vertagung zu, kündigen aber gleichzeitig an, daß wir in diesem Hause demnächst eine Anhörung mit Wissenschaftlern und Umweltpartnern veranstalten werden, und Sie, meine Damen und Herren, sind alle aufgefordert, aktiv dabei mitzumachen! Sie können viel lernen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Bernbacher, Sie hätten uns fast in große Schwierigkeiten gebracht, denn Sie haben an den Senat Fragen gestellt! Sie wissen ja, an der Geschäftsordnungsdebatte kann sich der Senat gar nicht beteiligen! Ich bitte also höflich darum, daß wir uns künftig strikt an die Geschäftsordnung halten, aber das bekommen wir alles in der nächsten Zeit hin!

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten — wir werden jetzt ja erst die Mittagspause machen —, lassen Sie mich darauf hinweisen, daß heute vor 45 Jahren, am 9. November 1938, zu nächstlicher Stunde wie überall in Deutschland, so auch in Bremen und in Bremerhaven die Synagogen brannten. Sie waren angesteckt worden von Hitlers brauner Garde, die auch die jüdischen Geschäfte und Wohnungen plünderte und demolierte und sinnlos Menschen quälte und ermordete.

Mit diesem Pogrom, der noch am Abend jenes Tages von einem der Bremer Verantwortlichen als die Nacht der langen Messer bezeichnet wurde und der in dem Holocaust von Millionen mündete, wurden christliche Ethik und Humanität ebenso überrannt wie alle Gedanken und Begriffe, die das europäische Abendland in Jahrhunderten erdacht und geschaffen hatte.

(C) Wir gedenken der Opfer, die schuldlos unter den Schlägen und Schüssen ihrer Peiniger ihr Leben lassen mußten, und wir danken den Mitbürgern, die zu Ehren dieser Toten in der Nähe der ehemaligen Synagoge ein Mahnmal errichten ließen.

Ich bedanke mich sehr herzlich!

Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist nunmehr unterbrochen. Wir treten wieder zusammen um 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.05 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen ein Fortbildungslehrgang der Senatskommission für das Personalwesen, eine Klasse der Gesamtschule Bremen-Ost sowie der gemischte Chor Wilhadi 07 als Zuhörer teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe heute vormittag eine Reihe von Zuhörern besonders begrüßt, nämlich Abgeordnete aus der letzten Legislaturperiode. Ich sehe, wir haben jetzt den ehemaligen Abgeordneten Brockmann auf dem Besucherrang.

(D)

(Beifall)

Wir fahren in der Beratung der Tagesordnung fort.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktion der GRÜNEN
vom 25. Oktober 1983
(Drucksache 11/4)
1. Lesung
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen

Antrag der Fraktion der GRÜNEN
vom 25. Oktober 1983
(Drucksache 11/5)
1. Lesung
2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 1. November 1983
(Drucksache 11/14)
1. Lesung
2. Lesung

(A) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/20)
1. Lesung

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 11/20 hat die Bürgerschaft (Landtag) bereits zu Beginn der Sitzung beschlossen.

Wir kommen zur ersten Lesung über die vier Gesetzesanträge.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir als Neuling in diesem Hause ist es fast peinlich, einen Gesetzesantrag stellen zu müssen, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit regelt, nämlich die Selbstverständlichkeit, wie sich die Deputationen als eines der wichtigsten Organe dieses Parlaments zusammensetzen haben.

Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich Ihnen jetzt sage, daß die Deputationen eine alte stadtbremische Tradition sind, daß sie ursprünglich für das Recht der Bürgerschaft — und zwar der Bürgerschaft als Bürger dieser Stadt Bremen — stehen, sich an den städtischen Geschäften zu beteiligen, und daß mit der Einführung der demokratischen Spielregeln im vorigen Jahrhundert nicht nur die Beteiligung parlamentarisch gewählter Repräsentanten, sondern auch die Beteiligung nicht in allgemeiner und direkter Wahl gewählter Bürger an den Deputationen festgeschrieben worden ist. Es handelt sich hier also um ein altes bremisches Recht.

Soweit ich die Parlamentsgeschichte nach dem Kriege hier verfolgt habe, ist auch an diesem Recht festgehalten worden, unabhängig davon, wer in diesem Hause in den letzten Jahren vertreten war. Selbst in den Zeiten, als die NPD, die sicherlich nicht Ihr Wohlwollen fand, hier gesessen hat, sind alle Fraktionen dieses Hauses in den Deputationen beteiligt gewesen, unabhängig von einem Quorum nach d'Hondt oder nach einem anderen Verfahren. Solange ich da zurückblicken kann in den Unterlagen der Bürgerschaft, sind auch durch diese Fraktionen Leute benannt worden, die nicht Mitglieder der Bürgerschaft waren.

Ich denke, Sie müssen einen sehr ernsten Grund haben, wenn Sie mit dieser lebendigen Bremer Verfassungstradition und mit dieser auch ziemlich lebendigen Verfassungswirklichkeit heute brechen wollen, denn der von der SPD vorgelegte Antrag zur Änderung des Deputationsgesetzes, mit dem uns, den GRÜNEN, wie Herr Tepperwien das vorhin gesagt hat, das Recht eingeräumt wird mitzuwirken, wenn auch nicht mitzustimmen, ist eine Änderung der faktischen Lage in diesem Hause. Es ist das erste Mal, daß eine beteiligte Fraktion einen Sonderstatus in den Deputationen erhält.

Dieser Sonderstatus, den Sie vorsehen, was besagt er eigentlich? Sie schlagen vor, daß wir als Fraktion der GRÜNEN Mitglieder der Fraktion in Deputationen entsenden dürfen, aber Mitglieder der Deputation werden wir nicht. Welche Rechte sind darin enthalten? Offensichtlich, da wir nicht von der Bürgerschaft gewählt werden, höchstens — wenn Sie es freundlich gestatten, aber nicht durch Verfassung und Geschäftsordnung und Deputationsgesetz — die Rechte, die den Deputierten zustehen, zum Beispiel auf Akteneinsicht in den zuständigen Behörden.

Ich finde, es ist ein ziemlich gravierender Einschnitt in die Rechte dieses Parlamentes, wenn es einen solchen Beschluß faßt. Deshalb sage ich, es ist mir fast peinlich, daß wir eine Selbstverständlichkeit zum Antrag erheben müssen, eine Selbstverständlichkeit, die bis jetzt auch beachtet wurde, nämlich daß alle Fraktionen, so haben wir es vorgeschlagen, ein Grundmandat in den Deputationen erhalten, unbeschadet der Stärke der Deputation und unbeschadet der d'Hondtschen Verteilungsregeln.

Ich habe heute morgen schon einmal gesagt, Sie können das Quorum — und das tun Sie ja jetzt gerade — durch die Verkleinerung der Deputationen beliebig erhöhen, und es stellt sich in der Tat die Frage, ob das dem Gleichbehandlungsgrundsatz aller Fraktionen entspricht. Es stellt sich auch die Frage, ob eine solche Regelung überhaupt einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten kann. Wir werden ein entsprechendes Gutachten in Auftrag geben und, falls Sie so beschließen, natürlich auch versuchen, den Rechtsweg zu beschreiten, weil wir uns in unseren elementaren Rechten hier beschnitten sehen.

Wenn ich gesagt habe, es sei eigentlich peinlich, daß eine Selbstverständlichkeit, die zum Beispiel solange die FDP in diesem Hause war, galt und mit der offensichtlich keine schlechten Erfahrungen gemacht worden sind, festgeschrieben werden soll, dann frage ich mich zugleich, warum Sie eigentlich unbedingt eine Änderung wollen.

Die Änderung des Deputationsgesetzes und die Änderung des faktischen Verfahrens kann doch nur deshalb von Ihnen vorgenommen worden sein, weil Sie befürchten — vielleicht auch zu Recht — daß diejenigen Bürger, die wir in die Deputationen zu schicken beabsichtigen, vielleicht nicht die gleichen sind, die Sie bis jetzt in Deputationen zu sehen gewöhnt sind; daß die überkommenen Verfahrensregeln, die Sie in Deputationen erarbeitet haben, und die Themen in den Deputationen allerdings ganz gewaltig durcheinandergewirbelt werden; daß nicht nur neue Argumente, sondern auch neue Sachthemen und ganz andere Interessen durch die Bürgerinitiativen und diejenigen, die wir GRÜNE hier vertreten und von denen wir im wesentlichen gewählt werden, plötzlich in die staatlichen Organe hineinkommen.

Die SPD sagt, aus Sparsamkeitsgründen sei das alles notwendig. Ich finde das ein ausgesprochen albern Argument. Solange Sie jeweils 30 Leute aus

(C)

(B)

(D)

(A) Ihren Fraktionen entsenden, die nicht dem Parlament angehören, obwohl hier massenhaft Abgeordnete sitzen, die ja auch so gut bezahlt werden, wie ich hier bezahlt werde, dann frage ich mich, wieso es ausgerechnet gegen ein Gesetz der Sparsamkeit verstoßen würde, wenn die GRÜNEN davon ein paar Mandate abbekämen, zumal, und dazu haben wir einen gesonderten Gesetzesantrag vorgelegt, wir der Auffassung sind, daß man bei den Entschädigungen für Deputierte, die nicht der Bürgerschaft angehören — ebenso übrigens, dazu kommen wir bei den Haushaltsberatungen, wie bei den Gesamtaufwendungen für die Parlamentsfraktionen — ganz gut Gelder einsparen kann. Allein die Reduzierung der Entschädigungen für Deputierte würde vollständig ausreichen, um den Spareffekt, den Sie mit Ihren Regelungen, die Sie intern vereinbart haben zwischen CDU und SPD, wieder wettzumachen.

Tatsächlicher Sinn kann unseres Erachtens nur der sein, die GRÜNEN als Partei, die etwas anderes vertritt und etwas anderes vertreten will als Ihre Fraktionen, zu treffen. Sie mögen das mit sich selbst ausmachen, ob Sie das für einen ordentlichen Weg halten. Die Leute draußen, glaube ich, verstehen sehr gut, daß Sie hier zweierlei Recht im Parlament schaffen und eine Lex GRÜN heute hier einführen wollen, die völlig unnötig wäre, wenn Sie sich an das halten würden, was Sie in den letzten Jahren hier auch so gemacht haben.

(B) Das heißt, wir verlangen mit unserem Gesetzesantrag die Gleichbehandlung der Fraktion der GRÜNEN gegenüber den bisherigen Fraktionen in der Bürgerschaft und Gleichbehandlung auch als neue Fraktion in diesem Hause. Was Sie vorschlagen, mag ein politischer Wille sein, aber eine wirklich nach außen vertretbare politische und nach innen vertretbare juristische rechtliche Basis hat es unseres Erachtens nicht.

Als das letzte Mal hier in größerem Umfang Anfang der siebziger Jahre über Änderungen des Deputationsgesetzes diskutiert wurde, hat die SPD-Fraktion durch ihren damaligen stellvertretenden Vorsitzen den, der heute hier als Senator sitzt und damals noch ein ganzes Stück kämpferischer in solchen Fragen war, gerade für die Ausweitung der demokratischen Rechte der Parlamentarier in den Deputationen lebhaft gestritten und versucht, die CDU in Schranken zu weisen, die damals etwas vorsichtiger war. Heute sind die Verhältnisse offensichtlich umgedreht, und die SPD hat ein Interesse daran, die Rechte der Fraktionsmitglieder der GRÜNEN hier zu beschneiden.

Wenn Sie es also ernst meinen mit Ihren Ansprüchen, die Herr Klink hier heute morgen noch einmal vor diesem Hause vertreten hat, denke ich, sollten Sie das ernst nehmen, was Ihre eigene Jugendorganisation, die Jungsozialisten, Ihrem Landesvorstand geschrieben hat, nämlich, daß sie darin ein manipulatives Vorgehen sieht und eine Einschränkung der demokratischen Rechte der Fraktionen der GRÜNEN in dem, was Sie vorhaben. Vielleicht hören Sie auf das, was in Ihren eigenen Reihen diskutiert und ge-

sagt wird. Ich glaube, mancher von Ihnen ist mit dem Beschluß, der hier getroffen werden soll, auch nicht so ganz glücklich, genau wie wir.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das stimmt, aber anders, als Sie glauben!)

Herr Wedemeier, Sie sind ja sicherlich gleich an der Reihe und werden Ihre Argumente zu dem Punkt vortragen!

Wir fordern dieses Haus auf, diesen Punkt noch einmal zu überlegen und unseren Anträgen zur Änderung des Deputationsgesetzes zuzustimmen, weil das reinen Tisch schafft, klare Verhältnisse, und das, was bisher so war, auch so festschreibt. Es berücksichtigt die Rechte aller Fraktionen und beeinträchtigt ihre Rechte keineswegs! Sie brauchen auch nicht einmal an Ihren Sparquoten für die Deputationsbesetzungen zu rütteln.

Zu den Anträgen, die die CDU vorgelegt hat, kann ich erklären, daß wir ihnen, genau wie vorhin bei der Geschäftsordnung, in dieser Form zustimmen können, weil sie auf der Linie liegen, die parlamentarischen Rechte zu sichern, die parlamentarischen Rechte gegen eine Mehrheitsfraktion, die in der Tat ihre Rechte hier diktatorisch, kann man schon sagen — Herr Klein hat das vorher in diesem Hause auch schon einmal gesagt —, wahrzunehmen versucht.

Ich möchte also das Haus ganz dringlich bitten, noch einmal diesen Antrag zu überlegen, uns die Rechte zu geben, die wir nicht nur verlangen, sondern die, wie wir meinen, uns durch die Wahl und auch durch die Unterstützung der Bürger zustehen, und uns die Möglichkeit einzuräumen, auch diejenigen Bürger in Deputationen zu entsenden, die draußen sachgerecht für ihre Interessen kämpfen und die dafür gesorgt haben, daß wir als GRÜNE in diesem Parlament vertreten sind.

Wenn Sie mehr Bürgerbeteiligung wollen, wie Herr Klink heute morgen verlangt hat, lassen Sie auch die Bürger, und zwar alle Bürger, die für ihre Rechte kämpfen, sofern sie hier von den Fraktionen benannt werden, in dieses Haus, in seine Ausschüsse hinein, und das heißt, stimmen Sie unseren Anträgen zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, auf der Zuhörertribüne sehe ich den Konsul der Vereinigten Staaten, Herrn Konsul Woltmann. Ich begrüße Sie herzlich! Wir freuen uns über Ihr Interesse sowie über Ihr Kommen!

(Starker Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal, Herr Kollege Mützelburg, den Vorwurf zurückweisen, wir

(C)

(D)

(A) würden hier in diktatorischer Art und Weise Rechte beschneiden. Ich glaube, daß wir so nicht miteinander umgehen sollten.

Wenn Sie hier von einer Lex GRÜN sprechen, dann ist das richtig, nur nicht in dem Sinne, wie Sie es meinen. Die Lex GRÜN besteht darin, daß Ihnen Beteiligungsrechte eingeräumt werden, die noch keiner Gruppe oder Fraktion in dieser Größe eingeräumt worden sind. Darin besteht die Lex GRÜN.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich meine auch nicht, daß wir mit einer Tradition brechen. Sie haben gesagt, obwohl das nun wirklich ein schlechter Vergleich ist, auch die NPD wäre in Deputationen vertreten gewesen. Ich meine, daß das nicht der Fall war, aber ich war nicht dabei. Das können eher die aufklären, die dabei waren.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Waren nicht!)

Waren nicht dabei! Ich meine auch zu wissen, daß die KPD aufgrund ihrer Größe nicht in Deputationen vertreten war. Wir können nun einmal das Wähler-votum hier im Parlament durch noch so viele Änderungen von Deputationsgesetzen nicht umdrehen, und wir wollen das auch nicht!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

(B) Wenn Sie sich darüber beschwerten, daß jemand, der nicht dem Parlament angehört, von Ihnen nicht in eine Deputation entsandt werden kann, dann muß ich Ihnen sagen, daß die Regelung Sinn hat. Die Beteiligung in den Deputationen ist ja nur sinnvoll, wenn gesichert ist, daß der Deputierte mit den Informationen, die er selbst aus den Deputationen bekommt, hier im Parlament für seine Fraktion reden kann. Das geht aber nur, wenn es sich um Abgeordnete handelt.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Moment! Wenn man sich dann darüber beschwert, daß man offenbar mit Arbeit eingedeckt werden soll, meine Damen und Herren, ja, was meinen Sie, wozu Sie hier sind?

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Zum Arbeiten natürlich! Dann lese ich in der Zeitung, daß jeder von Ihnen — wie schrecklich! — drei Deputationen betreuen muß. Das ist doch das Selbstverständlichste von der Welt! Sie sind doch zum großen Teil alles freigestellte Kräfte! Das kann doch kein Problem sein, drei Deputationen zu betreuen! Diese Kritik verstehe ich überhaupt nicht. Herr Wilers weiß, daß Parlamentsarbeit nun auch einmal wirkliche Arbeit bedeutet. Da kann ich mich nicht beschweren, wenn ich drei Deputationen betreuen

muß. Er hat das Argument jetzt nicht gebraucht, (C) aber es hat in der Zeitung gestanden.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Wie viele betreuen Sie denn?)

Ich betreue eine ganze Fraktion! Das ist über 50 Deputationen vergleichbar!

(Heiterkeit — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Wedemeier, sind Sie jetzt bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Mützelburg anzunehmen?

Abg. **Wedemeier** (SPD): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Wie erklären Sie sich, Herr Wedemeier, hinsichtlich Ihrer Argumentation, daß die GRÜNEN nur Parlamentarier in die Deputation schicken sollen, daß die Freie Demokratische Partei in den letzten zwölf Jahren in jeder Legislaturperiode für die Deputationen mindestens zehn Mitglieder von außerhalb dieses Hauses entsandt hat, unbeanstandet und hochangesehen?

Abg. **Wedemeier** (SPD): Das war mir auch immer schon ein Dorn im Auge.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hätten wir auch dieses Mal geredet, da können Sie ganz sicher sein.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Solange Sie nicht mehr in der Koalition sind!)

In der Koalition sind wir schon seit zwölf Jahren nicht mehr, wenn Sie das bemerkt haben, Herr Kollege! Das ist ja das, was die FDP so bedauert! Auch darüber hätten wir also gesprochen.

Wir haben bei der Besetzung der Deputationen zu der Zeit, als aus den sogenannten Freizeitparlamentariern Halbtagsparlamentarier wurden, den Fehler gemacht, daraus nicht sofort Konsequenzen zu ziehen. Wir sind bei der gleichen Anzahl von Deputierten geblieben. Das war falsch. Deshalb ist es richtig, jetzt die Deputiertenzahl zu verringern. Nur, die Verringerung der Deputiertenzahl hat damit, daß Sie nicht da hinein sollen, das heißt, Sie sollen da hinein, aber daß jemand, der der Bürgerschaft nicht angehört, nicht da hinein soll, überhaupt nichts zu tun. Wenn wir bei 15 Mitgliedern pro Deputation geblieben wären, dann wären Sie immer noch nicht in der Deputation. Wir hätten nicht nur Geld nicht einsparen dürfen, sondern wir hätten sogar sehr viel mehr Geld ausgeben müssen, damit Sie überhaupt ein Anrecht hätten, in die Deputation zu kommen. Erst bei 19 Sitzen wäre die Fraktion der GRÜNEN mit einem

(D)

(A) stimmberechtigten Mitglied in der Deputation vertreten. Ich glaube nicht, daß Sie von uns verlangen wollen, die Deputiertenzahl auf 19 auszuweiten.

Das Wahlergebnis ist so wie es ist, und jeder hat die Sitzstärke, die das Wahlergebnis nun einmal zutage gefördert hat. Damit muß man sich abfinden, und man kann keine Sonderrechte größerer Art verlangen, obwohl Sie schon einen Sonderstatus in diesem Parlament bekommen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon einen Sonderstatus bekommen und wir unsere Position, die wir vor vier Jahren gegenüber der BGL gehabt haben, aufgeben, dann hat das doch wirklich nur den Sinn, den Argumenten von damals zu folgen und zu sagen, Sie müssen an der Deputationsarbeit beteiligt werden, damit Sie hier im Parlament auch die nötigen Informationen haben. Die hätten Sie aber nie, wenn Sie Personen in die Deputationen entsenden, die hier gar nicht reden können. Bei uns ist das nicht das Problem, weil bei uns immer Abgeordnete in einer Deputation sitzen. Bei Ihnen ist es aber nun einmal das Problem.

Jetzt verlangen Sie noch weitergehende Rechte, obwohl Sie eigentlich die, die Ihnen heute zugestanden werden sollen, nach dem bisherigen Verfahren im Bremer Parlament nicht haben. Das ist nicht nur im Bremer Parlament so. Also bitte nicht über Arbeit beschweren! Auch Ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Parlamenten, in denen man ja diese Einrichtung von Deputierten, die gar nicht der Bürgerschaft angehören, nicht kennt, müssen ebensoviel arbeiten wie Sie.

(B)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Wedemeier** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. **Willers** (GRÜNE): Zu der Arbeit, Herr Wedemeier, wollte ich gerade noch einmal kommen! Ich wollte fragen, wenn Sie es also als machbar ansehen, daß fünf Abgeordnete die gesamten parlamentarischen Aufgaben wahrnehmen, können Sie mir dann bitte einmal erklären, warum es notwendig ist, daß die SPD-Fraktion bei 58 Abgeordneten noch 30 Deputierte, die der Bürgerschaft nicht angehören, zusätzlich braucht, um diese Arbeit zu bewältigen?

Abg. **Wedemeier** (SPD): Wir haben sehr viel mehr Deputationssitze auch zu besetzen, wenn Sie das bemerkt haben! Selbstverständlich! Deshalb brauchen wir auch zusätzliche Deputierte, die der Bürgerschaft nicht angehören, wir sind da übrigens ganz bescheiden. Wir haben bei 58 Abgeordneten 30 Deputierte, das ist gerade die Hälfte. Die CDU-Fraktion

hat auch 30 Deputierte. Ich glaube, Sie brauchen sich auch keine Gedanken über die Belastbarkeit von SPD-Abgeordneten zu machen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich nur mit Ihrem Argument auseinandersetzen, daß Sie meinen, Sie könnten das nicht bewältigen. Im Gegensatz zu Ihnen, das muß ich Ihnen auch einmal sagen, sind bei uns sehr viel mehr Abgeordnete, die noch einen Beruf auszuüben haben, die Sie also gar nicht so belasten können. Sie sprechen von der Basis, bei uns sitzt sie in der Fraktion. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb können wir Ihnen zumuten, daß Sie diese Arbeit auf sich nehmen. Ich meine, es war auch nur ein Hilfsargument, ich verstehe das. Nur, dieses Hilfsargument zieht eben nicht.

Der Antrag, die Entschädigung der Deputierten zu verringern, findet bei uns auch keine Zustimmung. Die Deputierten haben auch einen Anspruch auf Entschädigung. Es wäre an sich, wenn er von den GRÜNEN kommt, auch nur konsequent, wenn Sie weitergehen mit Ihren Anträgen auf Verringerung der Entschädigung der Abgeordneten und das nicht bei dem belassen, was die Deputierten, die nicht der Bürgerschaft angehören, angeht, was Ihrem Geldbeutel nicht wehtut. Konsequent wäre es dann gewesen, hier über alle Entschädigungen zu reden.

(D)

(Abg. **Willers** [GRÜNE]: Das kommt noch!)

Das haben Sie vergessen! Gut, dann machen Sie das noch! Dann verhalten wir uns aber genauso, wie wir uns hier verhalten, wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

Herr Kollege Mützelburg, Sie haben gesagt, es war wohl so in der SPD-Fraktion, daß viele nicht glücklich sind damit, und ich kann Ihnen sagen, es war gar nicht so einfach in der SPD-Fraktion, es durchzusetzen, daß Sie einen Sonderstatus bekommen, weil es an sich nicht einsehbar ist, daß Sie einen Sonderstatus erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem sollen Sie ihn haben. Nun zu Ihrer ersten öffentliche Erklärung, die Sie abgegeben haben, zu Ihrer Pressekonferenz! Ein Journalist war ja dabei, der ist auf bestimmte Formulierungen auch hereingefallen. Zu dem Zeitpunkt hatten wir das Thema in der SPD-Fraktion noch gar nicht behandelt. Ich hatte zwar schon mit Herrn Willers gesprochen, aber in der SPD-Fraktion war dieses Thema noch gar nicht behandelt worden. Dann gehen Sie an die Presse und meinen, Sie müßten das Ganze erst einmal der Presse

(A) mitteilen, obwohl zumindest meine Fraktion über dieses Gespräch noch gar nicht reden konnte.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Wir sind Ihnen nur zuvorgekommen, Herr Wedemeier!)

Nein, das sind Sie nicht! Das dazu!

Ich glaube, wir brauchen darüber jetzt nicht weiter zu reden. Die GRÜNEN bekommen hier einen Sonderstatus, der ihnen in keinem Parlament bisher, auch nicht in Bremen jedenfalls, eingeräumt worden ist. Nehmen Sie das wahr, was wir hier bereit sind zu tun, und quaken Sie nicht über die Dinge, die Sie vielleicht gern noch hätten. Ich weiß, daß Sie an der Basis unter Druck stehen. Ich will das anerkennen. Ich weiß, daß diejenigen, die Ihre Nachrücker werden sollen, natürlich schon jetzt in den Deputationen mitarbeiten wollen.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Aber dieses Rotationsprinzip, das Sie beschlossen haben und wahrscheinlich nicht durchhalten können, haben wir nicht beschlossen, das haben Sie selbst beschlossen, also müssen auch Sie selbst damit fertig werden.

Ich will Ihnen hier keine Ratschläge erteilen, aber wenn Kontinuität — Herr Willers weiß das — in eine Arbeit gebracht werden soll, auch in die lobenswerte Arbeit, die Sie machen wollen, dann geht das nicht, wenn man sich nur auf zwei Jahre beschränkt.

(B)

(Abg. Willers [GRÜNE]: Das lassen Sie einmal unsere Sorge sein!)

Aber gut, das ist nicht unsere Auseinandersetzung. Übrigens haben Sie von der SPD-Fraktion bisher, das meine ich jedenfalls, noch nicht gehört, daß wir Ihr Rotationsprinzip für verfassungswidrig halten. Dazu haben wir uns noch nicht geäußert. Das nur einmal zu dem, was Sie heute morgen gesagt haben!

Ich will es kurz machen! Zu den Anträgen der CDU! Herr Klein, halten Sie wieder eine so lange Rede vor der Überweisung wie vorhin — dann muß ich es auch —, oder überweisen wir es schnell?

(Abg. Klein [CDU]: Kein Druck, Herr Kollege, kein Druck!)

Nein, ich will Sie nicht unter Druck setzen, aber vorhin haben Sie gesagt, Sie wollten nur die Überweisung begründen, und dann haben Sie die Anträge inhaltlich begründet.

(Abg. Klein [CDU]: Ich mache es bezüglich der anderen Anträge wirklich ganz kurz!)

Ich mache es trotzdem kurz, melde mich aber noch einmal, das drohe ich Ihnen an, wenn Sie meinen, Sie müßten hier wieder lange reden. Wir wissen ja, daß Sie das können. Wir sind mit der Überweisung der

Anträge einverstanden und können uns dann im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß über den Inhalt der Anträge unterhalten. Ich glaube, dann sparen wir uns heute Zeit. Einverstanden? Gut! — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Wedemeier, ich werde mich bemühen, sowohl Ihr Wohlgefallen nicht zu verlieren als auch das sachliche Interesse meiner Fraktion zu berücksichtigen!

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD)

Aber zunächst zu dem Antrag des Herrn Kollegen Mützelburg für die Fraktion der GRÜNEN auf Einräumung eines Grundmandats — Drucksache 11/4 —! Dieser Antrag berührt doch das Selbstverständnis des Parlaments, und, Herr Wedemeier, Sie werden einverstanden sein, wenn ich dazu ein paar Bemerkungen mache, ohne ausführlich zu werden. Herr Kollege Mützelburg, Sie irren, wenn Sie meinen, dieses Haus habe einmal nach dem zweiten Weltkrieg ein Grundmandat eingeräumt.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

(D)

Sie sprachen im Zusammenhang mit der FDP vom Grundmandat. Das ist weder rechtlich noch faktisch der Fall gewesen. Ich will nur ein Beispiel erwähnen. Die FDP-Fraktion hat immer das Grundmandat verlangt. Wir hatten eine große Verfassungsreform versucht und acht Jahre daran gearbeitet mit vielen Gutachten, die auch sehr teuer waren. Es kam ein Minimalkompromiß heraus: Abschaffung der Einstimmigkeitsklausel für Verfassungsänderungen und Einführung eines verfassungsmäßigen Minderheitenquorums für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. Dies konnte nicht verabschiedet werden, weil die FDP diesen Minimalkompromiß mit der Forderung nach einem Grundmandat verband und die beiden größeren Fraktionen dieses Hauses, SPD und CDU, trotz der Wichtigkeit der Durchsetzung dieses Minimalverfassungsänderungskompromisses das Grundmandat ablehnten. Davon machen wir auch heute keine Ausnahme. Wir sind der Meinung, daß das Grundmandat mit unserer parlamentarischen Ordnung nicht zu vereinbaren ist.

Es kommt hinzu, Herr Kollege Mützelburg, daß Herr Wedemeier recht hat, wenn er sagt, daß Ihnen mit dem Antrag der SPD und der CDU hinsichtlich der Beteiligung der Abgeordneten der GRÜNEN ohne Stimmrecht — Drucksache 11/12 — erstmalig in der Nachkriegszeit ein Beteiligungsrecht eingeräumt wird, das vergleichbaren Fraktionen bisher nicht eingeräumt worden ist. Ihre Bezugnahmen auf

- (A) die NPD und die FDP gehen fehl. Ich darf das ganz kurz begründen!

Die NPD kam, Herr Kollege Mützelburg, damals in den sechziger Jahren, ich habe das schon vergessen, welche Wahlperiode das genau war, urplötzlich mit acht Abgeordneten in das Haus. Sie bekamen aber nur einen Sitz in der Finanzdeputation, weil die Finanzdeputation damals die größte Deputation war — sie bestand aus zwölf plus drei Mitgliedern —, sonst war sie nicht vertreten. Die FDP hatte 1971 sieben Mandate erreicht. Damals waren die übrigen Deputationen zahlenmäßig angehoben, so daß sie aufgrund der sieben Sitze jeweils ein echtes Mandat nach dem Höchstzahlverfahren bekam. Das konnte natürlich auch durch Nur-Deputierte ausgeübt werden.

Jede Fraktion, die bisher aufgrund des Höchstzahlverfahrens kein echtes Mandat bekommen hat, hat es auch nicht durch irgendwelche Klimmzüge erhalten, erst recht nicht durch Nur-Deputierte. Das ist der derzeitige Stand, und erst Ihnen ist auf Vorschlag der SPD jetzt die Beratungsmöglichkeit durch Abgeordnete Ihrer Fraktion eingeräumt. Ich halte es auch für im öffentlichen Interesse liegend, daß klargestellt wird, daß das Haus Ihnen mit der Annahme dieses Antrags von SPD und CDU hier weitestgehend entgegenkommt,

(Beifall bei der CDU und der SPD)

- (B) und Sie werden sicherlich im stillen Kämmerlein das zu respektieren wissen, und wir hoffen, daß Sie auch gehörigen Gebrauch von diesem Beteiligungsrecht machen.

Nun, meine Damen und Herren, zu unserem Änderungsantrag Drucksache 11/20! Er steht im Zusammenhang mit unseren Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung. Wir wollen in Ziffer 1, daß nach dem Höchstzahlverfahren das Kontingent der Sprecher und der stellvertretenden Sprecher verteilt wird. Das hätte zur Folge, daß erstmalig in der Nachkriegszeit ein wesentlicher Mangel behoben würde. Die Oppositionsfraktion der CDU würde dann auch für Deputationen nach dem Zugriffsverfahren d'Hondt Sprecher stellen. Eine Regelung, die wir bei den parlamentarischen Ausschüssen schon haben! Wir haben zum Beispiel nach dem Zugriffsverfahren den Vorsitzenden des Petitionsausschusses gestellt und werden ihn weiter stellen. Wir haben nach dem Zugriffsverfahren Vorsitzende von nichtständigen Ausschüssen gestellt, zum Beispiel Untersuchungsausschuß. Diese Regelung müssen wir unbedingt auf die Deputationen übertragen, denn die Deputationen sind ja die wesentlichen Parlamentsausschüsse, wenn sie auch zusätzlich — ich unterstreiche zusätzlich — administrative Funktionen ausüben.

Im Augenblick ist die Lage so — und die bekämpfen wir —, wegen der Klammerstruktur der Deputation hat der Senator, also die politische Spitze der Exekutive, den Vorsitz, und die SPD stellt jeden Sprecher. Das geht nicht. Wenn schon wegen der Verfassungslage der Senator den Vorsitz stellt, muß nach

- d'Hondt auch die Opposition in die Möglichkeit gesetzt werden, den Sprecher zu stellen. Deswegen haben wir zur Änderung des Paragraphen 9 des Deputationsgesetzes diesen Änderungsantrag eingebracht. (C)

In Ziffer 2 unseres Antrags, meine Damen und Herren, wollen wir, auch entsprechend einem Änderungsantrag zur Geschäftsordnung, daß ein Viertel der Mitglieder einer Deputation Einrichtungen des Verwaltungszweigs besuchen darf, für den die Deputation zuständig ist, und Auskünfte für die Deputationsarbeit einholen kann. Wir wollen auch die Rechte eines einzelnen Deputationsmitglieds verstärken. Mit Zustimmung eines Sprechers oder des Vorsitzenden soll auch ein einzelnes Deputationsmitglied Auskünfte einholen und Akteneinsicht von der Verwaltung verlangen können. Wesentliche Verbesserungen also der Vorbereitung der Sitzungsarbeit und der Debatte!

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß auch dieser Antrag zur Prüfung dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß überreicht werden sollte, und ich wäre sehr verbunden, wenn Sie Ihrem guten Beispiel von soeben folgen würden und diesem Überweisungsantrag Ihre Zustimmung geben würden. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

- Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (D)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Gesetzesvorlagen mit den Drucksachen-Nummern 11/4, 11/5, 11/14 und 11/20 nacheinander auf.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, Drucksache 11/4 — es handelt sich um den Antrag der Fraktion der GRÜNEN —, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE))

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 unserer Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigungen der Mitglieder von Deputationen, Drucksache 11/5 — es handelt sich ebenfalls um einen Antrag der Fraktion der GRÜNEN —, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Damit unterbleibt ebenfalls gemäß Paragraph 35 unserer Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Wir kommen nunmehr zur Drucksache 11/14. Es ist ein Antrag der Fraktionen der SPD und CDU.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, Drucksache 11/14, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat darum gebeten, die erste Lesung über den Gesetzesantrag mit der Drucksache 11/20 zu unterbrechen und ihn zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsausschuß zu überweisen.

(B) Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, damit ist die Überweisung beschlossen.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, die Beratung der Drucksache 11/14 in zweiter Lesung unmittelbar nach der ersten Lesung durchzuführen.

Werden gegen die Durchführung der zweiten Lesung Einwände erhoben?

Wer dafür ist, daß wir jetzt in die zweite Lesung eintreten, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, das ist so beschlossen.

(Einstimmig)

Dann werden wir die zweite Lesung jetzt durchführen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(C) Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, Drucksache 11/14, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Dieser Ausschuß soll aus elf Mitgliedern bestehen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(D)

Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Wahlvorschlägen zu.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Petitionsausschusses

Dieser Ausschuß soll unverändert aus 13 Mitgliedern bestehen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

- (A) Wir kommen zur Wahl.
Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmhaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 63 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist für den Anteil an Stellen der Vorsitz der von der Bürgerschaft eingesetzten ständigen Ausschüsse die Stärke der Fraktionen maßgebend. Das Zugriffsrecht steht den Fraktionen in folgender Reihenfolge zu: Erster Vorsitz SPD, zweiter Vorsitz CDU, dritter Vorsitz SPD. Da sich die SPD-Fraktion hinsichtlich des ersten Vorsitzes für den Rechnungsprüfungsausschuß entschieden hat, steht das Zugriffsrecht im Falle des Vorsitzes Petitionsausschuß der CDU-Fraktion zu.

Ich bitte den Abgeordneten Helmut Pflugradt, zur ersten Sitzung des Petitionsausschusses einzuladen.
Es ist so gesagt und beschlossen.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Datenschutzausschusses

- (B) Dieser Ausschuß soll unverändert aus sieben Mitgliedern bestehen.

In dem Ihnen vorliegenden Wahlvorschlag ist unter anderem der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Herr Dr. Günther Czichon aufgeführt. Da Herr Dr. Czichon heute noch Mitglied des Senats ist, kann er nicht in einen Parlamentsausschuß gewählt werden. Ich werde daher die Wahl mit Ausnahme des Vorschlags Herrn Dr. Günther Czichon vornehmen lassen. Besteht Klarheit darüber? — Das ist der Fall.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen mit Ausnahme des Wahlvorschlags Dr. Günther Czichon wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmhaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Die erforderliche Nachwahl für ein Mitglied des Datenschutzausschusses kommt auf die Tagesordnung der Dezembersitzung.

Ich bitte den Abgeordneten Jürgen Janke, die erste Sitzung des Datenschutzausschusses einzuberufen.

Wahl der drei Mitglieder und deren Stellvertreter der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß Paragraph 7 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Bremen und Paragraph 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (C)

Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Parlament,
(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich bei der jetzt zu wählenden Parlamentarischen Kontrollkommission um ein Gremium, das mit der Einschränkung sonst verfassungsmäßig garantierter Rechte der Bürger befaßt ist und deshalb ein höchst empfindliches Unternehmen ist. Bisher ist bei der Wahl zu diesem Gremium nicht nach d'Hondt verfahren worden, sondern die Fraktionsvorsitzenden der drei hier in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen waren in diesem Gremium vertreten.

Ich habe die Vorlage gesehen und festgestellt, daß Sie diesmal davon abweichen wollen, obwohl es sich hier nicht um die Argumente nach d'Hondt handeln kann, die Sie vorher vorgetragen haben. Mich würde von Herrn Neumann und Herrn Wedemeier sehr interessieren, warum sie ein Interesse daran haben, die GRÜNEN aus diesem Gremium herauszuhalten. Ich sage für uns, daß wir den Anspruch anmelden, in diesem Gremium beteiligt zu werden, gerade weil es um einen solch empfindlichen Bereich geht und die Einschränkungen von Grundrechten eines großen Teils von Bürgern, die zum Beispiel auch unter denen sein können, an deren Seite wir in der Friedensbewegung auf der Straße gestanden haben und in den anderen sozialen Bewegungen.

Deshalb — das sage ich gleich mit für den Herrn Präsidenten — nominieren wir zur Wahl den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der GRÜNEN, den Kollegen Hans-Peter Wierk, und als Stellvertreter den stellvertretenden Vorsitzenden Peter Willers.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Mützelburg, erlauben Sie mir einen ganz kurzen Widerspruch, vielleicht übt das ein bißchen! Ich möchte Ihnen nicht immer widersprechen, um das gleich vorweg zu sagen. Sie haben gerade gesagt, daß bei der Parlamentarischen Kontrollkommission das Verfahren nach d'Hondt nicht angewandt sei. Das stimmt nicht, es ist d'Hondt angewandt. Wir haben jetzt drei Mitglieder, das ergibt nach d'Hondt zwei Sitze für die SPD und einen Sitz für die CDU, in der letzten Legislaturperiode hatten wir auch drei Mitglieder, und da hat die SPD den ihr zustehenden Sitz an die FDP abgetreten, das ist

- (A) ihr gutes Recht zu entscheiden, ob sie das jetzt auch macht, ist ebenfalls ihr gutes Recht. Aber es bleibt dabei, auch diese Kommission wird nach d'Hondt besetzt. Darauf legen wir Wert.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen folgendes Verfahren vor. Es ist ein weiterer Vorschlag gemacht worden, das ist möglich. Eine Fraktion kann Vorschläge machen. Wir werden deswegen jetzt den Wahlzettel neu fassen müssen, und wir werden in eine Wahl dann eintreten. Bis das erledigt ist, sollten wir diesen Tagesordnungspunkt aussetzen und die übrigen Tagesordnungspunkte abarbeiten. Wenn der Wahlzettel vorliegt, wird die Wahl aufgerufen.

Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? — Ich stelle fest, daß das der Fall ist.

Dann ist dieser Tagesordnungspunkt ausgesetzt.

Wahl der Mitglieder der staatlichen Deputationen

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

- (B) Ich frage, ob alle die Wahlvorschläge haben. — Alle Abgeordneten haben die Wahlvorschläge.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl der Bremerhavener Mitglieder der städtischen Deputationen

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses (C)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Meine Damen und Herren von der Fraktion der GRÜNEN, bei Stimmhaltung beteiligen Sie sich nicht, das ist also Nichtbeteiligung, was bei Ihnen praktiziert wird.

(Abg. Willers [GRÜNE]: So ist es, Herr Präsident!)

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ständigen Beirats beim Bundesausgleichsam

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen. (D)

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertretern des Ausschusses zur Wahl der Richter des Verwaltungsgerichts

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(A) Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Weiterbildung

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Jugendbildung

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Sport

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von vier Mitgliedern des Stiftungsrats der Stiftung „Wohnliche Stadt“

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE*): Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, einmal die Routine des Abstimmungsverfahrens zu unterbrechen! Wir sind seit kurzem in der Lage, diese Institution Stiftung „Wohnliche Stadt“ etwas genauer zu beurteilen, nachdem eine Festschrift uns auf den Tisch geflatert ist. Wir lesen in der Einleitung zu dieser Festschrift, dies hat Herr Senator Dr. Czichon verfaßt: „Nichts geht mehr, so sagt der Croupier am Roulette-tisch, wenn die Kugel läuft, und so sagen auch die Kommunalpolitiker voll Sorge, wenn sie Kassensturz machen und dabei an ihre vielen Wünsche und Pläne denken.“

In dem weiteren, was Herr Dr. Czichon dort ausführt, kommt er zu dem Schluß, daß diese Stiftung „Wohnliche Stadt“ und die Mittel, die dort eingenommen werden, eine wertvolle Ergänzung des Haushalts der Stadt Bremen sind. An einer anderen Stelle steht dort: „Der Spieler“ — das sind also die Leute, die in der Böttcherstraße ihr Geld verplempern —, „der Spieler, dem das Glück nicht hold ist, wird so zum wichtigen Mäzen.“

Meine Damen und Herren, ich finde dies schlicht eine perverse Aussage, die Stiftung „Wohnliche Stadt“ und die Aktivitäten von Spielern als eine Hilfskonstruktion, um den bremischen Haushalt mit Mitteln aufzufüllen! Das ist wirklich unmöglich, das entspricht im übrigen aber genau der Philosophie der Sozialdemokraten,

(Heiterkeit bei der SPD)

insbesondere, meine Damen und Herren, Ihrer Philosophie. Sie versuchen, die Menschen — ich nehme da bewußt einen Vergleich von Olaf Dinné auf — in rosarote Wolken zu hüllen, damit sie die grausame Realität, die sie Ihnen verdanken, nicht mehr so wahrnehmen.

Ich halte es für schlicht pervers, daß ganz wichtige Maßnahmen unseres bremischen Haushalts, und zwar des offiziellen Haushalts, nunmehr durch Spieler finanziert werden, wie zum Beispiel der Bau von Fahrradwegen, die Anlage von Grünanlagen, das Pflanzen von Straßenbäumen und Schutzpflanzungen gegen Lärm. Das geht wirklich nicht, meine Damen und Herren — überlegen Sie sich das wirklich einmal! —, daß lebensnotwendige Maßnahmen, für die das Land und die Stadt zuständig sind, auf diese Art und Weise in Zukunft finanziert werden sollen. Deswegen haben wir ganz große Bedenken gegen diese Konstruktion. Aber wir wissen, daß wir sie mit unserer Minderheit nicht abschaffen können. Deswegen möchten wir Ihnen gern auf die Finger sehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auch hierbei! Es gibt überhaupt keinen Grund, nicht den Herrn d'Hondt und auch sonst niemanden, der es

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)**(D)**

(A) Ihnen verbieten würde, uns Zugang zum Stiftungsrat zu verschaffen.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Wir wollen Sie nicht in Konflikte bringen!)

Ich habe der Liste des Stiftungsrats und seiner ständigen Gäste entnommen, daß die Übung bisher so gewesen ist, daß fünf Abgeordnete dieses Hauses, sogar welche der FDP, ständige Gäste dort gewesen sind. Also, meine Bitte: Überlegen Sie es sich noch einmal, auch wenn es unangenehm werden sollte, überlegen Sie es sich noch einmal, ob Sie uns den Zugang zu diesem Stiftungsrat ermöglichen! Ich nominieren hier jedenfalls als Gast für diesen Stiftungsrat die Kollegin Bernbacher.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, über Gäste brauchen wir hier nicht abstimmen zu lassen. Das ist eine Anregung, die wird der Stiftungsrat dann aufgreifen müssen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl von drei Mitgliedern und deren Vertretern für den Gemeinsamen Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE)*): Meine Damen und Herren! Auch hier nur ganz kurz! Diese Institution, meine Damen und Herren, halten wir nun für ganz wichtig. Sie aber halten sie nun offensichtlich für nicht so wichtig, weil die Arbeit der Gemeinsamen Landesplanung, wie wir alle aus der vergangenen Legislaturperiode wissen, ziemlich daniederliegt und die Kompetenzen dieser Institution sehr eingeschränkt sind. Wir denken, daß es sehr notwendig wäre, eine Abstimmung mit dem Land Niedersachsen über uns gemeinsam betreffende Probleme in viel ausgiebigerer Art und Weise zu treffen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist.

Wir haben uns in der Interfraktionellen Besprechung vor dieser Sitzung darüber unterhalten, warum es denn hier nicht möglich ist, daß wir GRÜNE zumindest an den Sitzungen beteiligt werden, auch wenn vielleicht kein Stimmrecht für uns möglich ist.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Da kam der Einwand, das ist ja ein gemeinsames Gremium zwischen Bremen und Niedersachsen, und das geht schon deswegen nicht. Die Niedersachsen würden ja erstaunt sein, wenn da auf einmal jetzt auch ein GRÜNER erschiene. Das scheint mir ein hanebüchenes Argument zu sein, und ich glaube, daß die Niedersachsen nicht ernsthaft ausziehen würden oder irgendwelche sonstigen Repressionsmaßnahmen gegen dieses Gremium ergreifen würden, wenn da auch noch ein GRÜNER erschiene.

Wir legen also Wert darauf, weil wir dies, wie gesagt, für sehr wichtig halten, an diesem Gremium beteiligt zu werden. Auch hier beantragen wir Teilnahme. Wir werden einen Vertreter später benennen, falls Sie sich doch noch entschließen könnten, unserem Antrag zu folgen.

Präsident Dr. Klink: Ein Antrag im Sinne der Geschäftsordnung liegt nicht vor. Es ist eine Anregung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend. (D)

Einsetzung eines staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN vom 3. November 1983 (Drucksache 11/18)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/18 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, der soeben beschlossene Antrag sieht vor, daß der Ausschuß aus 13 Mitgliedern bestehen soll. Die Fraktionen haben ihre Wahlvorschläge eingereicht. Sie sind hektographiert an die Abgeordneten verteilt worden.

Wir kommen jetzt zur Wahl der Mitglieder.

- (A) Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten in den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuß wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Ich bitte den Abgeordneten Horst Stäcker, die erste Sitzung des Ausschusses einzuberufen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Wahlen soweit abgeschlossen. Es ist nur noch eine Wahl offen.

Wahl der drei Mitglieder und deren Stellvertreter der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 7 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

Ich frage jetzt, meine Damen und Herren, ob wir nach der Geschäftsordnung so verfahren können, daß wir nach Paragraph 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung über die Wahlvorschläge offen abstimmen. Wenn wir das machen könnten, brauchten wir nicht weiter zu warten.

- (B) Besteht Einverständnis darüber? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Es sind drei Mitglieder zu wählen und deren Stellvertreter, und zwar nach d'Hondt jeweils zwei von der SPD und einer von der CDU. Von der Fraktion der GRÜNEN ist zusätzlich ein Vorschlag gemacht worden, und zwar der Abgeordnete Wierk und als Stellvertreter der Abgeordnete Willers.

Ich lasse jetzt einzeln abstimmen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir das Mitglied und seinen Stellvertreter in einem Abstimmungsgang wählen.

Wer den Abgeordneten Klaus Wedemeier und als seinen Stellvertreter den Abgeordneten Uwe Beckmeyer in die Kontrollkommission wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Mützelburg [GRÜNE]
und Abg. Willers [GRÜNE])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, damit ist die Wahl vollzogen.

Wer den Abgeordneten Klaus-Dieter Dunker und als seinen Stellvertreter den Abgeordneten Jürgen

- Janke in die Kontrollkommission wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Mützelburg [GRÜNE]
und Abg. Willers [GRÜNE])

Stimmenthaltungen?

Damit sind die Abgeordneten in die Kommission gewählt.

Wer den Abgeordneten Bernd Neumann und als seinen Stellvertreter den Abgeordneten Wedige von der Schulenburg in die Kontrollkommission wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Willers [GRÜNE])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, damit sind auch diese beiden Abgeordneten gewählt worden.

Meine Damen und Herren, damit ist der Ausschuß besetzt. Eine weitere Abstimmung erübrigt sich also.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Wedemeier. (D)

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich trotz der interfraktionellen Vereinbarungen das Wort zur Tagesordnung nehmen und um Umstellung der Tagesordnung bitten. Wir haben zwei Anträge zum Thema Raketenstationierung vorliegen, dazu einen Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN, und zwar zum vorliegenden SPD-Antrag. Ich meine, da absehbar ist, daß wir morgen wegen der anstehenden Wahlen und der Debatte, die vorgeschaltet ist, zu diesen Anträgen nicht mehr kommen, wir uns deshalb bemühen müssen, heute über diese Anträge zu beraten und zu beschließen.

Warum heute? Der Bundestag wird in absehbarer Zeit ebenfalls über diese Frage beraten, und wenn es Sinn haben soll, daß sich ein Landesparlament vor der endgültigen Entscheidung des zentralen Parlaments äußert, dann kann das nur vor der Diskussion des Bundestags sein und nicht danach. Dazu ist heute die letzte Gelegenheit. Da alle Fraktionen sich zur Sache durch Anträge oder Änderungsanträge geäußert haben, gehe ich davon aus, daß auch alle Fraktionen ein Interesse daran haben, daß wir diese Anträge heute noch beraten. Ich beantrage deshalb zur Geschäftsordnung, daß wir nach Umstellung der Tagesordnung jetzt über die vorliegenden Anträge zur beabsichtigten Raketenstationierung diskutieren und entscheiden. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Willers.

Abg. **Willers** (GRÜNE*): Meine Damen und Herren! Herr Wedemeier, wir teilen Ihre Begründung, mit der Sie die Dringlichkeit hier dargelegt haben, daß wir uns mit diesem Raketenantrag heute noch befassen müssen. Wir halten das für unbedingt notwendig. Wir halten es allerdings auch für notwendig, daß der Antrag, den wir zu den Werften eingereicht haben, auch heute hier behandelt wird, weil auch diese Angelegenheit keinen Aufschub duldet. Wenn wir uns in dieser Angelegenheit nicht hier und heute zu einer Maßnahme entscheiden, fürchte ich, werden wir die ganze Angelegenheit auch vergessen können. Wir werden im Dezember grundsätzlich debattieren über die Regierungserklärung, und eine Äußerung zu den Werften fällt dann garantiert hinten herunter.

Deswegen stellen wir den Antrag, daß zunächst — das braucht auch nicht beschlossen zu werden — unser Werftenantrag hier noch behandelt wird und dann in die Debatte über den Raketenantrag der SPD sowie der Anträge der CDU und von uns eingetretten wird. Wir haben jetzt noch zweieinhalb Stunden Zeit, um das noch zu tun. Wenn wir ein bißchen diszipliniert debattieren, sollte es möglich sein, in dieser Zeit beide Anträge zu behandeln. Das ist wirklich eine Frage der Disziplin von uns allen, und wenn das nicht der Fall sein sollte, dann sind unserer Auffassung nach beide Fragen so wichtig, daß wir sogar eine halbe Stunde oder eine Stunde anhängen sollten, entgegen unseren Beschlüssen. Ich meine, wenn wir uns über Werften und über den Frieden um eine halbe Stunde hier streiten sollen, dann haben wir unsere Aufgabe hier nicht richtig wahrgenommen.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, es sind zwei geschäftsordnungsmäßige Begehren vorgebracht worden. Gemäß Paragraph 18 unserer Geschäftsordnung kann die Bürgerschaft die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändern. Es ist das Begehren des Abgeordneten Wedemeier, daß die Anträge zur Raketenstationierung jetzt sofort zur Beratung gestellt werden. Das andere Begehren sagt, daß zunächst einmal das Thema Einberufung einer Werftenkonferenz behandelt werden soll. Nach der Reihenfolge der Tagesordnung kämen jetzt die Tagesordnungspunkte 27 und 28 ohne Debatte und im Anschluß daran der Punkt 32, Einberufung einer Werftenkonferenz. Wer also dem Begehren des Abgeordneten Willers zustimmen möchte, müßte den Antrag des Abgeordneten Wedemeier ablehnen. Wenn dem Begehren des Abgeordneten Wedemeier entsprochen würde, dann käme das Thema Raketenstationierung vor den Werften. Ich wollte nur sagen, wie ich es hier von der Geschäftsordnung her sehe.

Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war aus gutem Grund bisher Übung in diesem Haus, daß die Tagesordnung nur dann verändert wird, wenn das zwischen den Fraktionen einvernehmlich vereinbart wird. Wenn dies nicht mehr so ist, stellen wir de facto die Reihenfolge der Tagesordnung zur Disposition der Mehrheit. Das heißt, immer dann, wenn Ihnen von der SPD etwas unangenehm wäre, könnten Sie durch Anträge, die Sie nachträglich auf die Tagesordnung setzen, verhindern, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt über ein Thema, das die Opposition ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt hat, nicht debattiert wird.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Welches denn von Ihnen?)

Meine Damen und Herren, dies ist ein Bruch guter parlamentarischer und demokratischer Tradition.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen bereits in der Interfraktionellen Besprechung in aller Klarheit und in aller Eindeutigkeit mitgeteilt, daß wir nicht bereit sind, die Tagesordnung umzustellen.

Wir fürchten uns nicht vor der Debatte, wir bestreiten sie notfalls auch, und wir glauben, mit guten Argumenten.

(Abg. **Wille** [SPD]: Na, na!)

Aber wir reden in diesem Hause anschließend an das, was sich zum Teil zu Ende der letzten Legislaturperiode abgespielt hat, über Gott und die Welt, jedoch nicht mehr vorrangig über die Themen, die uns als Bremer angehen.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Frau Bernbacher** [GRÜNE]: Frieden geht Sie nichts an?)

Wir haben hier, meine Damen und Herren, originäre Themen der Bürgerschaft zu behandeln, zum Beispiel die Lage der Werften, die Situation der Ausländer, den Umweltschutz und viele andere Dinge. Ich will nicht sagen, daß das Thema Rüstung ein Thema ist, was dieses Haus nicht zu interessieren hätte, aber wir müssen unsere eigentlichen Aufgaben wahrnehmen. Ich bitte Sie, dies zu tun. Ich bitte Sie auch, sich an demokratische, parlamentarische Grundsätze zu halten. Deswegen werden wir einer Umstellung der Tagesordnung nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers zur Geschäftsordnung.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) **Abg. Willers (GRÜNE)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kudella, wir teilen auch die Bedenken, die Sie geäußert haben, was die Willkürlichkeit der Umstellung der Tagesordnung aufgrund von Mehrheitsentscheidungen anbelangt; die sehen wir auch. Aber — ich habe das schon in der Interfraktionellen Besprechung gesagt — ungewöhnliche Umstände bedingen auch einmal ungewöhnliche Maßnahmen.

Aufgrund der Tatsache, daß am 21. November im Bundestag über die Stationierung von Raketen geredet wird und daß diese Raketen dann aller Wahrscheinlichkeit nach aufgrund der Entscheidung Ihrer Partei auch stationiert werden, kann man sich nicht mehr auf die parlamentarischen Spielregeln, auf Geschäftsordnungen und ähnliches beziehen. Was da passiert, ist ein Bruch unserer verfassungsmäßig garantierten Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dahinter hat wohl alles andere zurückzustehen. Deswegen möchte ich bitten, jetzt nicht mehr lange über die Umstellung der Tagesordnung zu reden, sondern zur Abstimmung zu kommen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier zur Geschäftsordnung.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ich ziehe zurück, Herr Präsident! Aber, Herr Kudella, fragen Sie einmal Herrn Neumann, was er mir geantwortet hat!)

(B)

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen dann nicht vor.

Es liegt jetzt der Antrag des Abgeordneten Wedemeier vor, daß der Antrag der Fraktion der SPD, der zusammen mit dem Antrag der Fraktion der CDU verhandelt werden soll, jetzt unmittelbar zur Beratung gestellt wird. Das würde nicht dem Begehren entsprechen, das der Abgeordnete Willers hier vorgetragen hat.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Wedemeier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und GRÜNE)

Stimmhaltungen?

(Abg. Frau Bodammer [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Umstellung der Tagesordnung.

Damit erübrigt sich eine weitere Behandlung Ihres Antrags, Herr Abgeordneter Willers.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Bürgerschaft gegen Raketenstationierung
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der SPD
vom 2. November 1983
(Drucksache 11/15)

(C)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN
vom 9. November 1983
(Drucksache 11/24)

Wir verbinden hiermit:

Sicherung des Friedens in Freiheit
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU
vom 8. November 1983
(Drucksache 11/23)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Kunick. Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Kunick beantragt vorsichtshalber Verlängerung der Redezeit für den ersten Redner bis zu 30 Minuten. Das sieht unsere Geschäftsordnung vor.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion legt dem Hause den Antrag vor, die Bremische Bürgerschaft möge die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen — darunter fallen auch die sogenannten Cruise Missiles — auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ablehnen, nachdem von den Genfer Abrüstungsverhandlungen im Herbst dieses Jahres kein positives Ergebnis mehr zu erwarten ist. Wir schlagen Ihnen vor, weiter zu beschließen, daß die Bürgerschaft in der Stationierung der Pershing-II-Raketen die Gefahr neuer Instabilitäten und damit zusätzlicher Risiken für die Sicherheit der Bevölkerung sieht.

(D)

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Wir stellen diesen Antrag ich Achtung vor der Verfassung dieses Landes, die in Artikel 65 sagt — ich zitiere —: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Völkerverständigung.“ Dieser Verfassungsartikel weist sehr deutlich darauf hin, daß wir hier nicht ein schlichtes Kommunalparlament sind, dessen Kompetenzen bei den Laternen und bei den ganz praktischen Investitions- und Personalangelegenheiten der Stadt und des Landes enden.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen diesen Antrag in der Absicht, den verfassungsmäßigen Auftrag der Bürgerschaft nach dem Artikel 83 wahrzunehmen. Herr Abgeordneter Neumann, wenn Sie sich in Ihrem Handeln bemühen, diesen Landtag zu dem zu machen, was er nach der Verfassung ist, nämlich daß die Mitglieder der

- (A) Bürgerschaft die Vertretung der ganzen bremischen Bevölkerung sind, dann können Sie auch nicht vorbei an der Diskussion eines Themas in diesem Haus und an der Meinungsbildung zu einem Thema, das unsere Bevölkerung weit mehr erregt als manches andere Thema, das sicherlich auch wichtig ist!

(Beifall bei der SPD)

In Sorge um die Zukunft, die eigene und die der Kinder, in Sorge um den Frieden, in Angst davor, daß Kriegsgefahr durch Hybris, Überrüstung, Überlegenheitsstreben, durch nicht mehr revidierbare technische Fehler wachsen könnte, man in einen Krieg geradezu hineinschlittern könnte, ist es, wie wir alle wissen, in Bremerhaven und in Bremen wie im übrigen Bundesgebiet zu vielfältigen Aktionen, Demonstrationen und Meinungsäußerungen gegen weitere Aufrüstung gekommen. Diese Ablehnung, meine Damen und Herren, geht bis tief hinein in die Wählerschaft auch der Union, die die Stationierung befürwortet.

Ich darf zitieren aus einem Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung in Mannheim, mit dem Titel „Wahl in Bremen — eine Analyse zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft am 25. September 1983“, der meines Erachtens der Fraktion der GRÜNEN, der Fraktionsspitze oder der Parteispitze, und auch der der CDU vorliegt. Ich zitiere zu der Frage, wie weit das Thema unsere Bevölkerung zutiefst betrifft. Da ist von einer Umfrage in Bremen zur Wahl die Rede, und es heißt:

(B)

„Zwei Drittel der Wähler in Bremen sprechen sich gegen die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik aus,“ — Zitat aus der Frage — „egal, was der Osten tut.“ Also die schärfstmögliche Formulierung, die überhaupt nur geht! Das ist auch die Begründung dafür, daß hier nur von zwei Dritteln der Wähler die Rede ist, in anderen Umfragen ist ja von weitaus höheren Prozentsätzen noch die Rede. Ich zitiere weiter aus diesem Bericht: „Unter der SPD-Wählerschaft sind es nahezu 80 Prozent, aber selbst innerhalb der Unionswählerschaft sind es noch 43 Prozent“, ich setze jetzt hinzu, der Ablehner von Aufrüstung durch Atomraketen. Soweit das Zitat aus diesem Bericht der Forschungsgruppe Wahlen!

Die Bürger in Bremen, in Bremerhaven sind sich in dieser Ablehnung einig mit den Bürgern in der Bundesrepublik. Sie sind sich auch einig mit den Bürgern in der DDR, die im übrigen nicht nur gegen westliche Raketen wie auch Bürger in der Bundesrepublik etwas haben, sondern ebenso gegen Raketen mit anderem Nationalitätszeichen.

(Beifall bei der SPD)

Bürger in Bremen und Bremerhaven sind sich in ihrer Ablehnung auch einig mit einer breiten Strömung der Bürger in den Vereinigten Staaten, die unter dem Stichwort der Freeze-Bewegung fordern, die

- Atomrüstung einzufrieren und nicht noch weiter auszuweiten. (C)

Die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, auch in Bremen und Bremerhaven, dürfen zu Recht von einer Regierung der Bundesrepublik das fordern, was Bürger der Vereinigten Staaten mit Erfolg von ihrer Regierung gefordert haben, als es um die Stationierung von interkontinentalen Raketen ging, nämlich die Forderung aufstellen, keine Stationierung dieser Raketen in den dicht besiedelten Gebieten, und die Bundesrepublik Deutschland ist insgesamt dicht besiedeltes Gebiet in Europa. Es ist schon interessant, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf diese Forderung aus US-Staaten reagiert hat, auf Stationierung dort verzichtet hat, anders geplant hat.

Es darf wohl keinen Unterschied darstellen, ob man Bürger ist, vertreten durch diese Regierung in Washington, die von den Stimmzetteln dieser Bürger abhängig ist, oder ob man, wenn dies ein Bündnis freier Staaten ist, Bürger ist, vertreten durch eine Regierung, die den eigenen Staat, Bundesrepublik Deutschland, im Bündnis mit den Vereinigten Staaten repräsentiert.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Bürger sind deshalb beunruhigt, weil wegen der Verschärfung der politischen Spannungen in den letzten Jahren der Blick geschärft worden ist für eine drohende atomare Katastrophe, die dann einsetzen kann, wenn Politik versagt, und daß Politik nicht immer auf den Wegen geht, die Vertrauen geradezu herausfordern, ist bei einer Vielzahl weltpolitischer Angelegenheiten zwischen Afghanistan und Grenada nur zu deutlich geworden.

(D)

Meine Damen und Herren, die Abstraktion in der Militärpolitik, sie hält nicht mehr, das ist auch ein Grund, die Abstraktion, die nur redet von Verteidigung, von Ernstfall und die schön. Die Berichte kommen ja sehr deutlich, und sie haben ihre Wirkung, und da das Beschreibung von Realitäten ist, können wir das auch nur begrüßen.

Ich möchte aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom Donnerstag, dem 3. November, unter der Überschrift „Verhungern in einem atomaren Winter“ zitieren. Da wird von einem Symposium von 100 führenden amerikanischen Wissenschaftlern über die Folgen eines Atomkrieges berichtet. In diesem Symposium — wie die „FAZ“ berichtet — wurde über 85 Minuten eine Diskussion auch mit führenden russischen Wissenschaftlern zugeschaltet, und es gab da völlige Übereinstimmung. Die Übereinstimmung, kann man nur sagen, ist katastrophal. Ich zitiere jetzt aus der „FAZ“:

„Wir haben allen Grund, uns zu fürchten“, sagt Paul Ehrlich von der Stanford-Universität vor den Teilnehmern der Tagung über die langfristigen Auswirkungen eines Atomkrieges, ‚die Ausrottung der Menschheit ist eine ganz reale Möglichkeit.‘

- (A) Bei einem größeren atomaren Schlagabtausch sei mit 1,1 Milliarden Toten zu rechnen. Die Zahl der Schwerverletzten werde nochmals 1,1 Milliarden Menschen betragen. Durch die nuklearen Explosionen würden riesige Mengen Staub in die Atmosphäre geschleudert, wodurch das Sonnenlicht abgehalten würde. Für Wochen würde die Temperatur weit unter den Gefrierpunkt sinken. In diesem ‚nuklearen Winter‘ würden die Ernten und die Viehbestände vernichtet. Durch einen Atomkrieg würde auch die schützende Ozonschicht um die Erde zerstört, und das ultraviolette Sonnenlicht könnte ungehindert bis zur Erdoberfläche vordringen, nachdem sich der Staub gesenkt hat. Von brennenden Kunststoffen werde die Luft mit giftigen Chemikalien angereichert. Das Ergebnis wäre auch eine langfristige Strahlengefahr, sobald sich der atomare Staub setzt.“
- Ich zitiere weiter: „Wenn es zu einem allgemeinen atomaren Krieg kommt, kann man der nördlichen Erdhälfte den Abschiedsruß geben, und in der südlichen Hemisphäre wären die Wirkungen katastrophal.“
- Mitgeteilt wird dann hier: „Die Vorausberechnungen basierten auf der Annahme eines Atomkriegs, in dem 5 000 Megatonnen atomarer Sprengstoff gezündet werden; diese Menge entspricht nur etwa einem Drittel der in den Arsenalen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten angehäuften Atomsprengköpfe.“ Soweit das wissenschaftliche Szenarium!
- (B) Vor dem Hintergrund müssen mindestens Politiker, die wissen, daß Politik etwas mit Geschichte zu tun hat und Geschichte etwas mit Erfahrungen, die Frage stellen, ob es eigentlich realistisch ist, daß die Atomwaffen die ersten Waffen in der menschlichen Geschichte sein sollten, die für Jahre, Jahrzehnte, Generationen vorhanden wären, ohne jemals angewendet zu werden, so wie man den Menschen kennt, wenn er in politischen Zusammenhängen steht und wenn Staaten Politik machen. Nur wer ein optimistisches Ja dazu sagen kann, daß über Generationen diese Waffen nicht zur Anwendung kämen, daß das erste Mal in der Geschichte der Menschheit eine Waffe nie und nimmer angewendet würde, könnte sich weiter beschäftigen damit, solche Waffen in politische Kalküle einzubeziehen mit der Behauptung, ihre Existenz sei die eigentliche Grundlage für den Frieden. Wer das Maß der Geschichte nimmt, muß sagen, diese Waffen müssen so schnell wie möglich weg, ehe das erste politische, moralische, technische Versagen auftritt, das dann die Katastrophe auslöst, die ich hier zitiert habe.
- Meine Damen und Herren, die aktuellen Anlässe des Nachdenkens über die Wirkungsweise von Verteidigungsdrohungen sind vielfach in der Politik — ich will hier nicht zu lange reden —, aber einige Anlässe haben unmittelbar etwas damit zu tun, daß das Vertrauen in die Logik, Weitsicht und nüchterne Moral der Großmächte im Schwinden begriffen ist. Die Menschen glauben nicht mehr — denn sonst würden sie nicht demonstrieren —, daß es in der Politik nicht auch Zeitpunkte und Möglichkeiten geben könnte, wo aus Großmachtinteresse etwas ausgelöst oder nicht mehr eingefangen werden kann. Wir kennen aus der Geschichte den Punkt Sarajevo, der, wenn er nachträglich zwischen den aufgeklärten Monarchen hätte diskutiert werden können, sicherlich zu keinem ersten Weltkrieg geführt hätte.
- (C) Die Menschen in unseren Städten, in unserem Lande haben auch deutlich wahrgenommen, daß die Politik gefährlicher geworden ist, seit die Kategorien von Gut und Böse, des Kampfes des Guten mit dem Bösen, wieder Eingang gefunden haben, denn wenn das Gute mit dem Bösen kämpft, dann ist die Frage nach dem Stellenwert der Friedfertigkeit natürlich eine neue Frage. Wenn bessere und schlechtere Gesellschaftsordnungen in Koexistenz miteinander ringen, dann ist das friedliche Element höher anzusetzen. Auch da entsteht Beunruhigung wegen der Diskussion über die Führbarkeit und Begrenzbarkeit von Atomkriegen, Beunruhigung, weil man zu sehen glaubt — und Anzeichen sprechen durchaus dafür —, daß über gewaltige Rüstungsanstrengungen auf der einen Seite auch gewaltige Rüstungsanstrengungen auf der anderen Seite ausgelöst werden sollen, die unter Umständen gar nicht auf Anwendung der Waffen, sondern auf den ökonomischen Kollaps zielen sollen, einen ökonomischen Kollaps wiederum, der — man darf vermuten — ja nicht einfach hingenommen wird, sondern wiederum die Katastrophe auslösen kann. Ich komme zu einigen weiteren Gründen, die uns bewegen, diesen Antrag zu stellen.
- (D) Wir Sozialdemokraten wissen aus eigenem Erleben — wir jüngeren durch Nachlesen —, daß am Ende eines Krieges, der vor 40 Jahren am Anfang des Jahres in den Eisfeldern von Stalingrad Hunderttausende das Leben kostete, daß am Ende des Krieges, als die Soldaten sich vor der Reichskanzlei die letzten Schüsse geliefert hatten, von deutscher Seite die Parole formuliert worden ist: Nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen. Eine Erkenntnis, die der letzte Bundeskanzler, Helmut Schmidt, zusammen mit dem Generalsekretär, der in der DDR Verantwortung trägt, aufgenommen hat und in einem gemeinsamen Kommuniqué festgehalten hat! Wir meinen, wenn man deutsche Geschichte in einen einzigen Satz fassen müßte, was die Erfahrung aus der bisherigen deutschen Geschichte überhaupt ist, und nur ein Satz wäre erlaubt, dann wäre es eben dieser Satz. Und dieser Satz, gestehen wir, treibt uns um, angesichts der Genfer Verhandlungen und was daraus geworden ist.
- Wir Sozialdemokraten wollen uns überhaupt hier nicht einnebeln in der Frage des Nato-Doppelbeschlusses. Der Abrüstungsteil und der Verhandlungsteil sind unter Sozialdemokraten immer unstrittig gewesen. Daß die Sowjetunion übergerüstet hat bei den Mittelstreckenraketen, die auf Westeuropa gerichtet sind, ist unter Sozialdemokraten kein Streitpunkt gewesen. Streit hat es immer gegeben um den Teil, der da besagt, man müsse ernsthaft darüber beschließen, ob man nicht Gegenraketen aufstellt, wenn die Verhandlungen an der Starrheit der

(A) sowjetischen Position scheitern. Darüber ist Streit gewesen, und wir Bremer Sozialdemokraten haben in diesem Streit, diesen Teil des Verhandlungsbeschlusses ablehnend, von Anfang an mitgemischt.

Aber das ist nach meiner Einschätzung gar nicht das Problem. Heute, da der Nato-Doppelbeschluß gefaßt worden ist, da er in Regierungspolitik, in internationale Verhandlungspolitik eingeführt worden ist, da der anvisierte Schlußtermin der Genfer Verhandlungen unmittelbar vor der Tür steht, da der Bundestag gewissermaßen schon die Einladungen verschickt für die Debatte, ob die Pershing-II-Raketen nun aufgestellt werden sollen oder nicht, da die Bundesregierung Helmut Kohl sich eindeutig für diese Aufstellung geäußert hat, steht für uns weniger die Frage der Philosophie jenes Doppelbeschlusses an als die Frage, was aus den Genfer Verhandlungen, die unter dem Gesichtspunkt des Doppelbeschlusses geführt worden sind, nun eigentlich herausgekommen ist und welche Position infolgedessen aufzumachen ist.

Ich glaube, es würde unter Sozialdemokraten auch heute noch einen heftigen Streit auslösen, wenn bei zahllosen Verhandlungsangeboten unserer amerikanischen Bündnispartner nur jeweils ein sowjetisches Njet erfolgt wäre und wenn in Konsequenz dessen nun vorgeschlagen würde, die Pershing II hier zu stationieren. Das wäre innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine schwierige Angelegenheit, deren Ausgang ich hier nicht beurteilen möchte. Aber die Realität ist ja eine andere. Ich möchte es mir hier ein Stück vereinfachen, auch um die Dinge nicht zu verlängern.

(B)

(Präsident Dr. Klinik übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich möchte noch einmal zitieren, und zwar aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 19. Oktober, in der Egon Bahr die Verhandlungssituation in Genf wie folgt beurteilt, und dieser Beurteilung schließen wir uns inhaltlich an.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Hat er daran teilgenommen?)

„Niemand kann übersehen, daß die Ursache der ganzen Entwicklung eine sowjetische Rüstung mit der SS-20 ohne erkennbare Obergrenze war, und niemand kann leugnen, daß die Sowjetunion im Laufe der letzten Jahre eine Flexibilität gezeigt hat, die ihrer Stärke entspricht. Jetzt erklärt sich die Sowjetunion bereit, ihre SS-20 auf ein Niveau unterhalb dessen abzubauen, was sie 1978 hatte, als Schmidt und Breschnew feststellten, es gäbe annäherndes Gleichgewicht. Sie bietet an, diese modernen Raketen zu verschrotten. Kontrollen an Ort und Stelle erklärt die Sowjetunion für möglich.“

Weiter Bahr: „Wenn man das sowjetische Angebot im Prinzip annähme, hätte der Doppelbeschluß erreicht, was er wollte, einseitige Reduktion einer sowjetischen Überrüstung, durch die amerikanische Raketen überflüssig werden.“

Dies, meine Damen und Herren, ist der Kern, auf dem Sozialdemokraten einig sind. Über den Doppelbeschluß als solchen kann man streiten. Ob es überhaupt richtig war, ich bezweifle das, eine Landstationierung — das Problem mit den dicht besiedelten Gebieten habe ich ja eingangs erwähnt — von Mittelstreckenraketen als Drohung einzuführen mit dem Ziel, die Rüstungsverhandlungen mit dem Ziel der Abrüstung in Gang zu bringen, darüber kann man sicherlich streiten, aber die Frage, die heute ansteht und die auch im Bundestag anstehen wird, ist ja, was aus den Genfer Verhandlungen herausgekommen ist.

(C)

Unter den Konditionen, die seinerzeit gesetzt worden sind, lautet die Frage: Liegt es an einseitiger russischer Sturheit, weil keinerlei Bereitschaft besteht, auch nur von einer SS-20 Abschied zu nehmen? Ist daran ein Verhandlungsscheitern festzustellen, oder liegen die Dinge anders?

Da sind wir Sozialdemokraten uns einig, und ich glaube, da ist auch Einigkeit mit jedem, den man auf der Straße anspricht, zu erzielen, daß englische und französische Raketen auch Raketen sind und daß, wenn über Gleichgewichte in Mitteleuropa geredet wird, es nicht angehen kann zu sagen, die werden nicht einmal statistisch berücksichtigt, sondern es werden nur auf der einen Seite Pershing-Raketen, die kommen könnten, und auf der anderen Seite SS-20, die weg sollen, gegeneinander aufgerechnet, und dann soll entweder das Ganze auf Null reduziert werden, oder es werden Pershing-Raketen in der Bundesrepublik stationiert. Dies ist zu einfach, dies ist das Abstellgleis, auf das der Verhandlungszug bewußt gefahren worden ist mit dem Ziel, die Stationierung durchzuführen, den Aufrüstungsteil des Doppelbeschlusses zu vollziehen, den Verhandlungsteil ad absurdum zu führen.

(D)

Wir Sozialdemokraten lehnen es also ab, bei den vorliegenden Verhandlungsangeboten und den mangelhaften Verhandlungen hier in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufzustellen, die in der verschärften internationalen Lage, in den Spannungen ein weiteres Stück Zerstörung von Entspannungspolitik und Ersetzen durch Militärpolitik mit allen in der Waffentechnik noch steckenden zusätzlichen Gefährdungen bedeuten würden.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen und damit auch gleich begründen, warum wir den Antrag der Fraktion der CDU ablehnen. Er hat ja einen Kernsatz, in dem die Bremische Bürgerschaft eine Friedenspolitik der Regierung Kohl entschieden unterstützen soll.

(Abg. Neumann [CDU]: Die von Helmut Schmidt, aber ist ja egal!)

Meine Damen und Herren, das Entscheidende, was wir der Regierung Kohl in diesem Zusammenhang vorwerfen, ist, daß sie nicht erkennt, daß es eigenständige deutsche Interessen gibt, die nicht deckungsgleich sind mit den Interessen des Haupt-

(A) bündnispartners, und daß sie in keiner Weise Gewicht in die Waagschale geworfen hat, diese deutschen Interessen durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aus der Sicht unseres Verbündeten, der USA, werden Raketen an der Peripherie aufgestellt. Übrigens eine hoch gefährliche Sache! Als einmal an der anderen Peripherie Raketen aufgestellt werden sollten, da gab es eine Kubakrise. Dies ist Kuba mit umgekehrten Vorzeichen, was hier eingeläutet wird.

(Widerspruch bei der CDU)

Das ist Kuba mit umgekehrten Vorzeichen, die Stationierung von Mittelstreckenraketen mit möglichst kurzen Flugzeiten auf die Zentren eines potentiellen Großmachtgegners hin, meine Damen und Herren.

(Abg. Neumann [CDU]: Der Helmut Schmidt muß die Ehrenbürgerschaft von Bremerhaven zurückgeben, wenn er das hört!)

Das ist das psychologisch Gefährliche an dieser Angelegenheit, die Stationierung in der Peripherie aus der Sicht der Großmacht.

Jetzt komme ich auf Ihre Bundesregierung zurück, Herr Neumann! Diese Bundesregierung hat nicht genügend klar gemacht, daß wir aus unserer Sicht keine Peripherie sind, daß wir hier im Zentrum des dicht besiedelten Europas liegen und daß wir nach wie vor den Anspruch erheben, hier Herzfunktion zu haben, daß man mit uns nicht umgehen kann wie mit einer Peripherie, daß man also hätte verhandeln müssen über ein so günstiges Angebot, erheblich Raketen zu reduzieren. Darüber hätte verhandelt werden müssen, und dann hätte man über die Verhandlungsergebnisse jetzt reden müssen.

(B)

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß nicht ausreichend verhandelt worden ist, daß die Raketenstationierung in der gegenwärtigen Situation eine außerordentliche Gefahr darstellt, daß diese Waffen im übrigen viel zu gefährlich sind, da selbst Fehler nicht mehr zu erkennen sind wegen der kurzen Flugzeit, also gleich auf technischen Irrtum hin mit Krieg beantwortet würde.

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß im Interesse der Bevölkerung unseres Landes, unseres Landes Bremen, und unseres Staates Bundesrepublik Deutschland weiter verhandelt werden muß und auf die Stationierung der Pershing-II-Raketen, der neuen eurostrategischen Waffen verzichtet werden muß.

Wir bitten um Annahme unseres Antrages. Den Antrag der CDU lehnen wir ab. Bei dem der Fraktion der GRÜNEN nehmen wir den ersten Spiegelstrich an, er trifft auch unsere Einschätzung. Der Rest ist nach unserer Meinung Überspitzung im Sicheinfinden in die Oppositionsrolle. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein. (C)

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir lehnen den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und den ergänzenden Antrag der Fraktion der GRÜNEN ab und bitten um Annahme unseres Entschließungsantrages.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie haben einen Entschließungsantrag gegen eine mögliche Raketenstationierung eurostrategischer Waffen eingebracht, obgleich wir gemeinsam im letzten Jahr der vergangenen Legislaturperiode ähnliche sachgleiche Anträge der GUL und der BGL abgelehnt haben. Damals, Herr Kollege Kunick, bezogen Sie sich mit uns auf das Grundgesetz, das unauflösbar festlegt, daß Außen- und Verteidigungspolitik in die ausschließliche Kompetenz von Bundestag und Bundesregierung fallen. Wenn Sie nun von dieser Gemeinsamkeit Abstand nehmen und diesen Antrag einbringen, dann ist das ein Zeichen eines tiefgreifenden Meinungswandels innerhalb der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Nein, der politischen Haltung!)

Dies, Herr Kollege Kunick, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, muß festgehalten werden. Ich beziehe mich auf mehrere sozialdemokratische Zeugen, um dies in aller Kürze zu belegen. Als ersten Zeugen führe ich, und das liegt ja sehr nahe, den bremischen Bürgermeister an, (D)

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, das ist interessant!)

den Präsidenten des Senats, Herrn Bürgermeister Koschnick, der in diesem Jahr, und zwar

(Abg. Neumann [CDU]: Vor wenigen Monaten!)

vor wenigen Monaten im Juli in einem großen Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ folgendes erklärt hat — ich darf zitieren —:

„Die Position der Bremer SPD-Landesorganisation innerhalb der Bundespartei sieht Koschnick zum Teil durchaus kritisch. Er sagt, daß sich seine Bremer Freunde, wenn auch nicht als einzige, in der Sicherheitspolitik von Bundesparteitagsbeschlüssen abgesetzt haben. Er selbst, so Koschnick, habe sich immer dafür eingesetzt, daß bei unzureichenden Ergebnissen in Genf mit einer Teilstationierung modernisierter Mittelstreckenraketenwaffen begonnen und dennoch weiterverhandelt werden müßte.“

(Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört!)

- (A) Ich schiebe ein, meine Freunde von der CDU-Fraktion, genau das ist Gegenstand unseres heutigen Entschließungsantrages.

(Beifall bei der CDU)

Ich fahre fort im Zitat: „Schließlich gebe es keinerlei Sachzwang für die Sowjetunion, mit SS-20-Raketen in einem so gewaltigen Umfang den westeuropäischen Raum zu bedrohen. „Das, was die Sowjets im Augenblick betreiben, ist der Aufbau eines Gefährdungspotentials, das aus ihren Sicherheitsbedürfnissen nicht mehr zu vertreten ist.“

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Sehr richtig!)

Wörtliches Zitat, Herr Bürgermeister!

(Abg. H o l l w e g [CDU]: Bravo, Herr Bürgermeister! — Bürgermeister K o s c h n i c k : Nein, nein, wörtlich aus der „FAZ“!)

Ich fahre fort: „Der Zuwachs an Rüstung auf östlicher Seite bereite ihm mehr Sorge als das, was im Westen geschehe. Er stimme daher mit der Position der Sozialdemokraten in Bremen nicht überein, die jegliche westliche Nachrüstung auf deutschem Boden bedingungslos ablehnen.“

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Hört, hört!)

- (B) Herr Bürgermeister, Sie haben Gelegenheit klarzustellen, weshalb Sie nicht unserem Entschließungsantrag in der Sache zustimmen, sondern offenbar die Entschließung der SPD tragen, für die Sie gerade wieder eine Wahl gewonnen haben.

Im übrigen, Herr Bürgermeister, um mich nicht allein auf Sie berufen zu müssen, halte ich Ihnen auch den „Weser-Kurier“ vom 29.9.1983 vor. Da hat Herr Senator Fröhlich zu der Überschrift Veranlassung gegeben, „Senat steht zu den Nato-Beschlüssen“. Er hat im Kreis von hohen Beamten des Verteidigungsministeriums und anderen Politikern erklärt: „Überhaupt wandte sich der Senator gegen die ‚schiefe Diskussion‘, die derzeit in Sachen Friedenssicherung von manchen Kreisen in der Bundesrepublik geführt werde. Man könne nicht einseitig die USA diskriminieren, aber wenig oder nichts gegen die russische SS-20 unternehmen.“

Meine Damen und Herren, die russischen SS-20, ja überhaupt den Warschauer Pakt, überhaupt die Sowjetunion haben Sie in Ihrer Entschließung gar nicht mehr erwähnt. Haben Sie das vergessen? Ich muß Ihnen einen ähnlichen Antrag der letzten Zeit vom 21.10.1983 Ihres Freundes Lafontaine entgegenhalten, der im saarländischen Landtag eingebracht worden ist. Dieser Antrag ist sachgleich, er beinhaltet auch das Verbot einer möglichen Stationierung.

(Bürgermeister K o s c h n i c k : Lafontaine kann keinen Antrag einbringen! Er ist kein Abgeordneter!)

Wissen Sie, wie dieser Antrag beginnt? Auch das möchte ich kurz zitieren, Herr Präsident. Unter Ziffer 1 heißt es: „Der Landtag des Saarlandes hält die Aufstellung von über 350 SS-20-Raketen für eine weit überzogene Rüstungsmaßnahme der Sowjetunion. Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf, über die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Sowjetunion mit dem Abbau der SS-20-Raketen beginnt.“

Meine Damen und Herren, weshalb haben Sie denn dies in Ihrem Antrag unterlassen? Ihr Antrag ist von einer Einseitigkeit, die nur als Flucht aus der Regierungsfähigkeit zu betrachten ist.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen auch ein Zeugnis für unsere Position aus Ihren Reihen vorhalten, ein Zeugnis eines Mitgliedes aus Ihren Reihen, das sich mit Ihren Grundsätzen, mit Ihren Grundwerten befaßt. Ein ganz kurzes Zitat von Frau Professorin Dr. Gesine Schwan, Mitglied Ihrer Grundwertekommission, immer noch Grundwertekommission! Dort heißt es wörtlich: „Der so eingeschlagene Kurs“ — Abrücken vom Nato-Doppelbeschluß — „führt geradewegs dahin, die im Zeichen der Freiheit angetretene deutsche Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen und in eins damit, wenn auch politisch dazu widersprüchlich, später möglicherweise nicht mehr zählbare nationalistische Kräfte zu mobilisieren, die sich in Zukunft ohne große Mühe mit einem Chauvinismus von rechts vereinigen können.“

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wer sagt das?)

Meine Damen und Herren, wenn ich das gesagt hätte, hätten Sie mich als einen ganz üblen kalten Krieger und Scharfmacher bezeichnet. Das sagt ein Mitglied Ihrer derzeitigen Grundwertekommission. Schreiben Sie sich das bitte ins Stammbuch!

(Beifall bei der CDU)

Das zu dieser Bewegung aus der Regierungsfähigkeit! Daß Sie sich hier im Kern treffen mit der Fraktion der GRÜNEN, ist ja dann eine Selbstverständlichkeit. Das ist auch letztlich der Grund, weshalb Sie sich auf einmal zum Herren über die Tagesordnung gemacht haben.

(Abg. W i l l e r s [GRÜNE]: Igitt!)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch in der gebotenen Kürze unsere Position zur Begründung unseres Antrages zur Kenntnis geben, unsere Einstellung zur Sicherheitspolitik in Kontinuität der Sicherheitspolitik, die vom Kabinett Schmidt zu verantworten war.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, daß es sich bei der Sowjetunion um ein reales, expansives und totalitäres Regime handelt, welches Gewalt konkret androht und auch konkret anwendet. Es gibt nach unserer Auffassung keinen naturwissenschaftlichen Beweis dafür, daß die jetzige Sicherheitspolitik den Frieden unter allen Umständen und auf alle Zeiten sichern kann, ebensowenig wie für die unausweichliche Katastrophenträchtigkeit der Sicherheitspolitik des Bündnisses. Wir halten das für ausgeschlossen. Wir sind aber der Meinung, daß es derzeit keine Alternative gibt, die den Frieden mit gleicher Gewißheit gewährleisten könnte.

Der Friede ist nicht auch schon deshalb gefährdet, meine Damen und Herren, weil er so lange gedauert hat, immerhin fast 40 Jahre. Im Gegenteil, im nuklearen Zeitalter gelten andere Gesetze. Der Besitz nuklearer Waffen macht diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, konservativ, sehr risikobewußt im Umgang mit anderen nuklearen Mächten und ihren Verbündeten. Es ist unrichtig und steht mit der Wirklichkeit im Widerspruch, daß Sicherheit und Abschreckungspolitik langfristig unvereinbar seien. Die Angst, die viele von uns gegenüber der Abschreckungsdoktrin empfinden, ist eine subjektiv ernst zu nehmende, aber von dem tatsächlichen Stand der Ost-West-Beziehungen nicht gerechtfertigten Angst. Das Risiko eines Krieges in Europa ist heute geringer denn je in seiner Geschichte.

(B) (Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Oh Gott!)

Ein anderes ist es, daß jeder vernünftige Mensch sich darum bemühen wird, Verhältnisse zu schaffen, die es ermöglichen, die gleiche Sicherheit mit immer weniger und immer weniger furchtbaren Waffen zu gewährleisten, also überzugehen von einer abwehrenden zu einer kooperativen Sicherheit, die Sicherheit derer, die im gleichen Boot sitzen.

Doch dieses Ziel ist nicht einfach dadurch zu erreichen — und hier setzen wir uns von Ihnen ab, meine Damen und Herren von der SPD —, daß man die Waffen einseitig in dem Irrglauben abschafft, daß alle Spannungen von ihnen ausgehen. Es ist die Zweckbestimmung einer Waffe, die beunruhigt. Diese Zweckbestimmung ist eine Folge und nicht eine Ursache politischer Spannungen. Mit anderen Worten, wo es keine Spannungen gibt, da entstehen auch keine Waffenarsenale. Es kann also nur darum gehen, diese Arsenale in Kenntnis der ihnen zugrunde liegenden Spannungen schrittweise, auf beiden Seiten gleichzeitig, also vereinbart, abzubauen und zugleich — ich betone zugleich — das menschenmögliche für eine friedliche Lösung der Spannungsursachen zu tun. Dies ist besonders schwer, wenn eine — auch das ist eine realistische Einsicht — Rechtfertigungsideologie wie der Leninismus im Spiel ist. Man darf deshalb keine falschen Illusionen wecken, also auch von Rüstungskontrolle nicht mehr erwarten, als sie leisten kann.

Es ist richtig, daß die Entspannungspolitik die weitere Aufrüstungspolitik nicht verhindert hat, aber dies doch nicht im Westen, sondern, meine Damen und Herren, im Osten. Die USA, und das ist nachweisbar, haben in dem fraglichen Zeitraum der Entspannungspolitik keine neuen nuklearen Bomber, kein nukleares U-Boot, keine Mittelstreckenraketen in Dienst gestellt und ihre Verteidigungsausgaben drastisch gekürzt, während die Sowjetunion unter Breschnew im gleichen Zeitraum geradezu gigantisch aufgerüstet hat auf allen Gebieten. Die SS-20 ist dafür nur ein eklatantes Beispiel.

Das Bezeichnende an der sowjetischen Rüstung ist, daß sie zum Unterlaufen des Pakts im interkontinental-strategischen Bereich ohne jede Provokation im eurostrategischen Bereich enorme Anstrengungen macht, um sich ein riesiges regionales Einschüchterungs- und Abkoppelungspotential zu verschaffen. Sie, die Sowjets, gingen also daran, militärische Macht politisch nutzbar zu machen. Herr Kollege Kunick, wir müssen diskutieren über die Psychologie der Erpressung und Erpreßbarkeit und nicht über ein Ergebnis des Zündens, das auf jeden Fall von uns allen verhindert werden muß und nie eintreten darf.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Immer mehr Waffen!)

Es geht um nichts anderes als darum, das auf uns gerichtete Drohpotential für den potentiellen Gegner glaubwürdig zu neutralisieren, und das wäre in der Tat auf viel niedrigerer Ebene möglich, als das zur Zeit in Rede steht.

Aber zum Herunterfahren der Rüstung gehören zwei, weil einseitige Abrüstung beziehungsweise einseitiges drastisches Entblößen von Abschreckungspotential zur Erpressung geradezu herausfordert. Ich erinnere an das Vakuum, das der Friedensforscher Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker als eine Verstärkung der Kriegsgefahr bezeichnet, das Vakuum der einseitigen Abrüstung. Genau darum geht es, das zu verhindern. Wie Moskau dann mit uns umspringen würde, davon gibt schon jetzt das sowjetische Drohgebaren in der Welt ein beredtes Zeugnis.

(Abg. W i e r k [GRÜNE]: Und Grenada?)

Abschließend zu dieser kurzen Kennzeichnung unserer Position! Meine Damen und Herren, aus der Diversifizierung des nuklearen Potentials kann nicht auf die Absicht begrenzter nuklearer Kriegführung geschlossen werden. Wir halten das für eine unerhörte Diffamierung. Dies würde die Notwendigkeit verkennen, im Abschreckungsspektrum auch nach unten keine Lücken entstehen zu lassen. Auch die „kleineren“ Atomwaffen haben die Aufgabe, die Glaubwürdigkeit der Gesamtabschreckung zu erhalten, also das Unterlaufen der Abschreckung mit dem größeren Potential zu verhindern. Die Abschreckung nur auf den großen Vergeltungsschlag abstellen zu wollen, wäre nicht nur unverantwort-

(C)

(D)

(A) lich, sondern unglaubwürdig und damit friedensgefährdend. Der potentielle Gegner soll mit einem Eskalationsrisiko auf allen Ebenen so konfrontiert werden, daß er sich von einem Angriff, welcher Art auch immer, keinen Gewinn versprechen kann.

Meine Damen und Herren, das in der gebotenen Kürze, die Zusammenfassung unserer Position, und deswegen haben wir Sie gebeten, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen! Wir unterstützen, im Gegensatz zur Fraktion der SPD, den Doppelbeschluß der Nato in seinen beiden Teilen, nicht nur in seinem ersten Teil. Der Beschluß soll das uns bedrohende sowjetische SS-20-Monopol beseitigen, und zwar entweder durch den Abbau der SS-20-Raketen oder, wenn das nicht erreichbar ist, durch die Schaffung eines entsprechenden Gegengewichts auf westlicher Seite.

Wir geben, das möchte ich in diesem Zusammenhang hervorheben, selbstverständlich einer beiderseitigen Null-Lösung den Vorrang, das heißt der Abschaffung einer ganzen Waffenkategorie, nämlich des eurostrategischen Potentials insgesamt. Da die Sowjetunion derzeit jedoch nicht bereit ist, diesen großen Abrüstungsschritt mit dem westlichen Bündnis gemeinsam zu gehen, würden wir natürlich auch im Gegensatz zu Ihnen jedes Zwischenergebnis begrüßen, das das eurostrategische nukleare Gleichgewicht wiederherstellt.

Meine Damen und Herren, diese klare Gegenposition halten wir für geeignet, den Frieden auf Zeit weiterhin zu sichern. Ich wiederhole das, was ich in einer Debatte in der letzten Legislaturperiode gesagt habe, diese Abschreckungsdoktrin ist nicht unter einer geschichtlichen oder philosophischen Perspektive zu rechtfertigen. Sie ist eine Übergangsstation, wir müssen zur friedlichen Staatengemeinschaft gelangen, wie wir auch zu friedlichen Verhältnissen in der Innenpolitik gelangt sind. Aber solange dieses Ziel nicht erreicht ist, gibt es keine Alternative zu dieser Abschreckungsdoktrin. Für Abrüstung sind wir alle, aber unter Bewahrung der Sicherheit, also gleichberechtigt und gleichzeitig!

Lassen Sie mich abschließend einen sozialistischen Zeugen zitieren,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

einen sozialistischen Zeugen, der kürzlich seine Rede in der Paulskirche hat verlesen lassen durch Professor Grosser, weil er durch Krankheit daran gehindert war, selbst zu reden. Er hat auch etwas gesagt zu unserem heutigen Beratungsgegenstand, und zwar folgendes: „Wer jedoch glaubt und glauben machen will, daß ein atomwaffenloses, neutrales, kapitulierendes Europa für alle Zukunft des Friedens sicher sein kann, der irrt sich und führt andere in die Irre. Wer für die Kapitulation vor jenem bedrohlichen Imperium eintritt, das seit dem zweiten Weltkrieg mehrere europäische Staaten in Satelliten verwandelt hat,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Wer tut das denn?)

irrt sich und führt andere in die Irre.“

Er schließt seine beachtliche Rede in diesem Zusammenhang: „Nur wenn Europa durch eigene zulängliche Abwehrkräfte jene abzuschrecken in der Lage ist, die sich durch seine Schwäche und den eigenen Hegemonismus ermutigt fühlen könnten, dann endlich wird Europa frei und sicher sein. Und diese Hegeonomie wird sich Europas nicht bemächtigen.“ Das sind die Ausführungen von Manès Sperber. Ich bin sicher, daß sie so ernst zu nehmen sind, daß selbst Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sie nicht vom Tisch wischen können.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRÜNE]: Auch Sozialisten können ihre Meinung ändern!)

Ja, selbstverständlich, Frau Kollegin Bernbacher, auch Sozialisten können zu dieser Diskussion wesentliche Beiträge leisten, weil sie den imperial-leninistischen Charakter dieser Supermacht am eigenen Leib erfahren haben, und insoweit sind das erstklassige Zeugen für diesen Gesprächsgegenstand.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie bereiten Ihren Bundesparteitag auch mit dieser Drucksache vor. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden Sie diesen Antrag annehmen.

(Abg. F l u ß [SPD]: So ist es!)

Wir sind der Meinung, daß wir zwar nicht zuständig sind als Parlament von der Verfassung her und auch politisch nicht, denn wir sind nicht ein Instrument der Umschichtungen auf Ihrem Parteitag. Wir halten das Thema aber für so wichtig, daß wir es offensiv angepackt haben und eine klare Alternative Ihnen vorgetragen haben. Diese Alternative halten wir für regierungsfähig, und diese Alternative halten wir für eine Garantie des Friedens in Freiheit. — Ich darf mich bedanken!

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wierk.

(Abg. W i e r k [GRÜNE]: Herr Präsident, ich bitte vorsorglich um die Verlängerung der Redezeit!)

Der Abgeordnete Wierk macht ebenfalls von der Möglichkeit Gebrauch, daß er bis zu einer halben Stunde reden kann.

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der GRÜNEN stimmt dem Entschließungsantrag der SPD zu. Wir wissen, wie wichtig es ist, daß heute erstmals — allerdings müssen wir sagen leider erst heute —

(C)

(D)

- (A) ein bundesdeutsches Landesparlament eine Raketenstationierung auf deutschem Boden ohne jedes Wenn und Aber ablehnt.

(Abg. Werner F i s c h e r [CDU]: Das wollen wir erst einmal sehen!)

Wir gehen allerdings auch davon aus, daß die Bremische Bürgerschaft nicht das einzige Parlament bleiben wird, das sich gegen diesen Wahnsinnschritt in Richtung dritten und letzten Weltkrieg wenden wird.

Einen Satz der vorliegenden EntschlieÙung der SPD können die GRÜNEN allerdings nicht unkommentiert stehenlassen, nicht etwa, weil die Aussage dieses Satzes inhaltlich falsch wäre, nein, auch wir sind der Meinung, daß die Gespräche in Genf zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, unserer Meinung nach zu keinem positiven Ergebnis führen konnten, deshalb haben wir diese Kombination von vornherein abgelehnt. Auf die Konsequenzen eines irgendwie gearteten Kompromisses bei diesen Verhandlungen wollen wir in diesem Zusammenhang auch nicht eingehen. Dieser Nebensatz — und das haben wir aus den Äußerungen von Herrn Kunick eben schon entnehmen können — bereitet Probleme. Allerdings nicht uns, sondern der Fraktion, die diesen Antrag so formuliert hat.

- (B) Wie Sie wissen, begründen die GRÜNEN das Nein zur Stationierung der Mittelstreckenraketen nicht mit dem Scheitern der Genfer Verhandlungen. Vielmehr waren wir von Anfang an davon überzeugt: Das Schmidt'sche Doppelbeschlußpoker ist kein gangbarer Weg zu Abrüstung und dauerhafter Friedenssicherung.

Wenn Sie, Herr Kunick, in Ihrem Antragstext aber formulieren: „Die Bremische Bürgerschaft lehnt die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab, nachdem von den Genfer Abrüstungsverhandlungen im Herbst dieses Jahres kein positives Ergebnis mehr zu erwarten ist“, dann entnehme ich daraus, und ich lasse mich gern eines Besseren belehren — vielleicht kann Herr Koschnick ja dazu Stellung nehmen —, daß die Argumentation der Bremer SPD immer noch im Teufelskreis der Doppelbeschlußmentalität umherirrt.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Er hat es ja eingebrockt!)

Dabei denken doch mittlerweile viele Sozialdemokraten hier und im ganzen Land, die in gutem Glauben mit der Aufrüstung die Abrüstung verhindern wollten, heute nicht mehr so. Ich darf Ihnen nur aus der eben schon zitierten Grundwertekommission der SPD Herrn Richard Löwenthal nennen, einen bisherigen Verfechter des Nato-Doppelbeschlusses. Ich denke, daß im Angesicht des aufrüstungspolitischen Bündnisses Reagan-Kohl-Genscher auch bei den letzten Zweiflern für Klarheit gesorgt sein sollte, und

- (C) denke mir, daß eine so unklare Formulierung, wie sie uns heute von Ihnen angeboten wird, vielleicht auch darauf zurückzuführen ist, daß zumindest die Bremerhavener Abgeordneten immer noch Loyalitätsprobleme in bezug auf den Altbundeskanzler Helmut Schmidt haben.

(Abg. H o l l w e g [CDU]: Da gibt es ja hoffentlich ein paar mehr!)

Herr Kunick, Sie sprachen am 16. März dieses Jahres in diesem Haus freimütig von einem historischen Irrtum der Sozialdemokratie. Ich hätte aus Ihrem Munde und nicht nur für Sie persönlich, sondern für die ganze SPD-Fraktion in diesem Hause gern gehört, wie Sie zu diesem Doppelbeschluß stehen. Gibt es wirklich noch SPD-Abgeordnete in diesem Hause, die davon ausgehen, daß man unter den Umständen, unter denen dieser Doppelbeschluß damals ins Leben gerufen wurde, tatsächlich Abrüstung und Friedenssicherung hätte erreichen können? Aus Ihren Redebeiträgen, Herr Kunick, kann ich entnehmen, daß Sie schon vor einem halben Jahr und auch vorher diese Auffassung nicht mehr geteilt haben. Ich frage Sie deshalb: Wann wurde Ihnen und auch der Mehrheit der Fraktion klar, daß dies der falsche Weg war? Und dann muß ich weiter fragen: Warum haben Sie erst heute diesen Antrag gestellt?

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Nachdem sie aus der Regierung heraus waren, Herr Kollege, ist die Antwort!)

(D)

Die Frage, die hier im Raume steht, und da erwarte ich auch ein wenig Selbstkritik von der SPD, die ich gern beantwortet haben möchte, ist die Frage: War es richtig, sich auf diesen tödlichen Kuhhandel in Genf einzulassen, oder wäre nicht ein klares Nein von Anfang an, ein klares Nein zu jeglicher Stationierung für uns alle wertvoller gewesen?

Wir mögen heute in diesem Parlament noch so ernsthaft über die Frage der Nachrüstung diskutieren, für uns GRÜNE steht eines fest: Kein Parlament, auch nicht der Bundestag, der am 21. November über diese Frage beschließen wird, hat das Recht, über Fragen von Leben und Tod der Bevölkerung zu entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir meinen, daß diese uns alle bedrohende Nachrüstung und ständige weitere Aufrüstung ein Problem ist, wo nur eine Volksbefragung den Politikern die Legitimation geben kann, zu Entscheidungen zu kommen.

Nun lassen sich die hier anstehenden existentiellen Probleme nicht durch noch so ernsthafte Parlamentsdebatten lösen, sondern nur durch den praktischen alltäglichen Widerstand gegen alles, was die innere und äußere Aufrüstung bei uns schafft. Ich meine, daß auch für die SPD die Zeit der Lippenbekenntnisse vorbei sein sollte. Herr Kunick, wenn Sie

(A) heute mit unserer Unterstützung diesen Beschluß fassen, was werden Sie morgen tun? Wenn am 21. dieses Monats in Bonn der Bundestag zu dieser Frage diskutieren wird, werden Sie mit den GRÜNEN gemeinsam dort den Bundestag blockieren? Was werden Sie in 35 Tagen tun, wenn die ersten amerikanischen Raketen in unserem Lande aufgestellt werden? Hier haben Sie eine Chance, das, was Sie — und da stimmen wir im großen und ganzen mit Ihnen überein — in der Einschätzung der Gefahr erkannt haben — und Sie sind als Mehrheitsfraktion und als diejenigen, die die Regierung bilden, im Wort der Wähler —, aufzuzeigen, und hier haben Sie die Chance, einmal zu beweisen, was tatsächlich für den Frieden zu tun ist.

Wir haben zu Ihrem Antrag einen Ergänzungsantrag gestellt, und ich möchte Ihnen dazu einige Erläuterungen geben. Die Stellungnahme von Herrn Kunick zu unserem Antrag vorhin, daß nur der erste Spiegelstrich, der die zahlreichen Aktionen der Friedensbewegung in Bremerhaven und Bremen begrüßt, von der SPD akzeptiert würde, weist eigentlich sehr deutlich hin auf den Charakter Ihrer friedenspolitischen Ansätze. Das ist wirklich etwas, was im Bereich von Lippenbekenntnissen bleibt.

Die drei weiteren Spiegelstriche in unserem Antrag befassen sich mit Behinderungen und Einschüchterungen der Menschen, die diesen alltäglichen Widerstand gegen die uns bedrohende Gefahr leisten. Dazu wollen Sie Ihre Zustimmung verweigern. Welche Probleme das sind, darf ich vielleicht anhand einiger Beispiele erläutern. Wie Sie wissen, wurde während der Friedensaktionen in Bremerhaven am 13., 14. und 15. Oktober, an der auch die Fraktion der GRÜNEN beteiligt war — —

(Abg. K u n i c k [SPD]: Wie die Fraktion der SPD!)

Ja, es ist richtig, es waren auch einige Leute der SPD dabei, und das war gut so. Wie Sie wissen, wurde während dieser Aktionen das Bremerhavener Hafengebiet weiträumig abgesperrt, so daß der gesamte Straßenverkehr im Hafengelände zum Erliegen kam. Die dadurch entstandenen Ausfallkosten für die Bremerhavener und landbremische Wirtschaft sind meines Wissens noch nicht präzise errechnet worden. Die Frage ist, ob diese Absperrung notwendig war.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17.10. dieses Jahres berichtet, daß im Verlauf der Demonstrationen eine aus Polizeibesitz stammende Umhängetasche mit neun CN-Reizstoffwurfkörpern gefunden wurde.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Wierk (GRÜNE): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Fluß!

Abg. Fluß (SPD): Herr Kollege, darf ich Sie fragen, halten Sie es nach den Erfahrungen, die eben gerade die Friedensdemonstration in Bremen gemacht hat mit einigen doch, man könnte sagen, bewaffneten autonomen Gruppen, die beim Rote Sand durchbrechen wollten, nach den Erfahrungen, die selbst Ihr Kollege gemacht hat, (C)

(Abg. Willers [GRÜNE]: Nicht nur!)

nicht doch für gerechtfertigt, daß diese Absperrung dort vorgenommen worden ist?

Abg. Wierk (GRÜNE): Ich war während dieser Vorfälle selbst am Zolltor Roter Sand, und ich kann Ihnen aus eigenem Erleben dazu sagen, daß in dem Augenblick, als dieser Zug dort vorbeiging, in keiner Weise die Gefahr bestand, daß dort jemand in das Hafengelände einfallen würde.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Und zwar nicht, weil die Polizei da war, sondern weil die Demonstranten da waren!)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Frage entgegenzunehmen?

Abg. Wierk (GRÜNE): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr!

Abg. Fluß (SPD): Würden Sie dann bitte zur Kenntnis nehmen, daß genau Ihr Kollege Willers und auch noch einige andere aus diesem Hause gerade dies eben nur knapp auch verhindern konnten, weil eben so viele Demonstranten auch nicht organisierbar waren, die sich vor diese autonomen Gruppen setzten, und daß es eben nur unter gemeinsamer Mithilfe auch von DKP, Sozialdemokraten und GRÜNEN geklappt hat, aber daß doch eine gefährliche Situation da war? (D)

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: So heldenhaft war das gar nicht!)

Abg. Wierk (GRÜNE): Ich denke, darüber läßt sich wahrlich streiten, denn wir müssen, glaube ich, auch eines sehen, und darauf geht ja unser Zusatzantrag ein, daß durch überzogene Polizeimaßnahmen auch Fehlverhalten von seiten der Demonstranten provoziert werden kann. Ob das in diesem Falle so gewesen ist, möchte ich jetzt nicht erörtern.

Ich war unterbrochen worden in meiner Darstellung eines Vorfalls während dieser Demonstrationen. Dort wurde eine Umhängetasche mit aus Polizeibesitz stammenden CN-Reizstoffwurfkörpern gefunden. Bisher haben sich die zuständigen Stellen in Bremen nicht dazu geäußert, ob diese chemischen Waffen von der Bremer Polizei oder von der Polizei eines anderen Bundeslandes oder gar vom Bundesgrenzschutz mitgeführt wurden. Es wurde auch nicht klar, ob diese Ausrüstung auf Ersuchen und mit der Zustimmung der bremischen Polizei mitgeführt wurde.

(A) Des weiteren fragen wir uns, wieso über der Demonstration in Weddewarden auch ein Hubschrauber der Bundeswehr kreiste. Geschah auch das mit Zustimmung und auf Ersuchen der bremischen Behörden?

Ich erinnere auch daran, daß nach der Abräumaktion am Eingang Roter Sand am Donnerstag, dem 13. November, dort 255 Demonstranten, ich befand mich dort in unmittelbarer Nähe, busweise zu je 20 bis 40 Personen an entfernt gelegene Orte deportiert wurden. Nach einem Bericht des „Weser-Kuriers“ hat es den Anschein, als ob die bremische Polizei diese Deportation nicht für Freiheitsberaubung hält, sondern für eine nach dem Bremischen Polizeigesetz erlaubte Maßnahme. Auch dazu wäre im Zusammenhang mit weiteren Aktivitäten der Friedensbewegung ein klares Wort der SPD vonnöten.

Ich frage mich, ob eine solche Auslegung der Einrichtung des Platzverweises in Paragraph 14 des Bremischen Polizeigesetzes wirklich im Interesse der SPD ist. Wollen Sie, daß diese Verordnung als Verbannungsvorschrift in die Geschichte der bremischen Demokratie eingeht?

Ich möchte daran erinnern, daß ebenfalls an diesem Wochenende in Weddewarden Hochdruckwasserwerfer aus Hamburg eingesetzt wurden. Mit eben diesen Wasserwerfern, die einen Wasserdruck von 17 Bar erzeugen, hat es ja damals in Gorleben Verletzte mit Rippenbrüchen, Lungen- und Nierenquetschungen gegeben. Uns würde es schon interessieren, ob die bremische Polizei mit dem Einsatz dieser Wasserwerfer einverstanden war.

(B) Auch während einiger Aktionen im Rahmen der Proteste gegen die Stationierung und gegen innere und äußere Aufrüstung gab es in Bremen Vorgänge, die nicht geklärt sind und die auch auf die Tagesordnung gehören.

Es ist festzustellen, daß es offenbar ein ziviles Sonderkommando der bremischen Polizei für Demonstrationen gibt, ein Sonderkommando, das für Festnahmen und Knüppelinsätze geschult ist. Der Senat müßte schon einmal erklären, ob er den Einsatz dieser Truppe im Sinne einer möglichen Eskalation der Gewalt wirklich für vertretbar hält.

Kürzlich wurde in einem Beitrag von Radio Bremen berichtet, daß einige Verfahren gegen Polizeibeamte bei der Justizbehörde außerordentlich lange lagern. Auch darüber wüßte man gern Genaues.

Ich könnte noch eine Reihe von Einzelheiten nennen, die berichtet werden von den Untersuchungsausschüssen und von der Gruppe, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Aktivitäten der Polizei genauer zu beobachten. Ich möchte unter Hinweis auf all diese Fakten die SPD noch einmal bitten zu überprüfen, ob sie vor dem Hintergrund des heute zu fassenden Entschlusses es sich leisten kann, eine solche Praxis gegenüber den sich hoffentlich in der Zukunft immer zahlreicher äußernden besorgten und betroffenen Bürgern zu verantworten. In Ihrer Zustimmung zu unserem Zusatzantrag haben Sie die Möglichkeit, sich dazu zu äußern.

(C) Ich darf noch einmal zusammenfassen: Das Nein der GRÜNEN wendet sich gegen eine Politik, die vortäuscht, mit Massenvernichtungsmitteln Schutz und Sicherheit zu gewähren zu wollen. Wir sagen nein zu Normen, die es erlauben, daß Entscheidungen von existentieller Bedeutung von einer parlamentarischen Mehrheit sogar gegen den Willen der Volksmehrheit durchgesetzt werden können. Wir sagen auch nein zu einer Demokratie, die den zivilen Ungehorsam gegen das bevorstehende Verbrechen der Raketenstationierung mit der Straßenverkehrsordnung und der Polizeigewalt zu unterbinden versucht.

Zum Antrag der CDU abschließend! Dieser Antrag ist für uns nicht von Interesse. Allerdings sollte sich die CDU wirklich langsam überlegen, wem sie mehr verpflichtet ist, der amerikanischen Regierung oder auch ihren Wählern. Die hinlänglich bekannten Befragungsergebnisse, Herr Kunick hat sie zitiert, sollten Ihnen

(Abg. Neumann [CDU]: Für die Wahlentscheidung sind immer noch Wahlen entscheidend, nicht Umfragen, Gott sei Dank!)

da doch zu denken geben, wenn sie nicht irgendwann einmal vor der Geschichte als die ewig Unbelehrbaren und als selbstmörderisch dastehen wollen. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich zunächst dem neugewählten Präsidium für den Senat meine Glückwünsche aussprechen, um mich dann dem Hohen Hause zu diesem Antrag zuzuwenden!

Ich darf vielleicht am Anfang ein paar Bemerkungen machen.

(Abg. Klein [CDU]: Vom Paulus zum Saulus!)

Wissen Sie, Sie kommen zwar aus Wuppertal, aber das war eben nicht Barmen-Elberfeld. Das war wirklich Wuppertal! Theologisch war das ausgesprochen —.

(Abg. Klein [CDU]: Umgekehrt!)

Nein, ich habe das wohl verstanden, vom Paulus zum Saulus zurück, das haben wir bis jetzt noch nicht gehabt. Möglicherweise bei einigen wenigen Verirrten in Wuppertal!

(Zuruf des Abg. Borttscheller [CDU])

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Herr Borttscheller, Ihr Vater kommt aus der Pfalz, das weiß ich, er war bayerischer Beamter und Offizier, aber er kommt aus Wuppertal, und das war nie Rheinland, das war Bergisches Land. Deutsche Geschichte!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Jetzt aber zu einem sachlichen Thema! Es bewegt ja die Menschen sehr viel mehr, wir brauchen ja diese kleinen Streitgespräche nicht fortzuführen.

Wenn die Frage gestellt wird, wo die Sozialdemokraten stehen, die zu einem Nein gekommen sind, eine Raketenstationierung jetzt oder prinzipiell zu akzeptieren, dann sage ich Ihnen aus meiner Kenntnis, es gibt keine übereinstimmende Begründung für das Nein. Es gab und gibt in der Sozialdemokratischen Partei, zum Teil auch bei den Mitglieder der Landesregierung in Bremen, Vertreter einer bestimmten pazifistischen Grundüberzeugung, die in jedem Falle unter ähnlichen Bedingungen sagen, wir wollen in diesen Bereichen — hoffentlich mit Hilfe einer anderen Politik und eines anderen, der auf eine solche Politik reagiert — prinzipiell keine Verantwortung übernehmen. Dies ist eine Minderheit, aber sie hat bei uns immer Platz gehabt und konnte immer ihre Position artikulieren.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Eppler!)

(B) Nein, Eppler ist es eben nicht! Ich glaube, wir würden Eppler hier falsch vereinnahmen. Eppler war von Anfang an wie Oskar Lafontaine ein Gegner der Mittelstreckenraketenstationierung, nicht aber ein Pazifist, der prinzipiell die Frage der Waffengewalt ausschließt.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Leider!)

Das mag ja sein, leider, aber ich spreche im Augenblick von den verschiedenen Positionen, die da sind.

Es gibt andere, die sagen, die wichtigsten Prinzipien des Doppelbeschlusses sind nicht eingehalten worden, das Verhandlungsergebnis in Genf ist nicht eingetreten, was wir damals vorausgesetzt haben, und aus diesem Grunde sagen wir nein.

Es gibt auch einige, die sagen, wir sehen in der Rüstung der Sowjetunion eine solche Bedrohung, daß wir bei allen Schwierigkeiten, einschließlich der Ergebnislosigkeit der Genfer Gespräche, nicht ohne weiteres sagen können, wir sind dagegen.

Die bremische SPD hat sich in dieser Frage relativ früh eindeutig gegen die Stationierung der Pershing II ausgesprochen. In der bremischen SPD habe ich eine Ausnahmerolle eingenommen, weil ich meine Freunde gebeten habe, die Entscheidung darüber erst zu treffen, wenn das Ergebnis von Genf vorliegt, und nicht vorher das Nein zu definieren. Aber, und dies ist ganz unbestritten eine wichtige Entscheidung des Landesparteitags weit vor den Wahlen und damit auch dokumentarisch belegbar,

wir sehen, so war die Meinung in der SPD, in Genf keine Chance mehr, zu dem Ergebnis zu kommen, das das eigentliche Ziel des Doppelbeschlusses war, zu versuchen, unter der Androhung der Gegenaufrüstung die anderen zu überzeugen, ihre Rüstung abzubauen, und nun stehen wir vor der zentralen Frage jeder Rüstungs- oder Abrüstungsentscheidung. (C)

Meine Damen und Herren, nach der langen Phase des kalten Krieges in Europa, zum Teil in der Welt, und zu einem Zeitpunkt, als beide Seiten ungefähr in ihren Waffenpotentialen so stark waren, daß die Vernichtung im Konfliktfall für jede Seite möglich war, gab es die Möglichkeit, Entspannungspositionen in der Welt zu realisieren.

Angefangen hat es in Europa. In und um Helsinki herum — übrigens eine Verabredung, gegen die die CDU im Bundestag gestimmt hat — gab es den Ansatz zwischen den Russen und Amerikanern als den führenden atomaren Mächten, zu einer Rüstungsbegrenzung zu kommen, nicht zu einer Abrüstung. Wladiwostok, Salt I, später Salt II — nicht ratifiziert, aber weitgehend eingehalten von beiden Seiten — haben nicht Abrüstungskomponenten gehabt, sondern die Begrenzung für beide Seiten, bis zu einem bestimmten Umfang weiterrüsten zu können und dann aufzuhören.

Dies war keine Lösung, in einer unfriedlicher werdenden Zeit nur Rüstungsbegrenzungen zu definieren, was von beiden Seiten zusätzlich geschehen kann. Es war das Ziel nicht nur der Europäer, es war das Ziel der Amerikaner und der Russen, in ein Gespräch einzutreten, ob man nicht zu einer qualifizierten und quantifizierten konkreten Abrüstung kommen könnte. (D)

Die Sowjets haben in einer Phase, als der Westen bereit war, aus Helsinki und aus der Entspannungspolitik Konsequenzen auch für Abrüstungsschritte zu ziehen, ihre Rüstung jedenfalls in diesem Felde und in der Marinerüstung — da der Westen allerdings auch — verstärkt fortgesetzt. Die SS-20 war eine zusätzliche Bedrohung der westlichen Sicherheit, vornehmlich gerichtet auf Westeuropa, ich sage vornehmlich gerichtet, weil es auch SS-20-Positionen gibt, die im asiatischen Raum Instabilität erzeugen.

Die Fragen, die damals zur Diskussion standen und die von Helmut Schmidt 1977 zum ersten Mal aufgegriffen wurden, waren die, ob sich die beiden großen Weltmächte nicht notwendigerweise über ihre regionalen und nationalen Interessen verständigen und ob nicht dabei alle anderen Bereiche in ihrem eigenen Sicherheitsanspruch zu kurz kommen würden. Kann es genügen, über Salt I und Salt II im strategischen Bereich, im interkontinentalen Bereich Begrenzungen zu beschließen und den anderen Bereich als Grauzone offenzulassen, oder muß man nicht mindestens — jetzt sprechen wir als Deutsche — hier in Mitteleuropa dafür sorgen, daß wir auch einen Verhandlungsdruck erzeugen, daß auf beiden Seiten, Moskau wie Washington, Washington wie Moskau, der Versuch unternommen wird, auch

- (A) durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstungsabkommen zu einer qualifizierten und quantifizierten Verringerung der Waffensysteme zu kommen?

Die Sowjetunion hatte vorgerüstet, die Diskussionen in unserem eigenen Lager waren nicht ganz einfach, Afghanistan war dazwischengekommen. In Guadeloupe gab es dann die Verständigung im Nato-Bereich darüber, daß man den Weg eines Doppelbeschlusses gehen sollte, der zum ersten Mal das aufnehmen würde, was ein bestimmter Teil der evangelischen Kirche schon seit langem gefordert hatte — ich gehöre zu diesem Kreis, der da mitgearbeitet hat —, nämlich den Versuch, zu einer graduierten Abrüstung zu kommen, nicht, wie im „Weser-Kurier“ steht, gradlinigen Abrüstung.

Sie geht davon aus, daß das Gleichgewicht zwischen beiden Mächten nie festgeschrieben war auf einzelne Waffensysteme, nie festgeschrieben war auf einzelne Köpfe, Nasen oder Ohren, die wir zählen wollen, sondern eine Summe von Ungleichgewichten war, die insgesamt für beide Seiten ein Potential an Vernichtung bringt, das auch bei Verringerung auf der einen oder anderen Seite nicht ausgehebelt wird. Deswegen muß die eine Seite anfangen, den ersten Schritt zur Abrüstung in einem Umfang zu gehen, daß die andere Seite dies erkennt und nachzieht, oder derjenige, der den ersten Schritt gegangen ist, kann den Schritt zurücknehmen.

Dies ist die Philosophie des Doppelbeschlusses, daß wir sagen, wir wollen mit euch verhandeln, daß abgerüstet wird in eurem Bereich, nicht daß bei uns aufgerüstet wird. Deshalb bekenne ich mich zu dieser Entscheidung.

(B)

(Abg. Neumann [CDU]: Also war es kein historischer Irrtum!)

Verzeihen Sie, der historische Irrtum liegt ganz woanders! Der liegt nicht in der Frage, Druck auszuüben, daß abgerüstet wird, der historische Irrtum liegt darin bei einem Teil meiner Freunde, daß das System, das dagegengestellt worden ist, die Instabilität verstärkt und nicht verringert. Ich komme darauf zurück.

Sie, die Sie heute mit solchem Nachdruck für den Doppelbeschluß eintreten, meine Damen und Herren von der CDU, sollten in Erinnerung behalten, daß Sie es doch waren, die 1979 den Doppelbeschluß mit der vorgesehenen vierjährigen Verhandlungszeit verwarfen! Sie wollten doch sofort 1979 die Stationierung der Mittelstreckenraketen, um sofort in die Verhandlungen mit einem Waffenpotential eintreten zu können.

1980, als Helmut Schmidt in Moskau die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen erwirkte, diffamierten Vertreter der CDU/CSU diesen Weg als größte außenpolitische Fehlleistung des Jahrhunderts. 1981, als die SPD/FDP-geführte Bundesregierung auf der amerikanischen Verhandlungsposition beharrte und dies nach erbitterlichen Konflikten mit der neuen amerikanischen Regierung auch durch-

setzen konnte, hatte die Union nichts Besseres im Sinn, als uns zu brandmarken, wir würden Zwiebracht säen im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Als wir forderten, daß die dann noch begonnenen Verhandlungen mit der Zielsetzung geführt würden, die Stationierung überflüssig zu machen, wurde uns von der Union vorgeworfen, wir würden damit die Abkoppelung des Bundesrepublik von den USA betreiben und einen Keil in das Bündnis treiben. Alles belegbar in den Protokollen des Deutschen Bundestages!

Als 1982 ein völliger Stillstand drohte, und zwar verursacht von beiden Seiten, nichts in Genf in Bewegung kam, waren es Sozialdemokraten, die sich bemüht haben, mit öffentlichen Lösungsvorschlägen wieder Bewegung zu bekommen in dieser Frage. Am Ende jenes Jahres waren Sie Regierungspartei geworden, und da hieß es, wir fielen den westlichen Verhandlungspartnern in den Rücken. Als dann aber die SPD-Forderungen bei beiden Seiten Wirkung zeigten, als die Gespräche in Genf wieder intensiver wurden, da hieß es, wir würden als fünfte Kolonne der Sowjets arbeiten, statt darüber nachzudenken, ob wir nicht das gemeinsame Ziel haben müßten, bei uns nicht nachzurüsten und zu erreichen, daß von den SS-20 so viele wie möglich abgerüstet werden im Interesse Europas und im Interesse Deutschlands! Jetzt sage ich Deutschlands, weil die Deutschen auf beiden Seiten der Elbe gleichermaßen von dieser Rüstung bedroht sind.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

Ich sage nach wie vor ja zu diesem Beschluß, und ich bin auch der Meinung, er war der einzige Anhänger, um die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zu bringen. Ich sage ja zu einem Beschluß, der sagt, ihr müßt wissen, daß die eine Seite nicht machen kann, was sie will, und die andere verurteilt ist, alles hinzunehmen.

Man muß aber bedenken, daß wir einen vierjährigen Verhandlungszeitraum wollten. Zwei Jahre gab es keine Verhandlungen, und heute heißt es, es müsse auf jeden Fall der November eingehalten werden, es müsse gerüstet werden, obwohl zum ersten Mal auf beiden Seiten endlich einmal Bewegung im politischen Spektrum eingetreten ist.

Der amerikanische Präsident hat vor der UNO und vor anderen Gremien neue Positionen aufgezeigt. Der Generalsekretär der KPdSU und Chef der politischen Führung in der UdSSR hat seinerzeit Forderungen aufgestellt und Angebote gemacht, die allerdings zu einem großen Teil noch nicht in Genf auf dem Verhandlungstisch gelandet sind. Bisher sind die Erklärungen für die Öffentlichkeit, für die Innenpolitik der jeweiligen Länder, vielleicht auch für die Außenpolitik, auch für politische Auseinandersetzungen. Sie müssen ausgehandelt und verhandelt werden.

Wir müssen ferner wissen, wenn wir realistisch sind, daß die beiden Führungsmächte in beiden Militärblöcken zu einer Lösung im Mittelstreckenrake-

(A) tenbereich nur kommen werden, wenn Klarheit für beide herrscht, was im interkontinentalen Bereich für sie eintritt. Das heißt, es wird aus meiner Sicht keine Lösung in Genf geben können, wenn nicht auch bei START eine Lösung gefunden wird.

Im interkontinentalen Bereich stelle ich fest, ist die Bewegung größer, als wir je gesehen haben. Es scheint, daß Washington und Moskau bereit sind, hier Wege, die über SALT II hinausführen, zu realisieren. Ich betone, weil viele das nicht sehen, daß auch ohne Ratifizierungsbeschluß zum Beispiel die Amerikaner SALT II eingehalten haben.

Das heißt, die Amerikaner sind auf dem Wege, bestimmte Positionen neu zu definieren, und meine Hoffnung ist, daß sich bei mehr Zeit Lösungsmöglichkeiten ergeben, die eine Nachrüstung in Westeuropa ausschließen. Ich sage das nicht nur in der Hinsicht, daß es da bestimmte gravierende, auch strategische Bedenken gibt, ob man überhaupt nachrüsten sollte in dicht besiedelten Gebieten, oder ob nicht, wie etwa Baudissin und andere sagen, wenn überhaupt, dann sehr viel weniger mit Cruise Missiles, seegestützt, Antworten gefunden werden müssen.

Hier höre ich einmal auf die Wissenschaftler, die schon 1957 in Göttingen vor bestimmten Entwicklungen gewarnt haben, die auch jetzt wieder sagen, das, was an neuen Potentialen hier entsteht, macht Europa instabiler, nicht sicherer. Wenn das so ist, kann mir keiner sagen, daß ein System, das uns in der Sicherheitsfrage instabiler macht, eine logische Antwort auf — zugegeben — von mir gesehene Überrüstungen der Sowjets ist. Nicht indem ich die Überrüstung der Sowjets verschweige, sondern indem ich deutlich mache, wo die Gefährdungen sind, haben wir zu bedenken, wohin der Weg geht.

(B) Eine Nachrüstung im November, so sagen uns die Damen und Herren der CDU/CSU, würde gleichwohl die Chance belassen, daß anschließend weiter verhandelt wird. Diese Position hat übrigens das tschechoslowakische Parlament vor einem Vierteljahr vertreten und hat eine Resolution gefaßt, in der es davon ausgeht, daß für den Fall, daß jetzt Genf nichts bringt, anschließend weiter verhandelt wird. Der Beschluß ist aufgehoben worden. Er ist nicht aufgehoben worden aus Einsichten aus Prag.

Nach all den Gesprächen, die ich geführt habe, muß ich befürchten, daß, wenn der Nachrüstungsbeschluß kommt, wir für lange Zeit im Bereich der Mittelstreckenraketen keine Gesprächspartner zwischen Ost und West haben werden, nicht weil wir die Gespräche nicht wollen, sondern weil dann die andere Seite ihre Konsequenzen für weitere Nachrüstungsbedingungen über DDR, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn hinaus ziehen wird.

Sprechen Sie einmal mit Vertretern dieser Nationen dort, dann können Sie feststellen, daß sie mindestens soviel Furcht vor neuen Aufrüstungsbereichen auch in ihren Bezügen haben wie wir. Weil das so ist, sage ich Ihnen, wäre es gut — und dafür stimme ich, wenn auch mit anderen Begründungen als ein großer Teil meiner Freunde in meiner Partei, auch auf dem

SPD-Parteitag, ich werde dort dafür argumentieren —, daß weiter verhandelt und nicht nachgerüstet wird. (C)

(Abg. D r . P a w l i k [CDU]: Das ist aber ein anderer Antrag!)

Verzeihen Sie, hier ist auch kein Antrag für den SPD-Parteitag eingebracht worden, sondern eine Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion, um deutlich zu machen, wo das Parlament steht!

(Beifall bei der SPD)

Sie werden mit Ihrem Antrag auf einen CDU-Parteitag auch nicht gehen, weil Sie dafür keine Mehrheiten bekommen!

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Sind Sie denn für oder gegen die Entschließung der Fraktion der SPD?)

Ich sage Ihnen, ich bin für eine Entschließung, die fordert, jetzt wird nicht nachgerüstet! Das habe ich meinen Freunden gesagt, und dazu stehe ich!

(Zuruf des Abg. D r . P a w l i k [CDU])

Doch, die steht davor!

Ich habe Ihnen die differenzierten Meinungen vortragen, und ich freue mich, wenn hier die CDU-Fraktion einer Meinung ist, weil nämlich ein Unterschied dann besteht zu den übrigen Mitgliedern der CDU/CSU, die sehr differenziert über diese Frage nachdenken, und ich berufe mich nicht auf Franz Alt. Der mag ja Außenseiterfunktionen wahrnehmen. (D)

In einem großen Teil Ihres Lagers beginnt man über die Frage der Nachrüstung genauso kritisch nachzudenken, ob man möglicherweise zu anderen Antworten kommt, und keineswegs argumentieren alle Christdemokraten so, wie Herr Klein es getan hat. Es gibt auch dort eine ganze Menge Schattierungen.

(Beifall bei der SPD)

Warum nehmen Sie für sich Schattierungen in Anspruch und bestreiten sie bei anderen? Ich weiß das nicht! Ich jedenfalls bin sehr wohl der Meinung, daß in einer so wichtigen Frage differenziertes Denken möglich ist, wenn wir im Ergebnis zu einem gleichen Ziel kommen.

Ich glaube daran, daß allein auf Friedfertigkeit des anderen zu setzen aus der geschichtlichen Erfahrung Europas keine Antwort ist. Ich bin deswegen für die Bundeswehr, ich bin für das Bündnis, ich bin für die Bereitschaft, meine Freiheit zu verteidigen. Ich bin gegen die Losung „lieber rot als tot“, weil ich auch nicht „lieber braun als tot“ sagen möchte. Das habe ich überall vertreten. Aber ich bin auch der Meinung, wenn wir Frieden halten wollen, dann

- (A) müssen wir in unserem Land dafür sorgen, daß das, was wir an Verteidigung haben, defensiv bestimmt wird und nicht operativ-offensiv eingesetzt werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Dann muß man sich über die weiteren Sachfolgen unterhalten, und ich spreche ja nun weiß Gott oft genug mit führenden Bundeswehroffizieren. Über einen Teil der Fragen kann man hier nicht sprechen, weil sie aus ihren täglichen Problemen, Sorgen oder auch ihren Bedenken gegen meine Positionen kommen, aber ich bekomme eine Menge Informationen von Leuten, die ausgeschieden sind und deswegen sich heute besser öffentlich äußern können, als sie es vorher konnten, als sie im Loyalitätsverhältnis zur jeweiligen Bundesregierung und ihrem Minister standen. Zu Recht, das sage ich auch! Die im Dienst stehenden Offiziere sollten ihrem Minister ihre Meinung mitteilen, um zu einer veränderten Verteidigungsstrategie zu kommen, aber nicht in die Öffentlichkeit tragen.

Sie werden feststellen, daß in großem Maße die Einsicht wächst, daß diese hier vorgesehenen Waffensysteme problematischer und gefährlicher sind, als wir es 1977 und 1979 gesehen haben, und daß wir von daher zu neuen Positionen kommen müssen! Es geht nicht um die Reichweite, es geht um Probleme der Zielgenauigkeit, um die Frage der Gefährdung, es geht um die Frage, ob sie wirklich nur noch, wie früher einmal, Abschreckungswaffen sind oder ob sie Kriegsführungswaffen werden, alles das, was wir mit dem Nuklearpotential einmal nicht wollten. Dies muß doch einmal angesprochen werden, wenn wir ernsthaft darüber sprechen.

- (B) Nun sage ich Ihnen, es genügt mir nicht, ernsthaft über Abrüstung zu sprechen, um sie an einem Waffensystem festzumachen. Ich erwarte allerdings, daß, wenn wir zwischen den beiden Großmächten zu einer positiven START-Lösung kommen, wenn wir zu einer Lösung kommen im Mittelstreckenbereich, daß wir über die taktische Nuklearmunition genauso sprechen müssen, wie wir über die chemischen Waffen sprechen müssen. Sie alle sind keine Mittel, in einer humanen Welt überhaupt noch als Waffensysteme akzeptiert zu werden!

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Koschnick: Natürlich!

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zwischenfrage erhält das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Herr Bürgermeister, Sie sind sehr gut informiert

(Zurufe von der SPD: Frage!)

- und haben mit den Spitzen Ihrer Partei und der damaligen SPD/FDP-Regierung immer Kontakt gehabt. (C) Wußten Sie, daß im Pentagon damals zu Ihrer Regierungszeit — also zur Regierungszeit der SPD/FDP-Koalition — Pläne vorhanden waren über einen gewinnbaren begrenzten nuklearen Krieg in Europa, und wie ist es möglich, daß Sie mit diesem Wissen immer noch an diesem Nato-Doppelbeschluß festgehalten haben? In der Zeit sind die großen Giftgaslager in Süddeutschland angegeben worden!

(Bürgermeister **Koschnick:** Das ist nicht wahr!)

Wie war es möglich, daß nicht da schon große Teile der SPD zu dem Nato-Doppelbeschluß nein gesagt haben?

Bürgermeister Koschnick: Zuerst lassen Sie mich bitte eine Richtigstellung vornehmen! Die Lagerbestände an chemischen Waffen sind alt. Sie haben keine Beziehung zu den letzten fünf Jahren. Sie sollten dennoch geräumt werden nach meiner Meinung.

(Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE]: Fünf Jahre? Die SPD war ja auch 13 Jahre an der Regierung!)

Ja, sie sind auch davor dagewesen! Die großen Teile der Bestände sind abgesichert mit dem Truppenvertrag, der damals bei unserer noch nicht ganz vollzogenen Souveränität eingeführt worden ist. (D)

Zweitens bitte ich zu bedenken, es gibt 25 sowjetische Divisionen, die auf chemische Kriegsführung eingestellt sind. Auf beiden Seiten haben wir schreckliche chemische Lager, die weg müssen! Deswegen spreche ich von all den Bereichen.

(Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE]: Sie sind nur gedacht, um hier eingesetzt zu werden!)

Nein! Ich spreche hier auch von den sowjetischen Divisionen. Ich bitte, hier beide Seiten immer zu sehen, und ich habe da keine Einäugigkeit!

Ich bin der Meinung, daß chemische Waffen, daß nukleare Waffen aus dem Arsenal der Mächte verschwinden sollten und daß auch konventionelle Waffen heute solche schrecklichen Wirkungen haben, daß jeder Schritt, der auch hier zu Begrenzungen und zur Abrüstung führt, ein richtiger Schritt ist im Interesse der Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Das setzt richtige Politik voraus und eine Politik, die von beiden Seiten aufgenommen wird. Dieses Problem wird mit einseitigen Maßnahmen allein nicht gelöst. Wenn man aber genau weiß, daß Overkill, wie es so schön heißt, in einem solch starken Maße bereits zwischen den beiden großen Blöcken vorhanden ist, dann ist die Frage der differenzierten

- (A) Betrachtung von einzelnen Waffensystemen möglich, notwendig und geboten, und alles das, was an Raketen neu kommt, muß verhindert werden.

Auf der anderen Seite wäre eine Antwort wie „ihr Russen könnt machen, was ihr wollt, wir werden nicht darauf reagieren“, genau die Einladung, weitere Systeme darüber erstellen zu lassen. Dies ist nicht das Ziel. Deswegen die andere Position. Wir sehen sehr wohl die sowjetische Seite wie die westliche Seite, und wir wissen, wo die Überrüstung hier begonnen hat. Weil das so ist, werde ich mit aller Entschiedenheit darum kämpfen, weiter zu verhandeln und nicht nachzurüsten.

Ich hoffe, daß aus den START-Verhandlungen, daß aus Verhandlungen in Genf, daß aus Genf und Wien etwas herauskommt. Wir wissen, daß wir in Wien nicht vorangekommen sind wegen der Mittelstreckenraketen. Wir sind bei den Mittelstreckenraketen nicht weitergekommen, weil die großen Fragen nicht gelöst sind.

Vorhin hat Herr Kunick gesagt, das ist Kuba, Peripherie. Vielleicht müßten wir uns geschichtlich noch einmal daran erinnern, als die Sowjets entgegen ihren Erklärungen damals in Kuba Mittelstreckenwaffen stationierten und die Amerikaner darauf sehr konsequent geantwortet haben, gab es eine Absprache zwischen beiden Seiten. Das letzte Gespräch zwischen Kennedy und Chruschtschow hat in Wien stattgefunden. Die Russen zogen, sicher auch unter der Pressure der Amerikaner, aber vielleicht auch aus höherer Einsicht, ihre Waffensysteme aus Kuba zurück.

- (B) Übrigens, damit wir es nicht vergessen, die Amerikaner zogen die Mittelstreckenwaffen — Raketen mit Nuklearbewaffnung —, die die Sowjetunion erreichen konnten, aus Oberitalien und der Türkei zurück. Es war die Absprache, beide bauen keine Systeme auf, die den Bereich des anderen erreichen könnten. Europa blieb gleichwohl Geisel für beide Seiten. Wir wollen das einmal deutlich machen, und weil das so war, ist die Antwort natürlich eine qualifiziert andere.

Was ist mit Pershing II? Nun können wir, meine Damen und Herren, nicht sagen, die bösen Amerikaner! Sie wollten am Anfang gar nicht. 1977, 1978, 1979 waren sie ganz skeptisch. Es waren die Europäer, auch die Deutschen, auch Bundeskanzler Schmidt, die gedrängt haben, darauf eine Antwort zu finden. Es geht hier nicht um Schuldzuweisungen. Es geht um stetige Entwicklungen! In Guadeloupe sind diese nämlich mitgegangen, dann allerdings, und da ist der Unterschied, die einen mit dem Nachrüstungsverhandlungsteil, die anderen mit dem Abrüstungsverhandlungsteil.

Hier sage ich allerdings, ich wäre heilfroh gewesen, wenn nach dem 1. Oktober letzten Jahres mit der gleichen Entschiedenheit in Moskau und Washington darauf gedrängt worden wäre, zu verhandeln und nicht nachzurüsten, wie das vorher bei

Schmidt geschehen war. Dies ist ein ganz entscheidender Unterschied!

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Moskau und Washington meine, meine ich nicht, sie seien mir beide gleich lieb, ganz im Gegenteil. Ich kenne das westliche System, ich kenne Freiheit, ich kenne Humanität, ich weiß, aus welchen Gründen ich für das westliche Bündnis bin. Aber auf die Frage, warum wir beide Großmächte drängen müssen, möglichst in West- und Mitteleuropa nicht mehr zu rüsten und, wenn es geht, sich international zu verständigen, gibt es eine Menge Antworten, die belegbar sind.

Sie fragten, Frau Bernbacher, ob ich gewußt hätte, daß im Pentagon ein Planspiel vorhanden war, man könnte einen regionalisierten Krieg, nuklear geführt, gewinnen! Oh ja! Ich weiß das. Es ist ja vieles offen. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird davon öffentlich in Zeitungen geschrieben. Es gibt Reaktionen darauf.

Aber Sie haben nur vergessen, daß genau vier Monate vorher der Generalstabschef der sowjetischen Armee im „Roten Stern“ geschrieben hat, daß die Sowjetunion einen Nuklearkrieg gewinnen würde. Davon reden wir nicht. Beide Militärs planen und spielen Krieg und wollen ihn gewinnen, weil sie militärtechnokratisch das als ihren Beruf haben.

Ustinov, der Verteidigungsminister, hat das vier Wochen später in der gleichen Zeitung zurückgewiesen und erklärt, es könne nicht das Interesse der Sowjetunion sein, einen Krieg mit nuklearen Mitteln zu führen, den sie gewinnen könne. Wir wollen Frieden halten, hat er erklärt. Es wäre gut, wenn eine gleiche Erklärung auch von anderer Seite käme. Aber daß militärstrategische und taktische Fragen eine Rolle spielen bei jedem Militär, ist nun einmal ein Teil des Handwerkszeuges. Dies macht mir nicht soviel Sorgen, als wenn die Politik nicht begreift, daß sie hier einen Stopp setzen muß!

(Beifall bei der SPD)

Hier beginnt die Frage! Aus diesem Grunde plädiere ich dafür in Kenntnis der Wirkungen der Rüstung in der Sowjetunion, in Kenntnis der Gefahren, die da sind, die Gefahren nicht zu verstärken durch neue Instabilitäten, sondern auf dem Verhandlungswege Gefahren abzubauen. Ich sage Ihnen, eine Nachrüstung zum jetzigen Zeitpunkt wäre, ganz gleich, wie Sie zu dieser Frage stehen, eine weitere Gefährdung der jeweiligen Positionen.

Wenn „Spiegel“-Interviews nicht wie Artikel, die nicht zitiert werden können, weil sie ohne Interviewcharakter sind, sondern weil sie Gespräche wiedergeben, ich widerspreche dem gar nicht,

(Abg. Klein [CDU]: Mit Anführungszeichen!)

(C)

(D)

(A) richtig sind — ich weiß, daß bisher immer der Gesprächspartner des „Spiegel“ sie abzeichnen mußte —, dann darf ich daran erinnern, daß vor sechs Wochen im „Spiegel“ im Gespräch zwischen „Spiegel“-Korrespondenten und dem früheren Präsidenten Nixon deutlich geworden ist, daß es auf der amerikanischen Seite noch ein zweites Argument gibt für die Pershing II, das nicht zu tun hat mit der SS-20 und nichts zu tun hat mit der mitteleuropäischen Situation, sondern damit, daß man mit der Pershing II auch den mittleren Osten erreichen kann.

Genau das wollen wir nicht! Wir möchten die Nato nicht in anderen Konfliktbereichen haben, als es in den Nato-Verträgen vorgesehen ist. Ich bitte, das mit zu bedenken, daß da auch Probleme neu aufkommen, die die Situation von Europa insgesamt mehr gefährden!

Deswegen meine große, dringende Bitte, wer immer Verantwortung hat, dafür zu sorgen und alles zu tun, daß nicht nachgerüstet wird, sondern daß abgerüstet wird in diesen gefährlichen Systemen, daß nicht Schluß gemacht wird mit einem System, sondern daß man über alle Systeme sprechen kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(B) **Abg. Mützelburg (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klein, Sie haben vorhin gesagt, in den letzten Jahrzehnten lebten wir in der sichersten Zeit, die wir überhaupt in Europa gehabt hätten. Ich glaube, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Zeiten sich ändern und daß die Zeiten sich nicht zuletzt deshalb ändern, weil weltweit auch aufgrund der ökologischen Krise und des Raubbaus, der stattgefunden hat, immer mehr Rohstoffe zu Ende gehen, und daß in dieser Situation die Weltmächte und insbesondere die USA immer mehr Zonen zu ihrem Interessengebiet ausdehnen und immer weiter in die Welt hineingreifen, um billige Rohstoffquellen zu behalten, neue zu erschließen und Länder in ihren Griff zu bekommen.

(**Abg. H o l l w e g [CDU]:** Zum Beispiel wie Afghanistan!)

Ich will jetzt hier nicht noch einmal über Afghanistan reden, weil Sie schon soviel über die Sowjetunion gesagt haben, sondern ich glaube, man muß auch Ihren Bundesgenossen dabei betrachten. Die Zeiten haben sich geändert, und je stärker diese Krise wird, und die Rohstoffkrise wird sicherlich stärker, desto energischer geht auch die Politik der Amerikaner in diese Richtung.

Ich glaube, wir können jeden Tag in der Zeitung lesen und über Ihre politischen Informationsquellen können Sie es auch erfahren, daß die Amerikaner, ich meine jetzt damit die amerikanische Verwaltung, nicht das Volk selbst, sondern die Regierung, in der

(C) Tat eine neue politische Linie eingeschlagen hat, eine politische Linie, die nicht nur, wie Frau Bernbacher vorhin in der Zwischenfrage an Herrn Koschnick angedeutet hat, auf die Gewinnbarkeit von begrenzten Kriegen in Europa auch mit atomaren Waffen ausgerichtet ist, sondern auf eine Politik, die die militärische Intervention wo auch immer in der Welt zum angeblichen Schutze nationaler amerikanischer, nicht etwa unserer nationalen deutschen, europäischen oder sonstigen Interessen, betreibt. Es ist vorhin zu Recht der Zwischenruf Grenada gekommen, und es ist zu Recht der Zwischenruf gekommen, daß es morgen der Libanon sein wird, und es ist sicher, wenn es so weitergeht, daß es vielleicht übermorgen Nicaragua und wer weiß dann noch alles ein Opfer amerikanischer Interventionen sein wird. Das, Herr Klein, sind nicht nur völkerrechtswidrige Aktionen, sondern das sind auch Taten Ihres Bundesgenossen, Ihres militärischen Bundesgenossen, auf den wir bedingungslos vertrauen sollen! Ich kann nicht auf Herrn Reagan und seine Politik vertrauen! Ich glaube, das sollten wir hier noch einmal festhalten.

Wenn Sie dann in diesem Hause davon sprechen, daß wir in der Tat die Politik der Bundesregierung unter Helmut Kohl unterstützen sollen, die nun gerade eine Politik der relativ bedingungslosen Bindung an die Amerikaner ist, dann leisten Sie gleichzeitig Vorschub einer Verschlechterung auch des innenpolitischen Klimas. Mich macht das schon ziemlich betroffen, wenn Herr Geißler, den Herr Koschnick zitiert hat, über die SPD von der fünften Kolonne Moskaus reden kann. Mich macht es ebenfalls und noch mehr betroffen, wenn Herr Zimmermann Flugblätter herausgeben kann in hunderttausender Auflage, worin behauptet wird, daß die gesamte Friedensbewegung gesteuert von Herrn Andropow ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

(D) Das geht nämlich Hand in Hand damit, daß nicht nur wir uns in der Außenpolitik binden an jemand, der meines Erachtens ein Sicherheitsrisiko ist, an den Präsidenten Reagan und an die amerikanische Politik, sondern daß wir dadurch auch innenpolitisch soweit kommen, daß alle, die gegen diese Politik aufstehen, für diese Bundesregierung schon zum Sicherheitsrisiko werden.

Ich glaube, Herr Klein, es gibt auch in Ihrer Partei viele Leute, die nicht nur den Frieden wollen, sondern die auch darüber nachdenken, wie gefährlich die enge Bindung an die Amerikaner ist, die die Bundesregierung betreibt. Wenn Sie selbst vielleicht mit ein bißchen Abstand zu der jetzt heftigen Debatte diese Angelegenheit noch einmal genau überdenken, ich hoffe sehr, daß wir geschichtlich noch die Möglichkeit dazu haben, wird es für Sie dann endlich klar, daß es auch — auch sage ich! — im nationalen Interesse der deutschen Bevölkerung liegt, diese Bindung, die Sie haben, zu lockern.

(**Abg. K l e i n [CDU]:** Welche Bindungen befürworten Sie denn?)

- (A) Die Bindung an die amerikanische Politik? Nein, ich bin auch nicht für eine Bindung, fangen Sie gar nicht damit an, an die Sowjetunion!

(Abg. Klein [CDU]: Nationale Schaukelpolitik, wie in der Vergangenheit?)

Herr Klein, jetzt werden wir am 21. November im Bundestag auch noch ein Schauspiel erleben, daß sich die Bundesregierung eine Legitimation vom Parlament für etwas holt, was längst entschieden ist und worüber wir auch noch nicht einmal die Souveränität haben, nämlich über die Stationierung dieser Raketen.

(Zuruf von der CDU)

Ich möchte sehen, wie Sie das durchsetzen möchten in dieser Lage! Die Debatte im Bundestag hinkt den Ereignissen hinterher, und sie wird noch einmal deutlich zeigen, daß die ganze Sache längst beschlossen und abgekartet ist.

Tatsächlich, das wissen Sie so gut wie ich, ist die Volksmeinung längst über diese Entwicklung, die vielleicht bei den Wahlen noch nicht so deutlich war, hinweggegangen, und ich denke da nicht nur an Meinungsumfragen, sondern allein die Massendemonstrationen der letzten Wochen unter Beteiligung der Sozialdemokraten, vieler Sozialdemokraten, egal welche Position sie im einzelnen dazu haben, zeigen deutlich, daß die Menschen in diesem Lande nicht der Auffassung sind, die Sie immer wieder verbreiten, daß mit den Wahlen diese Sache ein für allemal erledigt sei.

- (B)

Außerdem: Es ist nicht nur ein deutsches Problem. Wenn wir über unsere Grenzen sehen, schauen Sie nach Rom, schauen Sie nach Kopenhagen, sehen Sie nach Amsterdam, nach Oslo, nach London, überall demonstrieren mittlerweile Millionen Menschen gegen die Nachrüstung in ihrem eigenen Land. Das ist keine Übertreibung, sondern das ist schlichte Realität, daß die Friedensbewegung überall in Europa wächst.

(Zuruf von der CDU)

Ich mache jetzt nicht diese Zahlenspielereien! Sie haben ein einfaches Verfahren, lassen Sie die von uns geforderte konsultative Volksbefragung im Bundestag zu. Sie werden sehen, wie die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland über diese Frage von Leben und Tod entscheiden wird!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD —

Abg. Kunick [SPD]: Aber ohne manipulierte Fragen!)

Ich glaube, das scheuen Sie wie der Teufel das Weihwasser, und Sie wissen warum, denn damit kennen Sie sich ja aus!

Zugegeben, Herr Klein und Herr Koschnick, unsere Position zu dieser Frage heißt, die Bevölkerung in allen von der Stationierung bedrohten Ländern muß

(C) ihre Angelegenheit selbst in die Hand nehmen und kann sich nicht mehr verlassen darauf, daß hier Verhandlungen noch Ergebnisse haben werden. Ja, ich bin dafür, daß weiter verhandelt wird, aber Vertrauen darauf, daß bei den Verhandlungen etwas Vernünftiges für uns herauskommt, hat man nicht mehr so einfach nach dem, was da passiert ist. Also, unsere Position ist keine technisch-militärstrategische, wie Herr Koschnick hier fast generalstabsmäßig einige Sachen erläutert hat, sondern sie ist schlicht und einfach eine moralisch-menschliche, und ich glaube, das ist die Stärke der Friedensbewegung, das ist auch unsere Stärke, die Stärke unserer Argumentation in dieser Frage. Deshalb stimmen ihr so viele Menschen zu, und deshalb, wenn Sie, meine lieben Kollegen von der SPD, ebenfalls weiterhin so entschieden wie in letzter Zeit gegen die Raketenstationierung kämpfen, richte ich ganz dringend an Sie die Bitte und Aufforderung, am 21. November nicht nur im Bundestag dagegen zu reden, sondern auch vor dem Bundestag dagegen zu sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht sehr sinnvoll, in dieser Debatte, zumal die Positionen insgesamt öffentlich sowieso bekannt sind, die Position der einen oder der anderen Fraktion noch einmal im einzelnen zu erläutern. Ich möchte deshalb nur ein paar Randbemerkungen machen. Die erste betrifft das Phänomen der Volksbefragung, Herr Mützelburg!

(D)

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Die DDR war auch einmal ein Phänomen!)

Ja, Sie sind ja kein Phänomen, Sie sitzen hier, und deswegen unterhalte ich mich mit Ihnen sehr konkret!

Das ist natürlich verlockend. Nur müssen wir grundsätzlich, unabhängig von diesem Thema, uns dann einmal die Frage stellen, ob wir bei den Prinzipien unserer repräsentativen Demokratie bleiben, so wie es die Väter des Grundgesetzes vorgesehen haben, oder ob wir grundsätzlich davon abgehen wollen. Es kann nicht so sein, daß jeweils dann, wenn Meinungsumfragen bestimmte Mehrheiten signalisieren, gefordert wird, eine Volksbefragung durchzuführen, und dann, wenn es zu anderen Bereichen bestimmte Stimmungen in einem Volk gibt, die man nicht teilt, dann das Volk entweder für unmündig erklärt, in keinem Fall aber in gleichem Umfange eine Volksbefragung durchführt. Ich will ein Beispiel sagen. Ich weiß nicht, wenn Sie eine Volksbefragung durchführen würden zum Ausländerproblem, bei all dem, was man an Stimmungen hört, ob Sie mit gleicher Vehemenz hier eine Volksbefragung herbeiwünschten, wie Sie das bei der Frage der Friedens-

- (A) politik tun. Häufig ist das, was ad hoc gerade an Stimmungen herrscht, nicht immer — ich sage ja nicht in jedem Fall nicht —, aber nicht immer geprägt von Rationalität und Vernunft, sondern häufig von Stimmungen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, weil dies so ist, haben sich die Väter des Grundgesetzes, und wir stehen im Prinzip zu dieser repräsentativen Demokratie, dazu entschlossen, nicht jeweils von Stimmungen abhängige wichtige Probleme per Volksentscheid zu lösen.

(Abg. Klein [CDU]: Die Todesstrafe zum Beispiel!)

Die Todesstrafe, es gibt viele andere Beispiele, und ich glaube, daß wir in der Bewertung des Phänomens der Volksbefragung mit den unterschiedlichen Möglichkeiten gar nicht so weit auseinander sind.

Ich gebe auch zu, daß das Wählervotum am 6. März nun nicht zwangsläufig ausschließlich so interpretiert werden kann, daß all die, die für die Union oder für die Freien Demokraten die Stimme abgegeben haben, in jedem Punkt auch die Positionen der Friedenspolitik dieser Parteien teilen. Das wäre genau dasselbe, als wenn die Sozialdemokraten in Bremen sagen würden, weil wir die Wahl gewonnen haben, finden die Bremer alle die Schulpolitik gut. Die finden sie mehrheitlich nicht gut, und trotzdem haben sie leider SPD gewählt.

(B)

(Abg. Stelljes [SPD]: Was heißt hier leider?)

Ja, bei meinen Kollegen brauche ich das leider ja nicht zu begründen, meine Herren!

Deshalb, meine Damen und Herren, ist ein Wählervotum immer sozusagen ein Vertrauensbeweis für die Gesamtpolitik, für die Tendenz dieser Politik. Jedesmal erneut tritt man zur Wahl an. Eines ist aber auch richtig: Die Regierungsparteien, insbesondere die CDU/CSU haben deutlich gemacht, wie sie im Bereich der Nato-Nachrüstung die Positionen sehen, und hier gibt es keinen Unterschied vor der Wahl und keinen nach der Wahl.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Bemerkung! Es kann doch — ich rede jetzt einmal für meine Person — gar nichts darüber hinwegtäuschen, daß diese großen Demonstrationen mit so vielen Leuten, Hunderttausenden, beeindruckend sind. Das läßt uns auch nicht kalt nach dem Motto, wir haben nun einmal die Mehrheit im Deutschen Bundestag und haben das vorher gesagt, und deswegen müssen wir dies auch tun und tun dies ohne Rücksicht auf Verluste. Das gibt zu denken. Aber daraus den Schluß zu ziehen, daß man dann zwangsläufig seine Meinung, von der man überzeugt ist, ändern muß, nur weil Massen demonstrieren, ist für

meine Begriffe auch nicht integer. Vielleicht räumen Sie uns ein, genauso wie ich Ihnen umgekehrt Ihre Meinung einräume, daß ich bis zum heutigen Tage fest davon überzeugt bin, daß das, was mit der Politik Helmut Schmidts, mit der Nato-Nachrüstung, gemeint war, in der Tendenz richtig ist. Dies heißt auch nicht, daß ich jede Äußerung aus Amerika richtig finde. Ich möchte das auch einmal sagen. Ich empfinde mich nicht mit meiner Partei als Erfüllungsgehilfe der Vereinigten Staaten. Überall gibt es unterschiedliche Interessen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Etwas ganz anderes ist, inwieweit man in einem Bündnis bestimmte Positionen, die gemeinsam erarbeitet sind, weiter trägt oder nicht trägt. Ich möchte es aber einmal ganz deutlich sagen: Ich rechtfertige nicht Afghanistan, ich rechtfertige auch nicht Grenada, ich habe nichts zu rechtfertigen, sondern uns geht es um die Situation in Deutschland, um die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich unterstelle, nein, ich unterstelle nicht, ich weiß, daß Sie hier von den Grünen ein ganz klares Engagement haben! Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie — und darauf komme ich jetzt —, dies ist in der Kontinuität schlüssiger, logischer und glaubwürdiger als das, was Sie uns heute vorgeführt haben, so sehr ich die Meinung nicht teile!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Jetzt sagt Bürgermeister Koschnick — und mit ihm möchte ich mich ein wenig befassen — in seiner netten, charmanten Art: Ja, nun Gott, es gibt doch unterschiedliche Auffassungen; es ist gut, daß das diskutiert wird, und was seid Ihr für eine Partei, daß Ihr in diesen Bereichen nun einer Meinung seid, und damit soll alles kaschiert werden! Ich finde es gut, wenn unterschiedliche Meinungen diskutiert werden, und Sie haben recht, die werden auch bei uns diskutiert. Nur, Herr Bürgermeister, Sie als jemand, der ja auch in höheren Regionen der SPD an verantwortlicher Stelle tätig ist, müssen sich irgendwann einmal die Frage gefallen lassen, ob Ihre Partei, eine sogenannte staatstragende Partei, die für dieses Land besondere Bedeutung gehabt hat und noch hat, in einer Frage, die von allen Rednern in diesem Hause als lebenswichtig bezeichnet wird, wirklich in der Lage ist, zu handeln, ob Ihre Partei wirklich in der Lage ist, den Leuten zu sagen, was Sie denn wirklich wollen. Da kann ich Sie nicht entlassen, wenn Sie sagen, ach Gott ja, ich bin hier Hans Koschnick, ich habe eine Meinung, die SPD denkt in manchen Positionen anders. Ich weiß immer noch nicht, welche Sie haben.

Deswegen werde ich gleich an Sie mehrere Fragen stellen, denn das ist bei Ihnen nun einmal so, einerseits, andererseits. Zum Beispiel das „FAZ“-Interview: Da wurde aus einem Interview zitiert, das nicht abgelesen worden ist, aber es ist nicht falsch. Dies

- (A) wiederum steht zwar im Gegensatz zur SPD, aber im übrigen erkläre ich, Koschnick, daß ich mit der Entscheidung leben kann! Meine Damen und Herren, das paßt nicht zusammen!

(Beifall bei der CDU)

Das paßt nicht zusammen und ist der untaugliche Versuch, von entscheidenden unterschiedlichen Bewertungen in lebenswichtigen Fragen von nationaler Bedeutung abzulenken, zu verkleistern. Ich meine schon, daß dieses Parlament ein Anrecht hat zu wissen, was der Bürgermeister denn nun wirklich meint.

Ich möchte ein paar Zitate noch einmal bringen und sie der Rede gegenüberstellen, die der Kollege Kunick hier heute gehalten hat. Ich fange einmal mit dem Senat an! Der Senat ist der Senat, und wenn einer etwas erklärt für den Senat, war es der Senat, und Herr Koschnick gehört auch dem Senat an und andere auch, Herr Scherf im übrigen auch. Er ist zwar nicht da, es ist nicht sein Thema hier im Hause, mehr woanders, aber immerhin! Der Senat erklärte kürzlich über Herrn Fröhlich — Herr Klein hat die Pressekonferenz oder diese Zusammenkunft in einem anderen Zusammenhang zitiert — folgendes, und zwar am 29. 9. dieses Jahres. Ich zitiere jetzt: Innensenator Fröhlich: „Der Senat stehe ungebrochen zu den Nato-Beschlüssen, für die es keine Alternative gebe, wenn der Bedrohung aus dem Osten begegnet werden solle.“ Dies erklärte Helmut Fröhlich gestern den Leuten von der Bundeswehr. Ich kürze jetzt ab. Das ist ja nun ein paar Tage her.

- (B) Worum geht es hier, um welche Nato-Beschlüsse geht es hier? Es ist ganz eindeutig, wenn es um die Bedrohung aus dem Osten geht, waren das die Nato-Nachrüstungsbeschlüsse. Wer den Helmut Fröhlich kennt, weiß, daß er immer das sagt, was er meint, aber es hat ja nun nicht Fröhlich über Fröhlich gesprochen, sonder er hat gesagt, der Senat, uneingeschränkt der Senat,

(Abg. Klein [CDU]: Die Regierung!)

die Regierung! Jetzt muß ich doch die Frage stellen, wie ist es denn mit Hans Koschnick! Und wie ist es dann mit den Kollegen, die den Senat morgen wählen wollen? Sind Sie in einer lebenswichtigen Frage völlig anderer Meinung als der Senat? Dann dürfen Sie ihn nicht wählen, meine Herren! Die Damen auch nicht!

(Abg. Kunick [SPD]: Bieten Sie sich als Alternative an? — Heiterkeit bei der SPD)

Nächster Punkt! Herr Kollege Stichweh, nur um ein paar Widersprüche geht es! Ich weiß ja, wenn Sie so freundlich lächeln, freuen Sie sich darüber, was ich sage, weil Sie genau wissen, wie das in der SPD Diskutierte gemeint ist! Dazu kennen wir uns zu viele Jahre!

(Zuruf)

Ich meine, ich bin nie sauer, wenn man mir ein Kompliment macht wegen der Rhetorik, aber Kollege Kunick, jetzt auch einmal in der Sache! Die Zitate stehen ja nun, und die Fragen sind doch berechtigt. Ich stelle die nächste Frage! Sie bezieht sich auf zwei andere Herren. Einer soll Senator werden. Das ist der Herr Kröning. Herr Kröning war kürzlich in den USA. Man schätzt die Leute immer ganz falsch ein, denn ich habe gedacht,

(Heiterkeit bei der CDU)

wenn der Herr Kröning, der ja immer so als links galt und tolle Reden gehalten hat, aus den USA kommt, wird er nun ein wenig Boden bereiten für Ihren Parteitagebeschuß. Ich habe nicht gemerkt oder habe nicht daran gedacht, daß er auch Senator werden will. Dann muß man sich wahrscheinlich etwas staatstragender äußern. Herr Kröning stellt unter anderem fest — jetzt wirklich etwas frei, aber dennoch in der Tendenz richtig zitiert —, er war also sehr beeindruckt, als er mit den Amerikanern geredet hat und stellt fest — ich zitiere jetzt eine bremische Tageszeitung —:

„Die Einsicht setzte sich in Amerika durch, das politische Gesamtverhältnis zur Sowjetunion werde letztlich über die Chancen der Rüstungskontrolle und den Aufwand für Verteidigung und über Frieden und Freiheit und auch über die Beziehungen in anderen Teilen der Welt entscheiden.“

Dann heißt es später: „Der Bremer Sicherheitsexperte glaubt, innerhalb und außerhalb der amerikanischen Regierung auch die Bereitschaft erkannt zu haben, Kompromisse in der Rüstungskontrolle zu suchen oder darüber zu diskutieren.“

Er wertet seinen Besuch sehr positiv. Die Amerikaner, die, die er dort kennengelernt hat, bemühen sich also ernsthaft, zu Abrüstungsschritten zu kommen. Ich war ja nicht da, er muß das ja wissen, er hat das mitgebracht; Sie waren ja auch nicht da, Herr Kunick, nur haben Sie heute das Gegenteil erzählt. Sie haben das Gegenteil erzählt!

Da haben Sie noch einen Parteifreund, der macht neuerdings immer große Schlagzeilen, mehr in „Weser-Kurier“ als in anderen Zeitungen. Ihr Kollege ist auch ein SPD-Mitglied. Er hat eine hohe Funktion in dem Arbeitskreis Sozialdemokratischer Juristen, wobei Jurist keine Bewertung war.

(Heiterkeit bei der CDU)

In Bremen ist er Vorsitzender dieses Arbeitskreises. Dieser erklärt nun folgendes genau zu demselben Thema, auch vor wenigen Tagen veröffentlicht: „Entscheidend für die Amerikaner sei also nicht das Ziel, SS-20 abzurüsten, sondern entscheidendes Ziel für die Amerikaner sei es vielmehr, die Sowjetunion oder auch Libyen vom Boden der Bundesrepublik aus angreifen zu können.“ Herr Bürgermeister, das kann doch nicht Ihre Auffassung sein!

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

(C)

(D)

(A) Nein! Meine Damen und Herren, Sie sagen nein, ist es auch nicht, und was habe ich mit Herrn Isola! Wenn solche Äußerungen kommen, die bisher völlig der Mehrheitsmeinung, der deutlichen Mehrheitsmeinung, auch der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion entgegenstehen, und dies groß aufgemacht wird, haben Sie doch eine Verpflichtung, hierzu etwas zu sagen und können nicht zur Tagesordnung übergehen, weil so etwas nicht im Raume stehenbleiben darf!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Angeordneter Neumann, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, nur, wenn Sie dies rote Licht hier wieder ausschalten!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neumann, wieviel Redezeit benötigen Sie noch?

Abg. **Neumann** (CDU): Fünf Minuten ohne die Frage und die dann folgende Antwort!

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Kunick!

(B) Abg. **Kunick** (SPD): Herr Kollege Neumann, sind Sie denn bereit, bei allem, was Sie hier an Details und Finessen gestreut haben,

(Abg. **Neumann** [CDU]: Keine Finessen, Zitate!)

zur Kenntnis zu nehmen, daß die hier versammelte gesamte SPD-Fraktion einschließlich der Senatsmitglieder, die Mitglied sind, diese hier eingebrachte Entschließung, nach der die Bremische Bürgerschaft die Stationierung von Pershing-II-Raketen ablehnen soll, tragen und daß damit in der Kernfrage, über die wir hier reden, überhaupt keine Differenzen bestehen?

Abg. **Neumann** (CDU): Ja, ich hoffe, daß Sie sie tragen, sonst fände sie ja keine Mehrheit! Unser ganzer Kampf wäre umsonst! Ich gehe aber davon aus — ich weiß nicht, was sonst gemeint war, Herr Kollege Kunick —, ich gehe davon aus, daß Sie sie tragen! Ob Sie sie alle innerlich tragen, weiß ich nicht. Ich möchte hier auch nicht darauf eingehen. Ich befasse mich nur mit offiziellen Äußerungen und komme noch einmal zu dem Bürgermeister, das heißt überhaupt erstmalig!

Herr Koschnick, das „FAZ“-Interview! Ich muß das noch einmal zitieren, weil es in der Sache wichtig ist! Koschnick — so wird hier zitiert — habe sich immer dafür eingesetzt, daß bei unzureichenden Ergebnissen in Genf mit einer Teilstationierung modernisier-

ter Mittelstreckenraketen begonnen und dennoch weiter verhandelt werden müßte. Dies genau ist die derzeitige Position der Bundesregierung Helmut Kohl!

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister **Koschnick**: Kein Wort vom November dieses Jahres!)

Meine Damen und Herren, dann muß ich doch fragen: Was ist denn nun? Kunick, SPD, sagt für die SPD — Sie haben ja nachgefaßt, wollten das noch genauer haben —: Das war ein historischer Irrtum, wir beschließen schon jetzt, daß auf keinen Fall stationiert wird. Meine Damen und Herren, das ist doch das Gegenteil von dem, was der Bürgermeister hier sagt! Der Bürgermeister meint dies ja auch wohl so, wenn ich dem letzten „Weser-Kurier“-Interview Glauben schenken darf, nämlich dem von heute, wo Hans Koschnick sagt in diesem Zusammenhang: „Ich bleibe dabei. Die Diskussion um Pershing II ist ja nicht entstanden, daß im Westen aufgerüstet werden sollte, sondern als Antwort auf eine Vorrüstung der Russen mit ihrer SS-20. Nur durch den Doppelbeschluß sind die Großmächte überhaupt an den Verhandlungstisch gezwungen worden.“ Das haben Sie vorhin im übrigen wiederholt.

Ja, aber, meine Damen und Herren, was ist denn nun? Sie können sich doch nicht völlig von dem Bürgermeister, den Sie uns morgen wieder als Regierungschef anbieten, lösen, der einerseits sagt, dieser Doppelbeschluß ist ein großer Erfolg, und wir werden stationieren, während Sie andererseits sagen, das kommt überhaupt nicht in Frage, das war ein historischer Irrtum! Nein, meine Damen und Herren von der SPD, Sie begehen hier einen historischen Fehler, wenn Sie meinen, Fragen von nationaler Sicherheit und Freiheit so zwiespältig und unkoordiniert und unklar der Öffentlichkeit vorzutragen!

(Beifall bei der CDU)

Die Frage, die ich an den Bürgermeister, weil Sie ja eine klare Meinung haben, stellen muß, ist die: Was ist denn, Herr Bürgermeister Koschnick, mit der Antwort auf die Frage, die Sie selbst gestellt haben? Ich zitiere den „Weser-Kurier“: „Die Frage ist nur“, sagt Koschnick, „nachdem sie so spät angefangen haben zu verhandeln, ist es dann wirklich richtig und wichtig, schon im November nachzurüsten“ und so weiter. Ich entnehme also, Hans Koschnick will nachrüsten.

(Widerspruch bei der SPD — Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE]: Aber nicht im November!)

Er will nur Zeit gewinnen.

Meine Damen und Herren, deshalb verstehe ich nicht, wie dann eine Erklärung, wiederum vor wenigen Tagen, in den bremischen Tageszeitungen zustande kommt, wonach im übrigen Hans Koschnick voll mit der Entschließung einverstanden ist. Wenn

- (A) Sie jetzt hier sagen wollen, das sei Rabulistik oder das sei Trickserei, glauben Sie selbst nicht daran. Nein, meine Damen und Herren, hier sind klare Widersprüche! Die sind ja legitim, nur müssen Sie sich dann den Vorwurf gefallen lassen, Herr Bürgermeister Koschnick, wenn das auch Ihre Position in Bonn ist, daß Sie sich aus einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik für diese Bundesrepublik Deutschland verabschiedet haben! Da haben sie sich verabschiedet!

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluß! Nun könnte ich anschließend sagen, solange die Kollegen der SPD in Bonn nicht regieren — und die Gefahr, daß das bald passiert, besteht, das sehe ich so, nicht —, kann uns das egal sein. Insofern ist das auch mehr Ihr Problem. Ich habe mich nur deshalb zu diesem Punkt gemeldet, um einmal deutlich zu machen, daß hier nicht mit irgendwelchem Verbalismus und der Bürgermeisterattitüde unterschiedliche Auffassung verkleistert werden können.

- (B) Eines möchte ich Ihnen auch sagen, und das ist mir ganz wichtig: Wenn es Leute gibt wie die Vertreter der CDU, die in wichtigen Fragen die Positionen Ihres Bürgermeisters teilen oder umgekehrt, kann es nicht wahr sein, daß wir dann, weil wir die Position vertreten, von Leuten Ihrer Couleur verunglimpft werden. Ich will Ihnen abschließend ein Beispiel dafür sagen! Dies betrifft wiederum den von Ihnen in die Ämter hoher sozialdemokratischer Juristenverbände entsandten Herrn Isola, der nämlich in diesem Interview, oder besser gesagt, im Rahmen seines Buches zu dieser Frage gesagt hat bezogen auf diejenigen, die die Positionen haben wie wir und auch Koschnick — Zitat: — „Kurzfristig gesehen mag dies ein Sieg der kriegstreibenden Kräfte der Bundesrepublik Deutschland sein.“ Damit war gemeint, wenn wir unsere Position im Parlament beibehalten und das tun, was auch, wenn auch in Nuancen und einigen Differenzierungen, hier heute und auch in Interviews der Bürgermeister dieser Stadt, SPD-Mitglied, vertreten hat, wenn wir dies tun, dann betrieben wir Kriegstreiberei.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Meine Damen und Herren, der Herr sitzt nicht im Parlament, aber ich möchte Sie herzlich bitten, so wie wir Ihnen unterstellen — auch wenn Sie Ihre Meinung geändert haben, aus welchen Motiven auch immer —, daß Sie wirklich Frieden wollen mit Ihrer Politik, unterstellen Sie uns dies bitte auch! Dann hat die Debatte einen Sinn gehabt!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Bernbacher, Sie hatten sich zu Wort gemeldet! Die Redezeit des Abgeordneten Neumann war abgelaufen. Es hätte nur zu einer weiteren Verlängerung geführt.

- (C) Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Sendor für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur einen Satz sagen! Die Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß wird mit größter Wahrscheinlichkeit am 21. November stattfinden, an einem Tag, an dem bereits wichtige Teile eingeflogen und bestimmte Fragen deshalb nicht mehr zu erörtern sind. Ich äußere mich zu einer ganz konkreten Situation, das habe ich bisher getan, und das setze ich auch weiter fort. Ich habe Ihnen gesagt, wie meine Position ist. Lesen Sie nach, was ich über die Abrüstung gesagt habe, und lesen Sie nach, was ich zu den Bedrohungs-faktoren und zu den Sicherheitsfaktoren gesagt habe! Sie werden feststellen, daß eine gleiche Position da ist.

(Abg. Kudella [CDU]: Aber auch eine andere als die Bürgerschaftsfraktion!)

Natürlich, ich habe Ihnen vorhin gesagt, in meiner Sozialdemokratischen Partei gibt es unterschiedliche Positionen. Ich vertrete nicht den pazifistischen Flügel. Das habe ich deutlich gesagt. Aber ich akzeptiere, daß es in meiner Partei solch eine Position gibt! Ich habe nicht die gleiche Position wie diejenigen, die von vornherein ihre Bedenken hatten zu bestimmten Raketensystemen. Ich weiß heute aber, welche Instabilitätspositionen vorhanden sind, und da sage ich Ihnen — und das werde ich Ihnen immer wieder sagen — ob Ihnen das gefällt oder nicht: Meine Position vertrete ich hier vor dem Parlament genauso wie draußen auch!

(Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Tolle Antwort!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE*): Meine Damen und Herren! Keine Angst, ich mache es ganz kurz, und ich mache es schon deshalb viel kürzer als früher, weil der Weg von da hinten hierher nicht mehr so lang ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Neumann, politischer Wille, da sind wir uns hoffentlich einig, drückt sich nicht nur in einer Wahlentscheidung aus, hoffentlich! Deswegen ist es sehr problematisch, das haben Sie auch relativiert, wenn man an sich bei seinen politischen Handlungen als Politiker, als Parlamentarier allein auf das kleine Kreuzchen auf dem Stimmzettel alle vier Jahre bezieht.

(Abg. Neumann [CDU]: Das habe ich gesagt!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Das ist nicht nur falsch, sondern das kann in diesen Zeiten auch tatsächlich gefährlich werden, und zwar gefährlich für das gesamte Staatswesen, nicht nur für eine Partei.

(Abg. Klein [CDU]: Siehe Weimarer Zeit!)

Es wird immer komplizierter, Entscheidungen zu treffen, für Parlamentarier schon, wieviel schwieriger ist es dann für den einfachen Bürger, sich politisch so zu äußern, wie er es möchte. Er kann es nicht mit dem Stimmzettel, und wer das glaubt, fängt an, wirklich systemverändernd zu wirken, denn irgendwann explodiert so eine Geschichte, wenn man Politik so versteht und vor allen Dingen so macht. Das nur einmal so als generelle Bemerkung!

Vieles von dem, was Herr Bürgermeister Koschnick gesagt hat, hat mir gefallen. Vor allen Dingen hat er auch sinngemäß gesagt, der Frieden ist ja nicht erst seit der SS-20, der Pershing und den Cruise Missiles gefährdet, sondern schon viel früher. Schon vor vielen Jahren, weit vor diesen Raketen, hat Carl-Friedrich von Weizsäcker davor gewarnt, daß jeder Schritt zu einem qualitativen und quantitativen Wachstum von Militärtechnologie, jeder weitere Overkill die Kriegsgefahr erhöhe. Ich frage mich, beim wievielten Overkill wir eigentlich inzwischen sind.

- (B) Wir GRÜNEN beschränken uns nicht auf die Kritik, und darauf kommt es mir noch einmal an, das zu sagen, wir beschränken uns nicht auf die Kritik an diesen neuesten maschinellen Errungenschaften der Tötungsapparate, die Cruise Missiles, SS-20 oder Pershing heißen. Wir empfinden zum Beispiel auch den gestrigen Mehrheitsbeschluß des amerikanischen Kongresses, die Produktion von Nervengift wieder aufzunehmen, als einen verbrecherischen Akt, um das einmal ganz deutlich zu sagen,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

ebenso wie den Stationierungsbeschluß! Der Appell, den ich noch einmal an Sozialdemokraten richten möchte, ist: Bleiben Sie nicht stehen bei Ihrer Ablehnung des Raketenbeschlusses jetzt, bleiben Sie nicht stehen bei diesem Lernprozeß, der offensichtlich bei Ihnen eingeleitet worden ist, auch wenn er vielleicht noch weitgehend taktischer Natur ist! Lassen Sie es bitte nicht beim Abstrakten! In Bremerhaven wird nämlich das meiste von diesem Teufelszeug gelöscht, und durch Bremen, das haben wir hier schon oft genug diskutiert, fahren die Bombenzüge, die dieses Zeug transportieren. Angesichts dieser Tatsachen legen Sie sich bitte nicht in Demutshaltung auf den Rücken und sagen, das ist außerhalb unserer Kompetenz! Da kann man etwas tun! Da kann man wirklich etwas tun! Daß Sie da etwas tun, das erwarten wir von Ihnen, und nicht nur wir, die GRÜNEN, sondern sehr viele Leute mehr, sehr viele Bürger in Bremen.

(C) Herr Klink hat irgendwann vorhin einmal gesagt, nicht Plakate, sondern Argumente zählten in diesem Hause, und ich möchte das einmal erweitern und möchte sagen, nicht nur Argumente, sondern auch Taten. Richtige Taten sind ausschlaggebend und zählen.

Dann möchte ich Herrn Bürgermeister Koschnick eben doch noch einmal fragen, wie er es denn eigentlich hält, wenn er so, wie er es gesagt hat und wie es auch glaubhaft ist, gegen Rüstung, in einem viel früheren Stadium als wir jetzt sind, ist, wie er es dann mit den Rüstungsaufträgen für bremische Betriebe hält. Wie hält er es denn mit den Fregatten für den Vulkan und so weiter? Muß er das nicht auch ablehnen? Wo ist denn da die Grenze, Herr Bürgermeister? Ich möchte gern von Ihnen wirklich einmal wissen, wo Sie die Grenze setzen für noch vertretbare Aufrüstung und für nicht mehr vertretbare Aufrüstung. Das ist wichtig zu wissen!

Ich möchte auch noch einmal sagen, das ist schon angesprochen worden, aber — ceterum censeo — ich sage es auch noch einmal, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie diesen Beschluß fassen, dann erwarten wir Sie bitte auch am 21. und noch darüber hinaus bei den Aktivitäten bei der Friedensbewegung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

(D) Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich habe nur eine Frage an Herrn Neumann. Ihre Redezeit war abgelaufen, und deswegen bin ich nicht mehr zu meiner Zwischenfrage gekommen. Hatte ich Sie richtig verstanden, daß Sie sagten, es wäre ja keine Gefahr, daß die Sozialdemokraten in Bonn so schnell wieder an die Regierung kommen, und darum könnte Ihnen das ja im Grunde egal sein, wie die Abstimmung zum Nato-Doppelbeschluß ist? Ist das so?

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, nicht ganz!)

Wenn das Ihre Meinung ist — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, hören Sie auf, das ist ja nicht so!)

Wie haben Sie es dann gemeint?

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Herr Neumann, sind Sie bereit, eine Frage zu stellen? — Bitte sehr!

(Heiterkeit)

Abg. **Neumann** (CDU): Sind Sie bereit, meine Meinung zur Kenntnis zu nehmen,

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Ja!)

(A) die darin besteht, daß ich es in einer so lebenswichtigen Frage, wie es den Frieden und die Sicherheit angeht, für problematisch halte, wenn eine Partei hier keine klare Haltung hat, die einen so und die anderen anders, daß ich dabei der Auffassung bin, daß dies solange nicht problematisch ist, wie diese Partei sich in einer Opposition befindet, weil sie mit dieser unklaren Haltung dann ja weiter leben kann, während bei der Partei, die regieren muß, eine klare Position erforderlich ist?

(Abg. Klein [CDU]: Wegen des Handlungszwanges!)

Das war meine Meinung!

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Ich hatte es so verstanden, und Anzeichen der Bonner Regierungskoalition zeigen das auch, daß Sie, egal ob diese starke Opposition und diese kleine grüne Fraktion nein zu diesem Doppelbeschuß sagen, sich mit sehr viel Selbstsicherheit und Arroganz über diese Frage, die das ganze Volk und Leben und Tod angeht, hinwegsetzen und es Ihnen egal ist, wenn 41 oder 42 Prozent dieses Volkes dazu nein sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Neumann [CDU]: Nein, das haben Sie falsch verstanden!)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich habe zunächst einmal eine Frage. Die Fraktion der GRÜNEN hat einen Änderungsantrag vorgelegt. Dieser Änderungsantrag, und Sie schreiben selbst darüber, er solle den SPD-Antrag ergänzen, ist im Grunde kein Änderungsantrag, sondern stellt einen eigenständigen Antrag dar.

(Abg. Kunick [SPD]: Der darf hier auch als eigenständiger Antrag gestellt werden!)

Ja, genau! Insofern werde ich ihn nicht in Verbindung mit dem SPD-Antrag aufrufen, sondern als eigenständigen Antrag. Dann werden wir strichweise, wie es von der SPD beantragt wurde, abstimmen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Absatzweise sagen wir einmal!)

Weil sich der Abgeordnete Kunick auf die Spiegelstriche bezogen hat!

Wir kommen jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/15.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

Nunmehr rufe ich auf den Antrag der CDU-Fraktion mit der Drucksachen-Nummer 11/23.

Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und GRÜNE)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Nunmehr rufe ich auf den Antrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/24. Der Antrag hat nach dem Einleitungssatz vier Spiegelstriche. Ich würde ihn in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: Im ersten Abstimmungsgang über den ersten Spiegelstrich und im zweiten Abstimmungsgang über die restlichen drei Spiegelstriche.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wir bitten, über jeden Spiegelstrich getrennt abzustimmen!)

Gut! Wer also dem ersten Spiegelstrich dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Absatz zu.

Wer dem zweiten Spiegelstrich dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Spiegelstrich ab.

Wer dem dritten Spiegelstrich dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

(C)

(D)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Spiegelstrich ab.

Wer dem vierten Spiegelstrich dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(SPD und CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Spiegelstrich ab. Damit ist dieser Antrag in der Fassung des ersten Absatzes beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit! Ich möchte Ihnen folgendes vorschlagen: Wir haben uns vorgenommen, heute gegen 18 Uhr die Sitzung zu beenden. Morgen werden wir vermutlich nicht mehr viel außer den Punkten, die wir uns vorgenommen haben, schaffen.

(B)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Und das ist schon eine ganze Menge!)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Punkte heute noch abhandeln, für die keine Debatte vorgesehen ist. Das wären die Tagesordnungspunkte 27 und 28 sowie die Änderung des Petitionsgesetzes und des Rechnungsprüfungsgesetzes. Das sind die Überweisungsanträge der CDU-Fraktion. Wären Sie mit einem solchen Verfahren einverstanden?

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers, zur Geschäftsordnung!

Abg. Willers (GRÜNE)*: Meine Damen und Herren! Ich bin natürlich mit der Abhandlung der Tagesordnungspunkte ohne Debatte einverstanden, ich stelle aber trotzdem für unsere Fraktion noch einmal formal und mit Nachdruck den Antrag, die heutige Sitzung soweit zu verlängern, daß wir noch in die Lage versetzt werden, den Werften-Antrag hier zu behandeln. Ich brauche wohl niemandem hier mehr zu sagen, wie prekär die Lage der Werften ist, besonders aber die der 2100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der AG „Weser“. Es scheint seit der Wahl die Strategie des Senats zu sein, vor dem Thema wegzutauchen und „toter Mann“ zu spielen. Wir finden dieses Verhalten, meine Damen und Herren,

*) Vom Redner nicht überprüft.

ungeheuerlich, und wir wollen mit unserem Antrag diese schreckliche Mauer des Schweigens, die sich um die Kolleginnen und Kollegen gezogen hat, durchbrechen. Wir weigern uns auch zu glauben, daß jetzt schon alles zu spät ist.

(Glocke)

Herr Präsident, ich begründe meinen Antrag!

Präsident Dr. Klink: Ihr Antrag ist angekommen!

Abg. Willers (GRÜNE): Herr Präsident, ich begründe, warum wir den Antrag stellen, die Sitzungszeit zu verlängern!

Meine Damen und Herren, es wird zu spät sein, wenn wir über den Werften-Antrag heute nicht mehr befinden, und wir müssen einmal lernen, über unseren eigenen Schatten zu springen und heute noch eine Werftkonferenz zu beschließen, die alle Beteiligten sofort noch einmal an einen Tisch bringt.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist eine Sachaussage, die Sie da treffen!)

Wir müssen mit dieser Werftkonferenz diese Mauer des Schweigens durchbrechen. Wenn das nicht geschieht, Herr Klein, dann bietet dieses Haus wirklich ein schreckliches Schauspiel der Selbstzufriedenheit und der Ignoranz.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Willers, ich fordere Sie auf, zur Geschäftsordnung zu sprechen!

Abg. Willers (GRÜNE): Trotz der Beteuerungen des Präsidenten zu eingang dieser Sitzung!

(Abg. Klein [CDU]: Sie halten sich nicht an die Ordnung des Hauses!)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es ist der Antrag gestellt worden, die Sitzung nicht um 18.00 Uhr zu schließen, sondern noch einen weiteren Tagesordnungspunkt abzuhandeln.

Nach unserer Geschäftsordnung wird der Schluß der Sitzung im Einvernehmen mit der Bürgerschaft bestimmt. Ich stelle deswegen diesen Antrag zur Abstimmung.

Wer dafür ist, daß wir abweichend von dem heute morgen gesetzten Ziel, um 18.00 Uhr die Beratung zu beenden, die Beratung fortzusetzen, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(C)

(D)

(A) Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Umstellung der Tagesordnung, und zwar in dem Sinne, daß die Tagesordnungspunkte 27 und 28 sowie Petitionsgesetz und Rechnungsprüfungsgesetz jetzt noch aufgerufen werden.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Führung der Schiffsregister

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 1983

(Drucksache 11/2)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Führung der Schiffsregister in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(Abg. Willers [GRÜNE] und Abg.
Wierk [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gerichtliche Zuständigkeit in Binnenschiffahrtssachen

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 1983

(Drucksache 11/3)

1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gerichtliche Zustän-

digkeit in Binnenschiffahrtssachen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD, CDU und Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(Abg. Willers [GRÜNE] und Abg.
Wierk [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. November 1983

(Drucksache 11/21)

Die dringliche Behandlung des Antrags ist in der heutigen Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) beschlossen worden.

Die Fraktion der CDU hat beantragt, den Gesetzesantrag ohne Aussprache zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überweisung des Gesetzesantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 11/21, zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

(Dafür SPD, CDU und Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. November 1983

(Drucksache 11/22)

Die dringliche Behandlung des Antrags hat die Bürgerschaft (Landtag) ebenfalls heute morgen beschlossen. Die Fraktion der CDU hat beantragt, den Gesetzesantrag ohne Aussprache zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

(A) Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überweisung des Gesetzesantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 11/22, zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der uns heute gesetzten Tagesordnung. Morgen werden wir die weiteren Punkte abarbeiten.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche allen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 18.03 Uhr)

(B)

(D)